8

1966 · FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

16. JAHRG. DEZEMBER

D 2442 F Preis 50 Pf, Studenten 20 Pf

J. Habermas: Die Grosse Koalition S. 2

DISKUS

Bert Welz

Brief nach Plauen

Grafik: Dorothea Fischer-Nosbisch

Liebe S, Deine Frage, wie es zu der „gegenwärtigen Scheiße“ in Bonn gekommen ist, kann ich nicht leicht beantworten. An dem Tag, als das alles begann, fuhr ich durchs Ruhrgebiet, wo die SPD, Du weißt es, neulich gewonnen hat, weil die Kohlenhalden wachsen und keine andere Industrie angesiedelt worden ist. Ich kam aus einem katholischen Städtchen, die Barfrau trägt dort ein Kreuz auf der Brust und ein Walzwerk ist stillgelegt worden, das eine hundertjährige Tradition gehabt hat. Die Aufsichtsräte nennen das Strukturbereinigung, die Akkorde in den umliegenden Betrieben sind gleich gekündigt worden, denn es gibt wieder genügend Arbeitnehmer. Auf der Autobahn bewegten sich endlose Lichtwürmer aneinander vorbei, einer weiß, einer rot, wie an jedem Freitagabend. In der Raststätte lag die Bild-Zeitung herum mit der Schlagzeile „Erhard erledigt?“, das klang nach Gangsterkampf, doch die Leute unterhielten sich über die Schwierigkeiten des Autofahrens, wenn sie es nicht vorzogen, stumm ihre Hühnerbrühen und Würstchen zu verzehren. Dann gab es ja, und ich weiß nicht, ob das Neue Deutschland so objektiv war, darüber zu berichten, eine lange Peripetie, in der man den Eindruck hatte, es könnte sich in Bonn doch noch zu etwas relativ Besserem wenden. Jedenfalls wurde der Barzel hinter der Hand ausgelacht, der verkündete, X ist und bleibt Y. Aber die Landtagswahlen in Hessen und Bayern ließen die staatstragenden Parteien frösteln und näher zusammenrücken; plötzlich erschienen welche mit dem Slogan „Wir setzen uns durch!“, und Strauß und der Industriekurier sahen in ihnen die Quittung für das lange Wursteln in Bonn. So ging es nicht weiter. Herbert Wehner meinte das offenbar auch, wenn ich sein Beharren auf Begriffen wie „Staatsbankrott“ und „Offenbarungseid“ richtig verstanden habe. Erst später wurde klar, daß er die Masse für zu gering einschätzte, die die SPD übernommen hätte, und den Konkurs nur betrieb, um in die Firma einzusteigen. Wenn Dir das zu marktwirtschaftlich ist, kannst Du Dich auch an das erinnern, was Du in der Schule über sozialdemokratische Politik seit Ledru-Rollin (1848) gelernt hast. Bei der Rosa hätte mans ebenfalls nachlesen können, wenn die hier noch gelesen würde und nicht nur, Gipfel der Bemühung um sie, als tragische Gestalt auf die Bühne gebracht werden würde. Andererseits soll man historische Parallelen nicht strapazieren. Die Zeiten ändern sich. Ihr in der DDR habt doch eine ganz falsche Vorstellung von der SPD gehabt, als Ihr glaubtet, die innerdeutsche Verständigung sei dieser Partei einen Händedruck mit Kommunisten wert. Sie fürchtet nichts so sehr wie das Foto davon. Deshalb ist sie auch eher für eine Erhöhung der Zigarettensteuer als für eine Senkung der Rüstungsausgaben eingetreten, um den Haushalt auszugleichen. Ihr habt eine falsche Vorstellung von der SPD. Verstehst Du denn, was Professor Schiller mit der „konzertierten Aktion“ erreichen will? Soviel kann ich Dir sagen: den Takt und den Ton wird er dabei nicht angeben. In Euren Zeitungen wird natürlich ohne jede Objektivität rüde drinstehen, daß es darum geht, die Tariffreiheit der Gewerkschaften einzuschränken, sich mit dem neuen Wahlrecht gegen jegliche Konkurrenz von links abzusichern (gegen die von rechts hilfts in keinem Fall, da stimm ich zu) und mit den Notstandsgesetzen alle in den Bunker zu jagen, damit die Monopole offensiv werden können. So einfach ist das nicht. Als Willy Brandt während der Krise kurz in Frankfurt war, sollen ihm Arbeiter zugerufen haben: „Willy, ran an die Bouletten“. Es erwies sich, daß ihm die Bouletten zu hoch hingen, nicht nur weil er zu Hause norwegisch spricht (was für manche hier nach dem Kinderverderben rangiert), sondern weil dieses Bild ebenso falsch ist wie Eure Vorstellung von der SPD: in jeder gut funktionierenden Firma kommt man heute nur noch durch Kooptation weiter, ein plötzlicher Wechsel an der Spitze müßte unabsehbare Folgen haben, denk nur an die mittleren Führungskräfte, wie die Sand ins Getriebe streuen würden, wenn ihnen 9 SPD-Minister nicht dadurch versüßt würden, daß ein ehrenwerter PG ihr Kanzler ist. Herbert Wehner weiß das. In seinen Gesprächen mit einem bekannten Journalisten (ich hab sie mir jetzt gekauft, denn man soll sich wenigstens nachträglich informieren) vertritt er die Auffassung, daß wir nicht in England seien und daß jedes andere als ein Miteinander eine Selbstzerfleischung bedeute. Der Industriekurier nannte es dann einen Beitrag zur Aussöhnung im Volke. Wann erfuhr ich zuerst davon? Ich kam aus der Oper, eine Chansonette hatte den „Petit Mozart“ besungen, das bessere Deutschland im Ausland seit 200 Jahren, und einer hatte das Deserteurslied von Boris Vian entschärft, Du kennst es sicher nicht. Draußen stand ein Zeitungsverkäufer. Die Leute, noch angefüllt mit Pariser Charme, trachteten danach, ein Taxi zu erwischen bei dem Regen. Später hörte ich Sozialdemokraten ihr Parteibuch innerlich auf den Tisch knallen, was halfs, einer meinte, ihn brächten sie erst heraus, wenn sie ein „christlich“ vor den Namen schrieben. So wurde der Aufstand nur geprobt und Herbert Wehners Kalkulation wird stimmen bis zur nächsten Wahl. Am Tag nach der Vereidigung des Kabinetts kam die Bild-Zeitung mit der Cicero hohen Aufforderung heraus: „Zieht den Karren aus dem Dreck!“ (also doch historische Parallele). Auch ich bin dafür, die KP wieder zuzulassen, und, bitte, macht Euren Staat freundlicher, damit man nicht norwegisch zu lernen braucht, Dein B.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

DISKUS Frankfurter Studentenzeitung Erscheint zweimal vierteljährlich
Herausgeber: Siegfried Bartels, Manfred Müller, Dieter Thelen, David H. Wittenberg, Herbert Wolf.
Redaktion: Helmut Fritz (Politik), Manfred Forschner, i. A. (Kulturpolitik), Hanns-Helge Schneider (Lokales), Karl Riha (Feuilleton), Ulrich Luetjohann, Gerhard Schulz, David H. Wittenberg.
Redaktions-Geschäftsführer: Manfred Müller.
Verlagsleiter: Werner Fritzsche.
Anzeigen: Werner Fritzsche.
Vertrieb: Gerhard-Wolfgang Schellenberg.
Anschrift der Zeitung: 6 Frankfurt am Main, Mertonstraße 26–28, Telefon 7 70 64 31 88
Konten der Zeitung: Deutsche Bank Nr. 240/9647. Dresdner Bank Nr. 121 210.
Postscheckkonto Ffm. 1875 88.
Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seiner Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion. Alle abgedruckten Beiträge sind Eigentum des DISKUS. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Erlaubnis der Redaktion.
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7 vom 1. Mai 1966.
Abonnementsbestellungen zum Preis von DM 6,– jährlich nimmt jedes Postamt entgegen.
Lieferungen in das Ausland sind bei der Redaktion zu bestellen.
Druck: Grawo-Druck, Offenbach am Main, Schäferstraße 12, Telefon 81 15 18.

Gesicht eines Krieges

Wahrgenommen vor der Leinwand eines Festivals

1
Die IX. INTERNATIONALE LEIPZIGER DOKUMENTAR- UND KURZFILMWOCHE zeigte jetzt im November, ihr Motto FILME DER WELT FÜR DEN FRIEDEN DER WELT beim Wort nehmend, unter einhundertundvierzig Kurz- und Langmetrage-Dokumentationen achtzehn Filme über den Krieg der Vietnamesen gegen die amerikanische Aggression. Die Filme kamen aus den USA, aus Cuba, Frankreich, Großbritannien, Ungarn, der DDR, der Demokratischen Republik Vietnam und aus dem Studio der Südvietnamesischen Befreiungsfront. Ihnen war gemeinsam nur das Thema und das politische Engagement. Sie unterschieden sich in der Aufnahmetechnik, in Schnitt und Argumentation.

2
Wenn es heißt, Film sei die Wahrheit vierundzwanzigmal in der Sekunde, dann zeigen diese Filme, vor allem jene aus den Dokumentarstudios der sozialistischen Länder, daß die amerikanische Politik weiter von ihrem Ziel entfernt ist als je zuvor. Der Grund hierfür ist nicht militärischer Natur, denn niemand bezweifelt das militärische Potential der USA. Vor allem jene nicht, die unablässiges Bombardement gezwungen hat, ihre Lebensbedingungen total umzustellen.

Nordvietnam, das zeigen etwa die Filme SO IST DIESER KRIEG (Ungarn), UNTER BOMBEN LEBEN (Frankreich), WIR KOMMEN IMMER DURCH (DRV) ist heute ein Land, das vielfach einem Trichterfeld gleicht. Während man das Ausmaß der Verwüstungen betrachtet, erinnert man sich an Johnsons Auskunft vor dem Senat, daß nur „militärische Ziele" angegriffen würden. Sind Universitäten militärische Ziele? Oder Krankenhäuser? Oder das große Leprasanatorium von Quen Lap? Wenn man annimmt, daß die Filme militärische Objekte nicht zeigten, und damit nichts sagten über den Erfolg amerikanischer Luftangriffe dort, dann wird an ihnen sichtbar, wie stark die Zivilbevölkerung getroffen ist. Die Demokratische Republik Vietnam erscheint als ein Staat, der in unaufhörlichem Rückzug in den Dschungel sich befindet. Fabriken werden demontiert und wieder aufgebaut – unter schützenden Laubdächern, Schulen werden verlegt und Krankenhäuser. Dieses Land richtet sich auf einen langen Widerstand ein, wie Ho Tchi Minh Wilfred Burchett gegenüber bekannte in einem Statement für dessen Film UNTER BOMBEN LEBEN.

Bei all diesen Unternehmungen, meist praktiziert des Nachts, wenn zerstörte Bahnlinien für wenige Stunden passierbar gemacht werden, bis zum Morgengrauen, wenn man alles wieder einreißt, um den amerikanischen Beobachter nicht argwöhnisch zu machen, beweisen die nordvietnamesischen Bewohner einen erstaunlichen Elan. Resignation ist nicht zu erkennen. Sicherlich, man weiß sich einig mit der sozialistischen Welt und ist sich der Sympathien vieler Kräfte der westlichen Hemisphäre und der jungen Nationalstaaten gewiß. Doch solches Wissen genügt nicht. Aus den Gesichtern dieser Bauern und Arbeiter spricht mehr. Vor allem dies: Das Ende von zweitausend Jahre Feudalherrschaft und Ausbeutung. Den Schritt dorthin zurück in Analphabetentum, Unrecht und Armut, den wollen diese Vietnamesen nicht mehr gehen. Und so verlegt ein Land sein Leben in die Nacht und scheint am Tage menschenleer. So wird die Arbeit auf den Feldern des Tags mit dem Gewehr auf dem Rücken erledigt.

Diese Filme sind parteilich, zweifelsohne. Und diese Parteilichkeit kommt in der Montage zum Ausdruck, deren Pathos jenem russischer Revolutionsfilme ähnelt. Doch das soll nicht interessieren. Das Bildmaterial spricht auch so eine deutliche Sprache, die davon erzählt, daß ein Volk alles dreinsetzt zu überleben und seine Chance als die letzte überhauptmögliche wahrnimmt. Geben diese Filme über Nordvietnam in langen Schwenks über geborstene Deiche und überflutete Reisfelder, zerstörte Fabriken und ausgebombte Kraftwerke einen Eindruck wieder, dessen barbarische Physiognomie nur mehr der gleichkommt, die deutsche Truppen vor mehr als zwanzig Jahren in der UdSSR hinterließ, drängen sie auch das Fazit auf, daß diese Luftangriffe unsinnig sind. Man sieht dieses Fazit an den Gesichtern gefangener amerikanischer Piloten, die in einem Interview mit Burchett die Sorglosigkeit und topographische Unkenntnis preisgeben, mit der in den Basen offensichtlich die Angriffsziele ausgewählt werden. Noch mehr: der Unsinn weist sich vor allem aus im totalen Mißverständnis der Situation durch die Amerikaner, die die Beweggründe der Vietnamesen zu beiden Seiten des 17. Breitengrades nicht begriffen haben.

Arnold Toynbee hat sie genannt: „Die wirklich entscheidende Auseinandersetzung in der Welt von heute ist die Revolte der ‚eingeborenen' Mehrheit der Menschheit gegen die Herrschaft der westlichen Minderheit – und nicht die Verteidigung der Freiheit gegen den Kommunismus durch das führende westliche Land, die Vereinigten Staaten".

3
Mit solcher Verteidigung setzten sich die meisten Festivalfilme über den schmutzigen Krieg in Vietnam auseinander, darunter auch Filme aus dem Studio der Befreiungsfront (DER SIEG WIRD UNSER SEIN und BEWEISE ÜBER DIE VERBRECHEN DES CHEMISCHEN KRIEGES IN SÜDVIETNAM). Zum ersten Mal sahen westliche Betrachter Material aus den von der Befreiungsfront kontrollierten Zonen, gefilmte Angriffe gegen amerikanische Einheiten, aber auch den Aufbau einer geregelten Verwaltung, Einführung der Schulpflicht auch für Erwachsene, gemeinsame Arbeit von Partisanen und Bauern auf den Feldern. Und man sah Bombenangriffe und Napalm, vor allem Napalm. Eigenartige Kontraste wurden sichtbar, etwa wenn man die hochtechnisierte und -gezüchtete Kriegsapparatur der USA mit den einfachen Mitteln der Befreiungsfront und beider Erfolge miteinander vergleicht. Und ein weiterer Kontrast, ein grundsätzlicher: moralische Potenz auf der einen und absolute Barbarei auf der anderen. Vor allem die Filme THE DEAD OF GI JONES (Cuba) und THE TIME OF THE LOCKHUSTS (USA) zeigten ein Arsenal von Foltermethoden, die amerikanische Soldaten praktizierten – und sich dabei filmen ließen. Da wurde ersäuft, wurden Elektroschocks angewendet, viviseziert und geschossen, da quälte man Kinder und Frauen, um Männern das Bekenntnis abzuringen, sie seien Partisanen.

Die exakte Anwendung von Gas und Chemikalien wurde so deutlich ins Bild gerückt als handele es sich um eine Manöverdemonstration des Begriffes von der „Verbrannten Erde". Fast das gesamte Material beider Produktionen wurde von amerikanischen Kameramännern aufgenommen. Zu messen ist all dies an der permanent von den Vereinigten Staaten propagierten These von der Befreiung. Die Diskrepanz ist offenkundig. Man hat auf die Waffen und das Verhalten derer zu schauen, die von Humanität reden. Vor diesem Blick gerät die amerikanische Politik in Südvietnam in ein noch düstereres Licht als es der gutwilligste Pessimist im Deutschen Fernsehen seinen ignoranten Zuschauern aufzustecken wagt. Wer die Quadratmeilen zerfressener Reisfelder im Mekong-Delta sah, geziert von den aufgedunsenen Leibern toter Wasserbüffel und brennender Dörfer, wer die Kinder sah mit ihren Brandwunden und alten Augen und die hilflos weinenden Frauen, wer die Armut sah und den Hunger und darüber nachdachte, warum nicht einmal die Hungernden die angebotenen Bananen, Kekse und Zigaretten nahmen, der begriff, daß Amerikas Position in Südostasien über das Prestige nicht mehr verfügt, das Präsident Johnson so gerne für sich reklamiert.

Vielmehr: der riesige Aufwand an Kapital von amerikanischer Seite verblaßt vor den rohen Holztischen einer Schule im südvietnamesischen Dschungel, vor denen Bauern lesen lernen und vielleicht zum ersten Mal begreifen, daß man sein Schicksal selbst bestimmen kann. Nur so ist zu erklären, warum die Befreiungsfront im ganzen Land mit den Sympathien der Bewohner rechnen kann, warum die USA diesen Krieg schon verloren haben, auch wenn ihnen ein Sieg verbunden mit der Ausrottung eines Volkes noch möglich ist.

Wolfgang Vogel

Jürgen Habermas

Thesen gegen die Koalition der Mutlosen mit den Machthabern

I.
Die sozialdemokratischen Führer sind in die abgewirtschaftete Regierung der CDU/CSU eingetreten. Sie liefern das Alibi für die Verschleierung eines Konkurses und für die Fortsetzung einer gescheiterten Politik. Wir haben Grund, die neue Regierung mehr zu fürchten als die alte.

Der Hinweis auf regierungstechnische Schwierigkeiten, mit denen die kleine Koalition unter einem Kanzler Brandt hätte fertig werden müssen, ist ein Argument für und nicht gegen die ausgeschlagene Alternative: umso enger wäre der Spielraum für den kleineren Koalitionspartner gewesen. Schlimmstenfalls hätte die SPD Neuwahlen erzwingen können.

Eine Verbindung mit der FDP wäre sogar auf der Oppositionsbank sinnvoll gewesen. Das ausgehungerte Minderheitskabinett hätte für einen Erfolg der Sozialdemokraten bei der nächsten Bundestagswahl besser arbeiten können als eins, das mit sozialdemokratischen Ministern nur ausstaffiert ist..

Die Entscheidung der sozialdemokratischen Führer ist nicht plausibel. Verständlich erscheint sie bloß denen, die sich mit Bitterkeit erinnern, daß diese Partei seit Jahren nur noch den Mut hatte, Gegner in ihren eigenen Reihen zu suchen. Diese Partei hat ihre Energie nicht auf die Entwicklung, sondern auf die Unterdrückung alternativer Strategien verwendet. Sie hat unter dem Feuerschutz des landesüblichen Antikommunismus sowie eines offiziellen KPD-Verbotes operiert und Kompromißbereitschaft schlechthin zum Range einer Politik erhoben.

II.
Wir haben Grund, die neue Regierung zu fürchten, denn sie visiert einen gefährlichen Kurs. Ob nun die Ziele bleiben, und nur das Tempo ihrer Verwirklichung sich ändert, oder ob gar einige Ziele sich ändern – die Risiken wachsen. Die gespenstische Einmütigkeit derer, die sich im Fallex-Bunker geflissentlich auf den Notstand präpariert haben, kann sich nun ohne Zögern in Verfassungsänderungen umsetzen. Der bisher bekannte Fahrplan spricht weniger für die Sicherung der Demokratie im Notstand als für eine Vorverlegung des Notstandes in die Demokratie.

Einer Regierung unter dem Einfluß von Leuten, die sich mit der NPD in das rücksichtslose Management der finstersten Ressentiments teilen, ist zu mißtrauen. Die Schritte zu einer fälligen Aktivierung der Deutschlandpolitik, mag sie den Titel der Entspannung und das Interesse der Friedenssicherung in Anspruch nehmen, können doch in ein nationales Abenteuer führen.

Die Vollmachten zu einer planvollen Regulierung des wirtschaftlichen Kreislaufes können im Namen der sozialen Sicherheit und der Stabilisierung gegeben und doch zu einer autoritären Einschnürung demokratischer Gewerkschaften genutzt werden.

III.
Wir haben Grund, die neue Regierung zu fürchten, denn sie gefährdet die Grundlagen des Parlamentarismus. Ohnehin ist die Opposition, ohne die es ein Parlament nicht gibt, als Institut entwertet worden, weil die Sozialdemokraten seit Jahren auf eine Partizipation an der Macht der Regierung statt auf einen Regierungswechsel hingearbeitet haben.

In Zukunft ist das Parlament nicht durch Selbstentmannung der Opposition, sondern durch faktische Mehrheitsverhältnisse gelähmt. Wenn Neunzehntel der Abgeordneten den Regierungsparteien angehören, werden Konflikte unter Ausschluß der Öffentlichkeit geregelt. Ein Bundestag, seiner oppositionellen Kraft beraubt, ist zudem in Gefahr, von weiteren Wahlerfolgen der NPD aufgeknackt zu werden. Oder aber die Allianz Strauß–Wehner läßt sich durch die Schwäche der Opposition innerhalb und den erwarteten Erfolg der Opposition außerhalb des Parlaments dazu treiben, selber den Gegner in Nationalismus zu überbieten.

Das Mehrheitswahlrecht, das die Koalitionspartner vereinbart haben, ist kein Präventiv. Es müßte den Willensbildungsprozeß vollends austrocknen. Das Mehrheitswahlrecht ist ein Mechanismus, der die Stärke von Demokratien nicht erklärt, sondern selber nur in gesicherten Demokratien arbeitet. Das Mehrheitswahlrecht funktioniert erst auf der Grundlage innerparteilicher Demokratie. Die SPD hat aber nicht erkennen lassen, daß sie offene Diskussionen im eigenen Hause auch nur zu tolerieren bereit wäre.

IV.
Wir haben Grund, die neue Regierung zu fürchten, denn die SPD war, um an der Macht der Anderen teilzunehmen, zu Kompromissen um jeden Preis bereit.

Strauß, der als Mitglied der Bundesregierung gezeigt hat, daß er im Ernstfall die Normen des Grundgesetzes nicht kleinlich handhabt; Strauß, der das Parlament mit Vorsatz getäuscht hat und von Skandalen nicht überzeugend sich reinigen konnte; Strauß, der nach alledem kaum noch die Qualifikation zum Führer einer demokratischen Partei hat und gewiß nicht mehr zu einem demokratischen Minister taugt – diesen Strauß haben die Sozialdemokraten für ein Regierungsamt rehabilitiert.

Das nationale Übersoll an vaterländischer Pflichterfüllung, freiwillig entrichtet von denen, die man lange genug als die Vaterlandslosen diffamiert hat – das ist das auferstandene Gespenst des Jahres 1914. Heute nimmt es die Gestalt *Herbert Wehners an. Er ist von Ade*nauer und seinen Mannen so lange und so wirkungsvoll als stalinistischer Buhmann für CDU-fromme Bundesbürger mißbraucht worden, bis er selber seine verlorene Identität nur noch auf dem Wege einer Identifikation mit seinen Angreifern zu suchen bereit war. Das ist ihm als Wendung zum Staatsmann attestiert worden.

Mit größerem Bedauern sehen wir den empfindlicheren Willy Brandt agieren. Er, der von Erhard und anderen Wahlkampfgegnern so schamlos denunziert wurde, möchte Arm in Arm mit Kiesinger die deutsche Wirklichkeit darstellen – eine Wirklichkeit, die so schäbig ist, daß sie diese ungewollte Ironie in der Tat verdient hat.

V.
Wir haben Grund, die neue Regierung zu fürchten. Gegen die Befürchtung, daß die SPD, die um jeden Preis Kompromisse schließt, eines Tages auch den Ordnungshütern um jeden Preis assistieren könnte, spricht vorerst nur das protestantische Gewissen eines aufrechten Justizministers.

Wie groß aber ist die demokratische Zuverlässigkeit einer Regierung, wenn man sie schon am Überbleibsel einer einsamen Person festmachen muß – während die Person, an der sich die Gefahren demonstrieren lassen, Exponent ist, sagen wir: Anführer einer Truppe. Die einzige Hoffnung, die uns die neue Regierung läßt, verbindet sich mit den internen Gegensätzen, an denen die Koalition der Mutlosen mit den Machthabern zerbrechen könnte – und mit ihr zerbrechen sollte der fatale Geist der Selbstzerstörung einer Partei mit großer Tradition.

Möglichkeiten

Theodor Heuß war Politiker und Schriftsteller; Konrad Adenauer ist Politiker und Memoirenschreiber; Ludwig Erhard ist Volkskanzler gewesen und hält Pinscher für moderne Schriftsteller; Heinrich Lübke ... (dem Amte gebührt Achtung und Respekt); nur Willy Brandt ließ wieder hoffen, denn er ist kein Volkskanzler und kennt mindestens die Bücher von Günter Grass, über die der Bundespräsident noch nicht einmal mit seiner Frau Gemahlin spricht. Doch auch Willy Brandt hat enttäuscht. Als er vom „begnadeten Pinsel Kokoschkas" sprach, war das ein erstes Zeichen, und mit seinem jüngsten Briefwechsel mit Günter Grass ist er zum normalen Verhältnis deutscher Politiker zur deutschen Sprache zurückgekehrt.

Grass trommelte gegen die große Koalition und Brandt redete Blech dafür; jeder Satz eine Phrase und jede Versicherung eine Bitte um Nachsicht. „Nach sehr ernster Prüfung auf dem Hintergrund der dürren Ziffern im Bundestag und angesichts der Aufgaben im Innern und nach außen habe ich zu dem Ergebnis kommen müssen, daß" die SPD ihr Versprechen halten und nicht Juniorpartner der Bankrotteure und Konkursverwalter werden kann? – Nein, sondern: „daß der andere Weg nicht gangbar war." Auf dem Hintergrund der dürren Historie steht da ein anderes Zitat: „Ich habe alles reiflich erwogen", hieß der Satz, mit dem 1914 der Kaiser das österreichische Volk zur Rettung der k.u.k. Monarchie aufrief. Wann immer in der Politik eine große Fehlentscheidung fällt, legen die Oberhäupter öffentlich die Stirn in Falten, setzen sich in Denkerpose und verkünden dem Volke, sie hätten alles reiflich in sehr ernster Prüfung erwogen, was bedeuten soll, sie hätten nachgedacht. Wenn die Argumente fehlen und die Autorität, die auf Vertrauen sich stützt, nur durch jene Tat zu gewinnen wäre, die man als einzige bestimmt nicht tun will, dann appellieren die Politiker an des Volkes Respekt vor dem Geist und sagen: „Wir haben sehr ernst nachgedacht, also bitte schön, kuscht!"

„In der Politik ist alles möglich." Mit diesem Satz und einigen zoologischen Ausdrücken hat Ludwig Erhard das Schatzkästlein geflügelter Worte bereichert. Von Politik, die einst die Kunst des Möglichen war, ist heute nur gewiß, daß sie jene Sphäre längst verlassen, aber die des Handwerks bloß auf der Stufe erreicht hat, wo Pfuscher für hohen Lohn schlechte Arbeit leisten. „Die Möglichkeit, nach allen Seiten offen" – das ist die Zauberformel, die alle Bedenken und Grundsätze verschwinden läßt. Auch Willy Brandt bittet mit ihr um ein mildes Urteil: „Niemand sollte den Stab brechen, solange wir nicht die Chance gehabt haben, zu beweisen, was jetzt möglich ist." Die Chance war da, und daß auch das Schlechteste, die große Koalition möglich ist, ist inzwischen bewiesen. Und ein NSDAP-Mitglied als Kanzler und Strauß als Minister – ja wie viele Chancen will denn die SPD noch haben, um zu beweisen, daß sie zielsicher ihre Glaubwürdigkeit ruiniert?

M. M.

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE
SCHUMANN U. COBET
FFM · BÖRSENSTR. 2-4 · TEL. 21494

Die Titelgrafik auf DISKUS 7 stammte von Hans Hillmann

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn
www.frankfurt-uni68.de

Unser Mann in Bonn

Ein deutscher Landwehrmann erörtert die Lage Das Protokoll einer geheimen Versammlung

Herausgebracht von LL. Quaet Faflem

Kameraden!
Der nationale Flügel hat einen großen Erfolg errungen! Einer aus unserem Kreis ist zum Bundeskanzler gewählt worden. Legal gewählt! Damit ist einmal mehr bewiesen, wie unrecht alle haben, die ausgerechnet uns ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie vorwerfen. So lange die Demokratie Macht hat, haben auch wir immer Wert gelegt auf eine legale Machtergreifung.
Schon im Sommer haben wir uns offen zu Dr. Kiesinger als unserem Kandidaten bekannt mit der Feststellung, *über alle Parteigrenzen hinweg genießt er großes Ansehen.* Das gilt nicht für sein Kabinett. *Wir erachten es als Kennzeichen für den heutigen politischen Tiefstand in unserem Land, daß ausgerechnet* Willy Brandt *von der SPD als Vize-Kanzler und Außenminister der Bundesrepublik Deutschland präsentiert wird und daß die Union diesen Mann in einer Koalition akzeptiert.* Eine Zeit lang werden wir dieses Kabinett ertragen müssen, denn nur dadurch ist uns Schlimmeres erspart geblieben. Nicht ohne triftigen Grund haben wir gewarnt: *Die Hoffnung aller Nationalen richtet sich darauf, daß es dem CDU-Kanzlerkandidaten Dr. Kurt Georg Kiesinger gelingen möge im letzten Augenblick die Gefahr einer roten Herrschaft in Deutschland zu bannen.*

Nun wird mancher fragen, wenn Kiesinger sich nicht sofort mit unseren Forderungen nach Generalamnestie identifiziert und durchsetzt, ist er dann überhaupt einer von uns? Ja, es ist schon der häßliche Verdacht aufgetaucht, auch Kiesinger habe seinerzeit Sabotage und Verrat getrieben. In der CDU/CSU gab es sogar Stimmen, die ihn unter die Widerstandskämpfer rechnen wollten. Also dem muß man ganz energisch widersprechen. Davon ist kein Wort wahr. Einen solchen Vorwurf kann man Kiesinger nun wirklich nicht machen. Das können wir auch belegen. Schließlich gibt es ja noch genügend alte Kollegen und Akten. Natürlich ist das Büro von Kiesinger an dieser momentanen Verwirrung in unseren Reihen auch ein wenig selber schuld mit seinen ständigen Dementis.
Da war als erstes die Behauptung, schon 1934 habe er sich von der Partei abgewandt. Aber, Freunde, wohin denn? Er blieb doch in der Partei. Schließlich war er mit 28 Jahren ja auch schon alt genug, sich solch einen Partei-Eintritt genau zu überlegen. Und wenn er heute nicht mehr in der Partei ist, so doch nur, weil sie 1945 aufgelöst wurde; von oben, übrigens, was ja nun auch nicht besonders demokratisch war.

Kameraden!
Ich will überhaupt mal sagen, also solche öffentlichen Dementis, die soll man auch nicht überbewerten. Die werden im politischen Tageskampf gegeben und sind am nächsten Tag *bereits wieder vergessen.* Schließlich kam es ja doch erstmal darauf an, daß er überhaupt gewählt wurde. Wer weiß, vielleicht können wir 1969 den Wahlkampf schon mit seinem schönen Foto in NSKK-Uniform führen; das gibt es nämlich auch noch, was ja nur beweist, daß er sich eben nicht so weit abwandte.
Da hat er doch auch gleich nach der Nominierung durch sein Büro verbreiten lassen, weder sei er je in der SS oder der SA gewesen noch je dem NSRB beigetreten. Na, da würde ich sagen, das wollen wir ihm heute nicht mehr vorrechnen. Und wenn er dann noch erklären ließ, er sei auch gar kein Verbindungsmann zwischen Ribbentrop und Goebbels gewesen, so ist das eben etwas weitgefaßt; der eine direkte Verbindungsmann, das konnte ja auch nicht gleich jeder sein. Da gab es ja schon jemanden.
Aber dann hat er gleichzeitig auch noch behaupten lassen, er sei nur ein kleiner *wissenschaftlicher Hilfsarbeiter gewesen; 1940* sei er *dienstverpflichtet worden in die Rundfunkpolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes,* wo er *lediglich als Verbindungsmann der Abteilung auf Referentenebene mit allen Behörden, mit denen die Abteilung ‚Arbeitsberührung' hatte, tätig gewesen sei.* Das war ja nun eindeutig ein ungeschicktes Dementi.
Schon gleich danach mußte er doch ein Protokoll aus dem Reichssicherheitshauptamt aus dem Jahre 1944 durch sein Büro in Umlauf bringen, und in diesem Protokoll steht nun ausdrücklich drin, er sei der *frühere Verbindungsmann der Abteilung zum Promi und zur Reichsrundfunkgesellschaft und jetzige stellvertretende Abteilungsleiter.*

Kameraden!
Wenn nun von einem Herrn Dresbach behauptet wird, Kiesinger hätte sich vor dem Soldatsein gedrückt, so kann jeder Eingeweihte darüber nur lächeln. Für ihre wichtigsten Aufgaben brauchten sie ja gerade in der Heimat extrem zuverlässige Männer. Und die Rundfunkpolitische Abteilung sollte doch *die gemäß Führererlaß vom 8. September 1939 vom Reichsaußenminister zu erteilenden Richtlinien und Anweisungen für die Auslandspropaganda auf dem Gebiet des deutschen Rundfunks zur Geltung bringen.* Ihr oblag die *Beeinflussung und Steuerung des ausländischen Rundfunks im Sinne der Absichten und Weisungen des Reichsaußenministers.* Es war deutlich erkannt: *Die Moral der feindlichen Bevölkerung und ihr Kampfeswille können nur durch diese neue so gefährliche Waffe derart getroffen werden, daß der Rundfunk zur Vernichtung des Gegners beiträgt und somit die militärische Kriegsführung unterstützt.*
Also, es ist doch im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß man damit einen Widerstandskämpfer beauftragen würde. Man hat Kiesinger ja auch von Anfang an dort sehr wichtige Aufgaben übertragen. Zum Beispiel sein Einsatz in Griechenland.
Am 6. April 1941 überschritten deutsche Truppen die griechische Grenze. Gleichzeitig nahm ein Geheimsender den Betrieb auf. *Da das griechische Volk auf Drohungen nicht reagierte,* waren seine Losungen *aktiv auf die Zersetzung ... des militärischen griechischen Widerstandes gerichtet: Werft die Engländer ins Meer! Schießt auf die englischen Verräter! Eure Häfen müssen Englands Grab werden! Gebt England den Gnadenstoß! Es gibt keine Hilfe gegen die deutschen Waffen!* Zur Unterstützung dieser Losungen gab es Berichte über von Engländern verseuchtes Trinkwasser, vergiftete Lebensmittel, verschleppte Griechinnen. Der Erfolg läßt sich natürlich nicht mehr feststellen. Immerhin sind einige Losungen zeitlos aktuell geblieben. Sie erinnern daran, daß die Idee von der Nation Europa von Deutschland ausging: *Europa ruft Euch! Verdichtet die Reihen des heiligen Kampfes um Europa! Dient der Großeuropäischen Idee und ihr dient eurer Heimat!*

Kameraden!
Am 22. Oktober 1941 gründen Reichsaußenminister und Goebbels gemeinsam die *Interradio AG (Deutsche Auslands-Rundfunk-Gesellschaft).* Das war eine *Zusammenfassung der in den beiden Ministerien vorhandenen Kräfte ...* um Doppelarbeit zu vermeiden. Auch der *Sonderdienst Seehaus* wird dem Interradio einverleibt. In der politischen Begründung, *daß der Rundfunk als das modernste weltumspannende Instrument der Propaganda die Möglichkeit der Beeinflussung der Völker nahezu unbegrenzt gestaltet hat. Die Moral der feindlichen Bevölkerung und ihr Kampfeswille können durch diese neue so gefährliche Waffe derart getroffen werden, daß der Rundfunk zur Vernichtung des Gegners beiträgt und somit die militärische Kriegsführung unterstützt ... Im Sinne dieser Notwendigkeit sind verschiedene Rundfunksender im Ausland bereits unter deutschen Einfluß gebracht worden. Soweit dies in offener Form geschehen kann, werden diese Sender oder Beteiligungen in die ... Interradio AG eingebracht ... Diese Gesellschaft wird, um die Völker Europas und der übrigen Welt mit den neuen Ideen vertraut zu machen, im Ausland weitere Rundfunkpositionen schaffen, die teils offen das deutsche Gedankengut vertreten, teils mehr oder weniger getarnt die übrigen Völker im deutschen Sinne beeinflussen werden. Die entweder ganz im deutschen Besitz befindlichen oder deutschebeeinflußten Sender im Auslande werden — gelenkt von der Zentrale in Berlin — zunächst ein Instrument der Kriegsführung sein und späterhin im wahrsten Sinne des Wortes ... die große Politik des Reiches maßgebend unterstützen.*
Am 18. November 1941 wird Kiesinger zum Vorstandsmitglied der Interradio benannt, um die sofort ein Tauziehen zwischen Auswärtigem Amt und Propagandaministerium einsetzt. Am 8. Februar 1942 *erklärte* er daher *nochmals,* auf einer Sitzung bei Prof. Hunke (Promi), *die politische Propaganda im Ausland sei ausschließlich Sache des Auswärtigen Amtes.* Und im März 1942 kann die Rundfunkpolitische Abteilung feststellen: *Dem Auswärtigen Amte obliegt die Lenkung der Sendungen der Interradio nach den außenpolitischen Richtlinien des Herrn Reichsaußenministers ... grundsätzlich nicht nur ... Wortsendungen, sondern das gesamte Sendeprogramm ...* Im gleichen Brief wird Kiesinger zum *ständigen Verbindungsmann zwischen der Rundfunkpolitischen Abteilung ... und der Interradio bestellt. Herrn Kiesinger obliegt im Zusammenwirken mit der Interradio und mit der Nachrichten- und Programmabteilung die Vermittlung der allgemeinen außenpolitischen Propagandarichtlinien ...,* das heißt, damit war Kiesinger zu so einer Art oberster Zensor für alle deutschen Auslandssendungen ernannt.

Kameraden!
In einem am 22. Juli 1942 für das Jahrbuch für auswärtige Politik aufgestellten Verzeichnis der Referenten der Rundfunkpolitischen Abteilung erscheint Kiesinger schon als Leiter des Referats allgemeine Propaganda, dazu gehörten a) Verbindung zum Reichspropagandaministerium sowie b) Planung und Kontrolle der allgemeinen Propaganda-Tendenzen des deutschen Auslandsrundfunks. Und im Geschäftsverteilungsplan des Auswärtigen Amtes vom September 1943 figuriert Kiesinger schon als stellvertretender Abteilungsleiter, und gleichzeitig Leiter der beiden Hauptreferate:
Rundfunkeinsatz, internationale Rundfunkbeziehungen und Rundfunkrecht, technische Rundfunkangelegenheiten;
allgemeine Propaganda, Koordinierung der Arbeit der Länderreferate, Verbindungsmann zum Propagandaministerium.
Aus einer Zusammenstellung vom 14. 8. 1943 wird das etwas deutlicher: stellvertretender Abteilungsleiter. Die Rundfunkpolitische Abteilung umfaßte damals 175 Personen davon allein 45 höhere und 24 mittlere Beamte und Angestellte.
Am 27. Dezember 1943 berichtet *Interradio/Generalsekretär* an ... *Kiesinger: Betrifft Erwerb des französischen Privatsenders Radio Cité durch Interradio. Der bei Paris gelegene Mittelwellensender Radio Cité befindet sich im Besitz der Gesellschaft SA Publics. Es besteht nun die Möglichkeit im Zuge der seit langem geplanten Arisierung die Aktienmehrheit dieser Gesellschaft zu erwerben, um den Sender Radio Cité in die Hand zu bekommen. Bei einer Arisierung können die im Besitz der Juden Blenstein und Bernheim befindlichen Aktien ohne weiteres gekauft werden, während die* andern *Aktien ebenfalls* durch Annulierung der Scheinkäufe aus arischen Händen *erworben werden können. ... Der Sender Radio Cité wird in Paris und Umgebung sehr gut gehört. ...* Er erfaßt *eine Bevölkerung von 6 bis 8 Millionen* und *gibt uns große rundfunkpolitische und ... wirtschaftliche Möglichkeiten ...*

Kameraden!
Also wir sollten uns durch diese Dementis wirklich nicht beunruhigen lassen. Die sind garnicht für uns bestimmt, sondern für die anderen. Schließlich war Kiesinger ja Propaganda-Fachmann. Schließlich war ja auch das Büro Concordia mit den ganzen Geheimsendern der gleichen Abteilung unterstellt. Und schließlich hat er ja auch eingegriffen, als einmal ein halbjüdischer dänischer Opernsänger in einem Wunschkonzert auftreten sollte.
Wenn jemand bezweifelt, ob er an den Ministerbesprechungen teilgenommen hat, so können wir einfach auf die Protokolle verweisen, zum Beispiel vom 24. 11. 1942. Und wenn man in den USA auf Kiesinger schlecht zu sprechen ist, so könnte das natürlich auch daran liegen, daß man ihm noch seine gute Arbeit nachträgt. So hatte man doch damals unter anderem den Plan, aus dem Zollverschluß die für die Schweiz bestimmten amerikanischen Filme kurzfristig herauszunehmen, um sie antiamerikanisch zurechtgestutzt wieder zurückzulegen. Das war eben Krieg. Da mußte man mit allen Kniffen kämpfen.

Kameraden!
Ich denke, diese Aufzählung widerlegt aber auch die Vorwürfe des Herrn Dresbach. Das muß doch wohl jeder einsehen, für solch wichtige Aufgaben, brauchte man eben wirklich zuverlässige Männer in der Heimat. Solche Fachleute durfte man einfach nicht an der Front nur als einfache Soldaten einsetzen.
Aber auch nach dem Wiederbeginn, für den er sich sofort zur Verfügung stellte, hat er nie seine Einstellung verleugnet. Schon Anfang Juni 1951 ist er bei der Ersten Legion, die dann leider wieder aufgelöst werden mußte, für die Wehrpflicht eingetreten, weil auf sie für den Kampf gegen den Bolschewismus einfach nicht verzichtet werden könne. Auch in der Grenzfrage hat er stets eine erfreuliche eindeutige Haltung eingenommen. So forderte er (24. 6. 1955) die Heimkehr Schlesiens und erklärte (August 1957) *die Bedrohung des Abendlandes durch die Hunnenstürme* war *eine Schicksalsstunde Europas. ... In genau einer solchen Schicksalsstunde leben wir heute. ... Das Kreuz* müsse *im Siegeszug die Länder jenseits des Eisernen Vorhangs wieder zurückgewinnen.* Und im Mai 1958 erklärte er in Straßburg, auf dem Kongreß der osteuropäischen Emigrantenorganisationen, *Territorialprobleme* zwischen Deutschland und z. B. der Tschechoslowakei und Polen *müßten gelöst werden, sobald dieselben ihre Unabhängigkeit zurückgewonnen haben.*
Auch zu unserer Bundeswehr hat er stets das richtige Verhältnis gehabt. So forderte er lange vor anderen, bereits 1957 in einem Rundfunkinterview taktische Atomwaffen für die Bundesrepublik und wandte sich im März 1958 im Bundestag ausdrücklich gegen den Verzicht auf Atomwaffen. Welch schöne Szene, daß er sich als erstes Musikstück nach seiner Ernennung den Coburger Marsch vorspielen ließ. Hier liegen seine Kräfte. Mit diesem wirklich nationalen Mann kann die Bundesrepublik nur Aufschwung nehmen.
Die zielstrebige nationale Erziehungsarbeit der Vertriebenen-Verbände und unserer Mitglieder in den Parteien hat inzwischen auch ihre Erfolge gezeitigt. Ist es nicht eine schöne Bestätigung dieser Politik, daß der CSU-Innenminister von Bayern den Bundestagspräsidenten Gerstenmaier einfach dadurch als Kanzlerkandidaten abqualifizieren konnte, daß er ihn als *Reue-Deutschen* bezeichnete, weil er in Brüssel vor dem Jüdischen Weltkongreß sprechen durfte. Dabei wollen wir garnicht übersehen, was uns alles mit dem Herausgeber von Christ und Welt verbindet, der immer eine offene Hand für uns hatte. Aber noch ist der Verdacht, er sei ernsthaft am Mordanschlag vom 20. Juli 1944 beteiligt gewesen eben nicht ausgeräumt.

Kameraden!
Auch sonst ist der nationale Flügel überall im Aufschwung begriffen. Die andere Seite führt nur noch Rückzugsgefechte. Der beste Beweis ist doch, daß keinem der Vertriebenen-Verbände bisher die Gelder gesperrt wurden, mit der Begründung, die personelle Zusammensetzung einiger Spitzengremien sei der Beweis dafür, daß es sich um eine Nachfolge-Organisation der NSDAP handele. Immerhin gab es ja seit dem SRP-Verbot immer wieder diese Möglichkeit, und auch gegen die Linke geht man gerne mit diesem Argument vor, bei ihren Zusammenschlüssen handele es sich um eine Nachfolge der verbotenen KP.
Unsere Politik in diesem Kreis ist ja nun immer sehr realistisch gewesen. Wir waren nie für die Gründung einer neuen Rechts-Partei. Unser Volk ist einfach immer noch zu sehr voreingenommen. Viel aussichtsreicher ist es noch immer, die bürgerlichen Parteien zu übernehmen, indem wir unsere Mitglieder in die Schlüsselstellungen der CDU-CSU und einiger FDP-Landesverbände lancieren.
Einige Beunruhigung hat nun das Anwachsen der NPD bei uns ausgelöst. Also, dazu will ich mal sagen, natürlich ist diese Partei ein Produkt der Propaganda der bürgerlichen Parteien einerseits, die ja doch immer stärker wieder unsere nationalen Gefühle angesprochen haben. Gerade unser Freund Franz Josef Strauß aus München hat dabei eine besonders verdienstvolle Rolle gespielt. Selbst wenn die SPD dagegen war, so hat sie doch nicht gewagt, laut dagegen anzugehen. Auch dieser Verzicht auf Opposition hat zweifellos der NPD geholfen. Andererseits hat eben hier die besonders nationale Erziehungsarbeit einiger Vertriebenen-Verbände Erfolge zu verzeichnen gehabt. Dabei sind diese Wähler doch eigentlich das natürliche Wählerpotential der CDU-CSU, wie ganz richtig ein CDU-Bundesminister in der bayrischen Wahlnacht im Fernsehen sagte. Trotzdem ist es richtig, wenn der neue Bundeskanzler sich schon im Juni gegen ein Verbot dieser neuen Partei wandte. Es bleibt ihm dadurch sein Bild der Rechtlichkeit.
Kiesinger ist eben ein Propaganda-Fachmann. Sofort nach der Nominierung hat er in Würzburg vor der Jungen Union erklärt, wie er sich die Koalition vorstellt: eine Bindung *auf Gedeih und Verderb.* Dabei hat die CDU-CSU noch immer Gedeih genommen und den Junior-Partner der Verderb getroffen. So wird es auch diesmal sein. Der Kanzler hat die Richtlinien-Kompetenz. Die Erfolge werden ihm gutgeschrieben werden, die Mißerfolge den Ministern. Neuer Justizminister ist Dr. Heinemann von der SPD. Kommt es zu einem Verbot der NPD, werden Vertriebenen-Verbänden Gelder gestrichen, kann Kiesinger sich nicht durchsetzen mit unserer Forderung: an allem hat die SPD schuld.
Bonn weiß offenbar noch gar nicht, wie sehr das deutsche Volk jene pharisäerhafte Vergangenheitsbewältigung satt hat. Wenn Bonn sich immer noch nicht zur Generalamnestie bereitfindet, wird man es mit dem Stimmzettel von Wahl zu Wahl eines besseren belehren müssen. Und dabei muß man dann immer daran erinnern, der Justizminister kommt von der SPD. Das habe ich schon gesagt, aber das werden wir bis zur nächsten Wahl immer wiederholen müssen. Dann werden in Kürze unsere Freunde von der CSU wirklich alleine die tonangebende Macht in Bonn sein.

Kameraden!
Damit ist unsere Übersicht über die Lage beendet. Die Versammlung ist geschlossen.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Alfred Schmidt

„Gott ist tot"

Zu einer Hegel-Studie von Roger Garaudy

Der mit dem XX. Parteitag der KPdSU eingeleitete Prozeß der Entstalinisierung, der noch keineswegs abgeschlossen ist, ging, was Reichweite und Tempo betrifft, nicht nur innerhalb des kommunistischen Machtbereichs ungleichmäßig vonstatten. Auch die westlichen kommunistischen Parteien konnten sich nur zögernd von der stalinistischen Ideologie und Praxis lösen. Am raschesten noch gelangten die italienischen Kommunisten ins Freie. Togliatti ließ sich mit der sowjetamtlichen Kennzeichnung der Stalin'schen Ära als eine des „Personenkults" nicht abspeisen. Er fragte gut marxistisch nach den realen Bedingungen seines Aufkommens und fand sie im System des „Sozialismus in einem Lande" – und erst in zweiter Linie in psychologischen und moralischen Defekten Stalins. Demgegenüber verharrte die französische KP weitaus länger in nahezu ungebrochenem Stalinismus. Noch 1958 wurde der bedeutende Theoretiker Lefèbvre nach dreißigjähriger Mitgliedschaft als „Revisionist" aus der Partei ausgeschlossen. – Der Bann war erst gebrochen, als Maurice Thorez 1962 auf einem Pariser Treffen kommunistischer Philosophen, das sich mit dem Stalinschen Erbe beschäftigte, das gerade erschienene Buch eines Mannes hervorhob, der jahrelang der bekannteste philosophische Verfechter des französischen Stalinismus gewesen war: DIEU EST MORT von Roger Garaudy, eine umfangreiche, einführende Studie über das System und die Methode Hegels.

Nicht zufällig mußte die Neubesinnung auf den kritisch-humanistischen Gehalt der Marxschen Lehre einsetzen mit einer Revision der unter Stalin üblichen vulgärsoziologischen Manier, Geschichte der Philosophie zu treiben. Fortschritt und Reaktion wurden schematisch auf Materialismus und Idealismus einerseits, auf Dialektik und Metaphysik andererseits verteilt. So kam es zu der ebenso einfältigen wie verbindlichen Formulierung der *Großen Sowjet-Enzyklopädie,* die klassische deutsche Philosophie, insbesondere die Hegelsche, sei „eine aristokratische Reaktion auf die französische bürgerliche Revolution und den französischen Materialismus" gewesen. Dabei hatte noch der Marx der ökonomischen Analyse in einem Brief an Lassalle (31. 5. 1858) in Hegels Dialektik „unbedingt das letzte Wort aller Philosophie" erblickt, und Engels unterstrich 1874 in seiner Vorbemerkung zum *Deutschen Bauernkrieg,* daß der wissenschaftliche Sozialismus ohne Hegel „nie zustandegekommen wäre" – ganz zu schweigen von seinem berühmten Satz, die Arbeiterbewegung sei die Erbin der klassischen deutschen Philosophie. Lenin betrachtete die Dialektik Hegels als „Quelle und Bestandteil des Marxismus" (1913) und empfahl in seinen letzten Lebensjahren (1922) ihr „systematisches Studium vom materialistischen Standpunkt". – Mit dem endgültigen Sieg Stalins im Kampf um das Leninsche Vermächtnis hörte die ernst zu nehmende Hegel-Rezeption in Rußland auf. 1931 wurde die „dialektische" Richtung der Sowjetphilosophie, deren Hauptvertreter der Plechanowschüler A. M. Deborin gewesen war, mit dem politischen Etikett „menschewisierender Idealismus" versehen und unterdrückt. Als 1938 in der *Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (B)* das von Stalin verfaßte Kapitel *Über dialektischen und historischen Materialismus* erschien, lag ein bis zum XX. Parteitag kanonischer, unbeschadet seiner Dürftigkeit in den Rang eines Hochschullehrbuchs erhobener Text vor. In ihm wurde die sehr komplexe, weil stets neu zu stellende Frage nach dem Verhältnis des Marxschen Denkens zu Hegel gar nicht erst diskutiert, sondern mit dem Hinweis auf Marx' unglücklich gewähltes Bild vom „rationellen Kern" der Hegelschen Dialektik erledigt, der von seiner „mystischen Hülle" zu befreien sei. Den inhaltlichen Reichtum der dialektischen Bestimmungen strich Stalin auf vier „Grundzüge" (universelle Wechselwirkung der Erscheinungen, quantitative Änderungen und qualitative Sprünge, Entwicklung als Einheit und „Kampf" der Gegensätze) zusammen, den philosophischen Materialismus auf drei (Materialität der Welt, Primat der Materie gegenüber dem Bewußtsein, Erkennbarkeit der Welt). Damit wurden die allgemeinsten Prinzipien, selber jeder dialektischen Bewegung entzogen, von außen auf die Wirklichkeit „angewandt", die zur bloßen Beispielsammlung für jene herabsank. Die vermittelnden Glieder zwischen den allgemeinsten Begriffen und den spezifischen Sachverhalten fielen aus; die auf ein dürres Schema reduzierte und in eng-moralische Postulate übersetzte Theorie wurde – entgegen ihrem materialistischen Anspruch – den Gegenständen auferlegt, was sich nicht zuletzt in der unheilvollen Kulturpolitik Shdanows ausdrückte, der jeden Versuch mißbilligte, die Frage nach dem Verhältnis von Marx zum Hegelianismus neuaufzuwerfen, weil er sie für endgültig gelöst hielt.

An diese „Abenteuer der Dialektik" (Merleau-Ponty) nach Lenin war kurz zu erinnern, um die Bedeutung des Neuansatzes in der erwähnten, jetzt auch deutsch erhältlichen Hegelstudie Garaudys besser in den Blick zu bekommen. Garaudy, Philosophieprofessor in Poitiers und Mitglied des Zentralkomitees der KPF, war, wie gesagt, zunächst alles andere als ein undogmatischer Denker. Seine frühen Arbeiten *Die materialistische Erkenntnistheorie* (1953) und *Die Freiheit als philosophische und historische Kategorie* (1955) sind einer abstrakten Metaphysik, die von leeren Begriffen wie „Materie" und „Bewußtsein" ausgeht, noch außerordentlich verhaftet. Erst in seinem 1959 erschienenen Buch *Perspectives de l'homme* nimmt sein Denken jene Unbefangenheit an, die seine letzten Schriften auszeichnet. Es erfaßt die „anthropozentrische" Wende des Marxschen Materialismus, das heißt die gegenstands-konstitutive Rolle der menschlichen Praxis, die als daseiende Vermittlung alle Theorien des „absoluten Anfangs" implizit widerlegt. Garaudy studiert den Neuthomismus und insbesondere das Thema der Subjektivität von Husserl bis Sartre. Um sich Sartres berechtigtem Vorwurf vom „vorkritischen" Charakter des institutionalisierten Marxismus stellen zu können, muß er auf die gerade von Marx am deutschen Idealismus von Kant bis Hegel hervorgehobene „tätige Seite" der Erkenntnis zurückgehen – eine Seite, die dem bisherigen, vorwiegend mechanischen Materialismus fehlt und in den dialektischen hinüberzuretten war. Der Rekurs auf die spekulative Philosophie ist für Garaudy nicht nur die erste Voraussetzung der längst fälligen erkenntnistheoretischen Selbstreflexion der marxistischen Lehre, sondern hat zugleich einen höchst politischen Aspekt. Wenn sich an Kants, Fichtes und Hegels Konzeption der Einheit von theoretischer und praktischer Vernunft lernen läßt, daß die gegebene Wirklichkeit ebensosehr ein An-sich wie ein durch geschichtliche Arbeit Erzeugtes ist, dann ist der sowjetmarxistisch gängige Abbildrealismus nicht nur philosophisch unzuständig, sondern auch politisch fragwürdig: er verhält die Menschen zur Passivität gegenüber einer von ihnen selbst hervorgebrachten aber nicht mehr als Produkt durchschauten („nachrevoluionären") Welt, zum Aberglauben an die eiserne Logik der Dinge.

Beide Gesichtspunkte, der erkenntniskritische und der politische, kommen in Garaudys geschichtsphilosophischer Interpretation der Hegelschen Philosophie zusammen. Sosehr es ihm letztlich darum geht, die marxistische Theorie zu bereichern, ihren heutigen Stand an dem bei Hegel bereits Erreichten zu messen – Garaudy betrachtet Hegels Werk nicht als einen Steinbruch, dem es ein paar brauchbare Brocken zu entnehmen gilt, sondern er deutet es von seinen eigenen sachlichen und historischen Voraussetzungen her, die nicht mechanisch voneinander abzulösen sind. Weder ist es damit getan, den Hegelianismus rein immanent aus der von Kant zu Fichte und Schelling führenden Denkbewegung abzuleiten, noch erschöpft er sich darin, die religiöse Erfahrung der widerspruchsvollen Beziehung von Mensch und Gott philosophisch zu formulieren. Ebensowenig genügt es, die idealistische Dialektik als „Reflex" der damaligen deutschen Verhältnisse zu bestimmen. Es kommt Garaudy vielmehr darauf an, den komplizierten Prozeß der Umsetzung konkret-historischer Erfahrungen in dialektische Theoreme im Denken Hegels zu verfolgen. Indem er dessen bekannten Satz, jede Philosophie sei ihre Zeit, in Gedanken ausgedrückt, auf ihn selbst anwendet, sucht er nachzuweisen, daß Hegels Methode und System die reale Erfahrung des Zusammenbruchs einer Welt und der Geburt einer neuen in sich bergen: „Das Problem Hegels bestand darin, Antworten auf die Fragen zu finden, die ihm seine Zeit, die ... der Französischen Revolution und des Napoleonischen Kaiserreichs, der Machtergreifung und des Aufstiegs der Bourgeoisie, stellte" (S. 10). In der Zeit, als er seine Philosophie entwickelt – während der Periode vom Tübinger Stift bis zur Jenenser Lehrtätigkeit – wird Deutschland, durch seine Zurückgebliebenheit und Zersplitterung zur Ohnmacht verurteilt, zu einem der Schlachtfelder, auf denen die weltgeschichtliche Entscheidung zwischen den Mächten der Vergangenheit und denen der Zukunft fällt. Hegel ist bemüht, den revolutionären Wandel des „Weltzustands", den Übergang zum modernen Europa auf den Begriff zu bringen – Vorgänge, angesichts deren ihm die deutsche Wirklichkeit erbärmlich erscheint. Das Denken soll den Bruch zwischen den Menschen und ihrer menschenfeindlichen Welt überwinden: „In den Institutionen und Dingen das Kennzeichen des Menschen – das Werk des Geistes – wiederfinden, die menschliche Bedeutung der gesamten Wirklichkeit entziffern und ... die Seele fassen, die den Dingen Leben verleiht und sie in ihre Bewegung hineinzieht: das ist die erste Forderung ... Hegels" (S. 15).

Garaudy entwickelt nun im ersten Teil seiner Studie in detaillierten Analysen, die vorphänomenologischen Schriften berücksichtigen, wie Hegel sein Problem der Aufhebung der Zerrissenheit, das heißt des Widerspruchs „zwischen dem Unbekannten, das die Menschen bewußtlos suchen, und dem Leben, das ihnen angeboten und erlaubt wird" (S. 20), zunächst als ein politisch-religiöses behandelt, dann seinen ökonomischen Voraussetzungen nachgeht und es schließlich, als die historische Perspektive sich verdüstert, in theologische Begriffe überführt. Da Hegel die romantische Flucht aus der Wirklichkeit ebenso ablehnt wie utopistische Projektemacherei, gibt er seinen ursprünglich revolutionären Weg auf und findet sich mit der gegebenen Welt ab. Die von ihm so heftig angegriffene „Positivität" wird als denkend bewältigte anerkannt. Sein Idealismus geht über in einen „unkritischen Positivismus" (Marx). Da Hegel einerseits die Widersprüche der entstehenden, damals allein möglichen bürgerlichen Gesellschaft unverblümt ausspricht, andererseits jedoch deren Prinzip akzeptiert – was nach Garaudy die objektive Klassenschranke seiner Philosophie ausmacht –, kann er das Entzweite in letzter Instanz nur „theologisch" versöhnen: „Vermittels einer völligen Durchdringung der Realität durch die Vernunft, vermittels des Bewußtseins der Notwendigkeit des Widerspruchs und seiner Vernünftigkeit" (S. 117). Befreiung wird so zur Erkenntnis des Selbst im Anderen, zur restlosen Identifikation des objektiv Gegebenen mit dem begreifenden Denken. Dadurch, daß Hegel das Ereignis und die Folgen der Französischen Revolution durchs Prisma der deutschen Zustände sieht, kommt es zum vielerörterten Doppelcharakter seines Werks: es verherrlicht theoretisch die Französische Revolution und rechtfertigt praktisch die preußische Monarchie. – Bei der Rückständigkeit Deutschlands mußte die Begeisterung der Idealisten für das tätige, umwälzende Element in der Französischen Revolution sich zur Tätigkeit des Geistes sublimieren.

Im zweiten Teil, der die Methode Hegels darstellt, wird deutlich, daß Hegel gerade vermöge der theologischen „Transposition" seines zunächst unmittelbar geschichtlichen Problems, die Entfremdung aufzuheben, zum eigentlich „Spekulativen" vorstößt. Er hofft, der dialektischen Bewegung des Begriffs auf die Spur zu kommen, indem er die theologischen Symbole denkend entziffert. – Garaudy entwickelt, wie die spekulative Dialektik notwendig aus der höchst realitätshaltigen Entwicklung des modernen Idealismus hervorgeht. Orientiert an Hegels Einschätzung seiner Vorläufer schildert er Kant als „Schöpfer der spekulativen Philosophie" (wobei er dessen „kopernikanische Wende" in der Erkenntnistheorie moralisch motiviert sieht), Fichtes „antithetische Methode" und Schellings Naturphilosophie als „Übergang vom subjektiven zum objektiven Idealismus". Neben den philosophischen Momenten der Entstehungsgeschichte der Hegelschen Methode nennt Garaudy die (oft unbeachtet bleibende) Entwicklung der Naturwissenschaften am Anfang des 19. Jahrhunderts, vor allem aber die neuen historischen Probleme, zu deren tieferem Verständnis diese Methode ihrerseits nicht wenig beitrug. – Nachdrücklich verweist der Verfasser darauf, daß Hegel weder von der Materie ausgehen will, um aus ihr das Bewußtsein abzuleiten, noch vom reinen Selbstbewußtsein, um aus ihm die Materie zu entwickeln. Er verlangt nach einer Methode jenseits des (ihm nur als mechanischer möglichen) Materialismus und des subjektiven Idealismus – eine Methode, welche gegenüber dem Wirklichen kein bloßes Werkzeug ist, sondern den Pulsschlag dieses Wirklichen in seiner Eigenbestimmtheit ausdrückt. Zugleich subjektive Denkoperation und Theorie der objektiven Welt, erweitert sich Hegels Methode zum System. Erst in ihm hat sie ihr Ziel erreicht: weder die Transzendenz Gottes noch die „Äußerlichkeit" der Natur kann dem vernünftigen Denken fremd bleiben. Namentlich anhand der *Großen Logik* und der *Enzyklopädie* entfaltet Garaudy die Bestimmungen der Dialektik, ohne sie, wie oft genug marxistisch üblich, katalogartig aufzuzählen. Er beschreibt die Dialektik als eine Logik der „Beziehung", des „Konflikts", der „Bewegung" und des „Lebens". Im Zentrum stehen die in der Tat entscheidenden Kategorien der Totalität und des Widerspruchs. Eine, wenn nicht die wesentlichste Differenz zwischen Hegel und Marx sieht der Verfasser darin, daß für Hegel letztlich der Widerspruch ein Moment der Totalität ist, während diese für Marx unaufhebbar ein Moment des Widerspruchs bleibt.

Im dritten Teil schließlich breitet Garaudy die konkreten Inhalte des Hegelschen Systems aus, wobei er – in Anlehnung an Engels – den inneren Hauptkonflikt der Hegelschen Philosophie darin sieht, daß sie ein solches System als abgeschlossenes zu liefern beansprucht, während ihre im Grunde revolutionäre Methode das notwendige Fortschreiten zu höheren Stufen impliziert. – Ausgehend von der *Phänomenologie des Geistes,* die er im Gegensatz zu anderen Interpreten als „Moment einer Ontologie" (S. 214) betrachtet und deshalb ins „System" aufnimmt, untersucht Garaudy die *Wissenschaft der Logik* und die *Naturphilosophie* unter dem Titel „Die Dialektik des Seins". Er zeigt, daß die Entwicklungsmomente des Seins eine deutliche Parallele ziehen zu denen des Bewußtseins in der *Phänomenologie.* Ein abschließendes Kapitel behandelt die *Philosophie des Geistes* (vor allem Hegels Geschichtskonzeption und Ästhetik) aus der Perspektive des Goetheschen Humanismus und der Idee des „totalen Menschen", deren Verwirklichung Marx in der berühmten Formel „Humanisierung der Natur, Naturalisierung des Menschen" vorwegnahm.

Der Marxismus unseres Jahrhunderts muß seine religionskritischen Aussagen mit dem derzeitigen Stande der christlichen Theologie konfrontieren. „Entmythologisierung", „existentiale" und „symbolische" Interpretation der biblischen Texte, wie sie protestantisch wichtig wurden, haben nicht wenige seiner Argumente entkräftet, die einen naiven Supranaturalismus voraussetzten. Mit der vulgär-materialistischen Agitation à la Haeckel, ein Erbe der alten Sozialdemokratie im Sowjetmarxismus, ist es nicht länger getan. Kein reflektierter Theologe wird heute noch im Ernst versuchen, naturwissenschaftliche Wissenslücken dogmatisch auszubeuten; Expektorationen über den angeblich „freien Willen des Elektrons" haben allen Kredit eingebüßt. – Aber auch der gesellschaftlich orientierte Atheismus von Marx und Lenin bedarf einer neuerlichen Aneignung; seine Thesen sind nicht einfach in der simplifizierten Form zu wiederholen, in der sie politisch wirksam waren. Allzuoft erschöpfte sich der Atheismus der Stalinzeit in einer wissenschaftlichen „Widerlegung" Gottes. Vergessen wurde, daß Marx, in diesem Punkt von Feuerbach beeinflußt, die Negation Gottes als die Position des Menschen versteht, daß sein Atheismus darauf abzielt, alle Produktivkräfte der Individuen zu entfesseln.

Wenn es im internationalen Kommunismus –, ausgenommen vielleicht italienische Theoretiker wie Luporini – einen Autor gibt, der über die gegenwärtige Lage des atheistischen Humanismus im angedeuteten Sinne nachgedacht hat, dann ist es Garaudy. Seine Diskussionen mit namhaften katholischen Theologen, etwa bei Veranstaltungen der Paulus-Gesellschaft, haben deutlich gemacht: es geht ihm nicht darum, offenkundige Gegensätze zu vertuschen, sich unvornehm anzubiedern oder, parteitaktisch, den Atheismus in „ziviler" Form ins christliche Bewußtsein einzuschmuggeln. Der nachstalinistisch wiederentdeckte Ausgangspunkt der Marxschen Lehre, die geschichtliche Aktion leibhaftiger Menschen, sowie die Tatsache, daß die Rede von Gott für die moderne Theologie zunächst eine vom Menschen und seiner Unvollendetheit ist, werden für Garaudy zur Gesprächsbasis. Es gilt die Wegstrecke abzustecken, die Christen und Marxisten in der modernen Welt gemeinsam zurücklegen können, ohne deshalb von ihren Prinzipien zu lassen.

Von hier aus wird verständlich, daß es eines der hervorstechendsten Merkmale von Garaudys Hegelbuch ist, daß sein Verfasser der religiösen Komponente im Denken des großen Dialektikers freier, unideologischer gegenübersteht als etwa Lukács, in dessen 1948 erschienenem *Jungen Hegel* der (freilich nicht im Sinne abstrakter Innerlichkeit) „theologische" Charakter der Hegelschen Jugendschriften schlicht bestritten und zur „reaktionären Legende" erklärt wird. Für Garaudy unterscheidet sich die marxistische von der nicht-marxistischen Hegelinterpretation nicht darin, daß diese die theologischen Momente in Hegel hervorkehrt, während jene sie leugnet. Der Unterschied der beiden Interpretationen ist vielmehr der, daß die Nicht-Marxisten im allgemeinen dazu neigen, die Aktualität Hegels in den theologischen Spekulationen zu sehen, während die Marxisten seine historisch-dialektische Methode hervorheben, den mit ihr verknüpften Begriff der Arbeit sowie seinen Versuch, die Gesellschaft als ein reich gegliedertes Ganzes zu erfassen. Daß Hegel nicht zuletzt über seine „absolute Religion" zu diesen marxistisch wichtig gewordenen Kategorien gelangt ist, steht auf einem anderen Blatt.

Garaudy weigert sich denn auch, die Zweideutigkeit der religiösen Position Hegels feuerbachianisch oder gar marxistisch auszulegen, wie dies in Kojèves Kommentar zur *Phänomenologie* geschieht, der Bruno Bauers These, Hegel sei Atheist gewesen, erneuert und Hegels Philosophie insgesamt auf eine „finitistische" Anthropologie reduziert (S. 422 f.). Ebenso weist der Verfasser Jean Wahls Ansicht zurück, Hegels Idee vom „Tode Gottes" sei orthodox christlich zu verstehen: „Die Hegelsche Auffassung vom ‚Tode Gottes' ist weder die des Christentums und Pascals noch die des Atheismus und Nietzsches: sie ist – und das rechtfertigt eben den Titel unseres Werkes – Ausdruck der zentralen Anschauung des spezifisch Hegelschen Denkens" (S. 428 f.). Gott ist tot heißt: das Absolute setzt sich nur, indem es in Gegensatz zu sich tritt, indem es sich selbst beschränkt und negiert, und es ist das Absolute nur durch die Negation dieser Negation. Das Unendliche lebt in der Erkenntnis des Endlichen als eines Endlichen; es *ist* einzig als Endliches, das im Begriff steht, über sich hinauszugehen. Hegels *Philosophie der Religion* versöhnt das Endliche mit dem Unendlichen durch die schroffste Entzweiung hindurch. Daß Gott gestorben ist, dieser – wie Hegel ihn nennt – „fürchterlichste Gedanke", bedeutet nicht nur den vielleicht schwachen

Fortsetzung Seite 5

Luise Pollinger

Papier · Bürobedarf · Drucksachen · Schreibmaschinen und Schreibmaschinen - Reparaturen
Füllhalter - Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt · Selbstbedienung:
Bockenheimer Landstraße 133 · Fernruf 77 63 77

Kollegbedarf
Füllhalter
Feinpapiere
Geschenke
Büro-,
Zeichen-,
Schulartikel

Frankfurt am Main · Bockenheimer Landstraße 131 · Fernruf 77 55 89

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn
www.frankfurt-uni68.de

Das Dilemma der politischen Studenten in unserer Gesellschaft ist Thema einer DISKUS-Serie, in der zuletzt mit einem Bericht über den Sozialistischen Deutschen Studentenbund ein Beispiel annähernd vollkommener politischer Isolation dargestellt wurde. Die Übereinstimmung darüber, daß mit dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten so etwas wie politische Macht vermittelt sein müsse, ist allgemein. Ulrich Witt, selbst Mitglied, legt einen Erfahrungsbericht darüber vor, ob der RCDS in der CDU eine Gewürzgurkenholerrolle spielt, oder mitbestimmende Komponente des innerparteilichen Lebens ist.

ULRICH WITT

Schleppenträger der CDU?

3. Exempel für die Malaise der politischen Studenten: Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)

Gemeinsame politische Grundkonzeption verbindet den Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) mit der CDU/CSU, und der in Distanz stehende Beobachter hat den Eindruck, dieser politische Studentenverband fährt im Schlepptau der Unionsparteien. Man hört nämlich nur selten von handfesten Auseinandersetzungen des RCDS mit der Partei. Doch Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel. Eine wurde bekannt, als sich bei den Streitigkeiten zwischen Franz-Josef Strauß und Freiherr zu Guttenberg im Jahre 1963 der RCDS an der Münchener Hochschule für Politische Wissenschaft auf Guttenbergs Seite schlug und dafür prompt aus dem bayrischen Landesverband ausgeschlossen wurde. Der bayrische RCDS – auf der Seite von Strauß und der CSU-Mehrheit – drohte aus dem Bundesverband auszuscheren und einen eigenen „Ring Christlich-Sozialer Studenten" zu gründen, weil der Bundesverband keinen Anlaß sah, eine Gruppe wegen unterschiedlicher personalpolitischer Beurteilung von CDU- oder CSU-Politikern aus einem Landesverband auszuschließen.

Der Mangel an öffentlichen Disputen mit der eigenen Partei charakterisiert den RCDS. Deswegen ist sein „Innenleben" sicher längst nicht so interessant wie das von LSD, SHB oder gar SDS, die mit ihren Kritiken, Unterschriftensammlungen und Demonstrationen gegen die eigene Partei oder Mißstände im Staat die Öffentlichkeit immer wieder auf ihre Existenz hinweisen und mit Spaltungen, Parteiein- und -austritten von sich reden machen.

Zwar gibt es auch beim RCDS langwierige Geschäftsordnungs- und Satzungsdebatten. Dies gehört wohl zu allen politischen Studentenverbänden – aus Mangel an wirklichen Entscheidungskompetenzen? Doch war der RCDS schon immer stärker als die konkurrierenden Verbände praktisch politisch orientiert. Während sich LSD und SHB heute noch über verpaßte Gelegenheiten und Chancen der Deutschlandpolitik in den 50er Jahren oder die Apartheidspolitik in Südafrika erregen, erörterte der RCDS für die eigene Partei Fragen der Hochschul- und Kulturpolitik. Es ist symptomatisch für den Verband, daß er zum Beispiel im hessischen Bereich mit dem langjährigen VDS-Vorsitzenden Pfaffendorf und seinem Stellvertreter Sälzer Persönlichkeiten hervorbrachte, die weniger an außenpolitischen Debatten interessiert sind (weil sie hier doch keinen Einfluß haben), die aber bei konkreten Problemen – wie etwa dem hessischen Hochschulgesetz – mit viel Energie Stellnungnahmen für die ganze Studentenschaft verfaßten und Verbesserungsvorschläge machten.

Trotz dieser engen Liaison kann sich der RCDS nicht als Hilfstruppe der CDU auf dem Boden der Universität verstehen. Er ist „ein organisatorisch selbständiger politischer Studentenverband und in der Meinungs- und Willensbildung unabhängig". Selbstverständlich sind Mitgliedschaft im RCDS und in der CDU/CSU völlig getrennt, doch wird man davon ausgehen können, daß etwa die Hälfte der RCDS-Mitglieder auch Mitglieder in der CDU oder CSU ist. Die Bedeutung des RCDS ist natürlich schon allein wegen seiner geringen Mitgliederzahl beschränkt. Zwar bezeichnet sich dieser Verband als der stärkste politische Studentenverband (genauso wie der SHB), seine 2300 Mitglieder in 50 Hochschulgruppen stehen aber in keinem Verhältnis etwa zu den 110 000 Mitglieder der Jungen Union (der Jugendorganisation der CDU/CSU).

Als politischer Studentenverband geht es ihm weniger darum, die tagespolitischen Anschauungen der Unionsparteien in den Hochschulen zu vertreten, als „sich in wissenschaftlicher Ehrlichkeit und intellektueller Redlichkeit mit der politischen Wirklichkeit auseinanderzusetzen. Zum anderen versucht er, der akademischen Unverbindlichkeit und politischen Urteilslosigkeit, die man häufig bei Studenten antrifft, entgegenzuwirken". Welcher Studentenverband könnte es wagen, ohne solche hehren Ziele den Boden der alma mater zu betreten? Doch die Wirklichkeit sieht häufig anders aus: Im August 1965 – also kurz vor der Bundestagswahl – schrieb der Pressereferent beim Bundesvorstand des RCDS, Peter Rdunski, in einer Analyse über den CDU-Parteitag im internen „RCDS-Brief": „Auch wenn wir auf Kritiken an der Partei grundsätzlich nicht verzichten werden, im Wahlkampf gilt die Parteiräson. Wenn wir schon schimpfen müssen, tun wir es lieber leise". Zwar rief der RCDS-Brief die Hochschulgruppen dazu auf, kritische Bilanz zu ziehen, doch dürfe die Kritik aus den eigenen Reihen nicht so führen, daß sie den Wähler von CDU/CSU überzeugt und dieser die Konsequenzen daraus zieht, indem er den Unionsparteien seine Stimme nicht mehr gibt.

Sicher ist das im ganzen harmonische Verhätnis nicht so zu verstehen, daß im RCDS Opportunisten arbeiten, deren gefälliges Benehmen von der CDU irgendwann mit lukrativen Positionen honoriert wird. Dagegen spricht im Gegensatz zur SPD die erfahrungsgemäß miserable Personalpolitik der christlichen Demokraten, die es bis heute nicht verstanden haben, Personen ihrer Couleur in entsprechende Ämter zu lancieren. Ebenso wird den jungen CDU-Mitgliedern die Arbeit im RCDS nicht „angerechnet", wenn sie sich etwa um ein kommunales Mandat oder einen Landtagssitz bemühen. Ambitionierte junge christliche Demokraten ziehen es deshalb vor, sich an ihren Hochschulorten in der Jungen Union zu engagieren, weil diese über eine mehr oder minder starke Hausmacht in den Delegiertenversammlungen der Partei verfügt. Wahrscheinlich wird die Arbeit im RCDS gerade dadurch gelähmt, weil diejenigen, die nur ihr Ehrgeiz zu Aktivitäten veranlaßt, fehlen, zumal sie größere persönliche Möglichkeiten in der Partei sehen. Das Verhältnis zwischen RCDS und Junger Union hat sich in den vergangenen Jahren erheblich verbessert. In Erinnerungen an die Wahlkämpfe und die grundsätzlichen Auseinandersetzungen vor 10 Jahren stellten sich die RCDS-Mitglieder die Junge Union (J. U.) als eine mit Schlagringen ausgestattete Wahlkampfmannschaft vor, der man höchstens das Kleben von Wahlplakaten auftragen könne. Dagegen kritisierte die Junge Union die intellektuelle Distanziertheit des RCDS. Außerdem führte die fehlende Kontinuität beim RCDS zu Mißtrauen gegenüber diesem Verband in der J. U. Man kann nämlich die Mitglieder nicht so recht in das politische Kalkül einbeziehen, weil die Vorstände zu häufig wechseln. Diese Diskontinuität scheint einer der wesentlichen Gründe dafür zu sein, daß politische Studentenverbände weitgehend politisch wirkungslos bleiben müssen. Die Parteien können kaum Vertrauen zu solch „unsoliden" politischen Faktoren gewinnen, bei denen sie jeden Tag mit unkontrollierbaren Meinungsäußerungen rechnen müssen. Dieses Gefühl wird noch durch chronische Finanznot und die mangelhafte organisatorische Beständigkeit der Studentenverbände verstärkt.

In der Selbstdarstellung des RCDS (RCDS – ein selbständiger politischer Studentenverband, 2. Aufl., Bonn 1963) heißt es, wesentliches Ziel ist die Gewinnung von Akademikern für die christlich-demokratische Bewegung(!) In diesem Satz wird der Flügel im RCDS in die Schranken gewiesen, der meint, der Verband sei Selbstzweck und sei zur eigenen Selbstbestätigung von Miniaturpolitikern an der Hochschule gedacht. Nicht zuletzt über den RCDS will die CDU etwas gegen ihr lädiertes Verhältnis zur Intelligenz und zu den Intellektuellen tun. Allein die Tatsache, daß die Bundeshauptstadt Bonn nur die politischen, nicht aber auch die geistigen und kulturellen Mittelpunktsfunktionen Deutschlands ausfüllt, führte dazu, daß hierzulande die Politik und die Politiker kaum Beziehungen zum Geist haben, wenn man von Willy Brandts „Wahlkontor deutscher Dichter" einmal großzügigerweise absieht. Dieser Tatbestand bedingte unter anderen ein Mißbehagen der Intellektuellen an der Politik und insbesondere an der Regierung in Bonn.

Egon Huppert charakterisierte diesen Tatbestand in der FAZ vom 16. Februar 1966 so: „Einsam und verlassen auf weiter Flur steht daneben der RCDS. Man sollte annehmen, daß er von der CDU tatkräftig unterstützt würde, um ein Gleichgewicht zum linken Lager zu sein. Weit gefehlt. Eine Partei, welche die Regierungsverantwortung trägt, hat Wichtigeres zu tun, als sich darum zu kümmern, was an den deutschen Universitäten vorgeht. Nur darf sie sich dann nicht wundern, wenn deutsche Studenten in Berlin gegen die Vietnam-Politik der USA demonstrieren, das Vertrauen der USA in die Bundesrepublik untergraben und Material für die kommunistische Propaganda liefern."

Der RCDS kann nur dann von den angehenden Akademikern ernst genommen werden, wenn er in der Lage ist, auch an der eigenen Partei fundiert Kritik zu üben. Hier könnte der RCDS politisch Schwerpunkte bilden, denn kein politischer Studentenverband braucht ein allumfassendes Konzept vorzulegen, weil er ja nicht in der Verantwortung steht. Die Tendenz bei den politischen Gruppen, möglichst zu jeder tagespolitischen aber auch grundsätzlichen Frage umfassend Stellung zu nehmen, nützt ihnen sicher nicht bei der Gewinnung von Vertrauen in den Parteien, und besonders die CDU-Politiker sind mit Recht skeptisch, wenn ihnen Universalprogramme angeboten werden. Zwar hört die Partei lieber auf ihren Studentenverband, wenn dieser sich auf Meinungen zur Hochschul- und Kulturpolitik beschränkt, doch hat sich der RCDS auf seiner letzten Delegiertenversammlung im März 1966 in Mainz durch die Verabschiedung von 30 Thesen zur Gesamtsituation von CDU/CSU unzweifelhaft Ansehen verschafft. Derartige Beschlüsse sind seltene Glanzleistungen von politischen Studentenverbänden.

Als sich der RCDS im August 1951 als Bundesverband konstituierte, war beispielsweise beim SDS schon der erste Abschnitt seines Verbandslebens Geschichte geworden. Zwar waren in Jena und in Berlin schon 1945 erste CDU-Studentengruppen gegründet worden, ihr Ende kam aber ebenso rasch. Als dann 1951 Mittel des Bundesjugendplanes für politische Studentengruppen zur Verfügung gestellt wurden, kam es zur forcierten Gründung von weiteren Hochschulgruppen. Aber erst seit 1957 gibt es auch allgemeinverbindliche Äußerungen des Verbandes zu politischen Fragen, die von den jährlichen Bundesdelegiertenversammlungen beschlossen werden. Vorher war der RCDS nur ein lockerer Zusammenschluß von Einzelgruppen gewesen.

Die Stellung des RCDS an der Universität war von Anfang an schwierig. Einerseits stand er der CDU/CSU und damit der Bundesregierung nahe, andererseits konnte er sich in seiner Kritik nicht in die Reihe der linken politischen Studentengruppen SDS, LSD, SHB stellen. Diese Gruppen schlossen sich später zur sogenannten „Höchster Koalition" zusammen und dokumentierten mit gemeinsamen Aktionen an den Hochschulen, daß zwischen ihnen politische Divergenzen kaum noch bestehen. Wenn sich der RCDS gegen diesen konformistischen Nonkonformismus wandte, konnte er zwar der augenzwinkernden Sympathie vieler Studenten sicher sein, zu eigenem Engagement konnten nur die wenigsten gewonnen werden.

Dennoch sind verschiedene inzwischen populär gewordene Politiker aus dem RCDS hervorgegangen, etwa der CDU-Rechtsexperte Ernst Benda, Dietrich Rollmann, MdB, Hamburg und der CDU-Bundesgeschäftsführer Dr. Konrad Kraske. Kurt-Georg Kiesinger hatte übrigens seit 1951 über ein Bundeskuratorium des RCDS, dem maßgebliche Persönlichkeiten der Hochschulen und des politischen Lebens angehörten, mit dem Verband enge Beziehungen. Es kann als sicher angenommen werden, daß die Forderung nach einem brain-trust im Kanzleramt, die vom RCDS immer wieder erhoben wurde, bald Wirklichkeit wird.

Nicht immer, wenn sich der RCDS zu konkreten Problemen deutscher Politik äußerte, konnte er gewiß sein, daß seine Meinung wenigstens in das Bewußtsein der interessierten Öffentlichkeit kamen. Seine kulturpolitischen Vorstellungen konnte er jedoch sogar manchmal durchsetzen. Zwar sind seine 1962 in einer Broschüre veröffentlichte „Gedanken zur Hochschulreform" nicht als revolutionär zu bezeichnen, sie entsprechen aber weitgehend den heutigen Plänen des Wissenschaftsrates, wurden aber nicht so bekannt wie die Denkschrift des SDS „Hochschule in der Demokratie". Im Gegensatz zur „Höchster Koalition" stand der RCDS der Forderung der Studentenschaft nach einem politischen Mandat skeptisch gegenüber. Die letzte Bundesdelegiertenversammlung äußerte sich wohl positiv zu politischen Äußerungen in Fragen, welche die Pflege der Wissenschaft, die Institution der wissenschaftlichen Hochschule, die Selbstverwaltung der Studentenschaft und den Status der Hochschulangehörigen unmittelbar betreffen. Weiter heißt es jedoch: „Wenn die Verknüpfung von Hochschul-, Bildungs- und Gesellschaftspolitik auch offensichtlich ist, so sind sicherlich diejenigen Stellungnahmen abzulehnen, deren mangelnder Bezug zur Hochschul- und Bildungspolitik offensichtlich oder deren Ziel die Durchsetzung universitätsfremder Interessen ist". Hier will der RCDS verhindern, daß die Studentenparlamente ihre Aufgabe als Selbstverwaltungsorgane mißverstehen, indem sie Erklärungen etwa zur Innenpolitik afrikanischer, asiatischer oder südamerikanischer Staaten abgeben.

Der RCDS lehnt Kontaktaufnahmen mit der FDJ ab, weil er damit das Alleinvertretungsrecht der Bundesrepublik gefährdet sieht und außerdem die FDJ-Vertreter nicht die Jugend der Sowjetzone repräsentieren. Allerdings hat der Verband diesen Beschluß nach den Diskussionen um den Redneraustausch zwischen SDP und SED dahin modifiziert, daß er in Zukunft auch dann an Gesprächen und Seminaren teilnehmen wird, wenn Vertreter der FDJ anwesend sind, um die Repräsentation der Studentenschaft nicht allein den gegnerischen politischen Gruppen zu überlassen. Begegnungen mit Studenten in Ostblockstaaten werden vom RCDS ausdrücklich gewünscht, wenn sie auf der Basis der Gleichheit und Nichtdiskriminierung erfolgen. Allerdings ist dieser Beschluß kaum verwirklicht worden, weil die Studentenverbände des Ostblocks wenig Interesse an Begegnungen mit politischen Studentengruppen haben.

Wenn sich auch der RCDS in den Universitäten als Repräsentanz christlich-demokratischer Politik darstellt, so wird er dennoch nicht eher von Partei und Öffentlichkeit anerkannt werden, wie er nicht so aufgeschlossen, diskussionsfreudig und so stark ist wie die Summe der anderen politischen Studentenverbände. Nur dann rechtfertigt dieser Verband das Attribut „schlechtes Gewissen der CDU", das Werner Klose in der „Welt am Sonntag" dem RCDS zuschrieb. Der RCDS ist theoretisch unabhängiger und freier in der Behandlung von stittigen Fragen als in der Regierungsverantwortung stehende Partei, macht in der Praxis davon aber wenig Gebrauch.

„Gott ist tot"

Fortsetzung von Seite 4

Trost, daß das Endliche, zu Grunde gehend, sich als Bestimmung des Unendlichen erweist, sondern ebensosehr ein Humanum: Gott ist im Endlichen, Negativen bei sich selbst. Die Negativität des menschlichen Geistes, wie sie bereits dem einfachsten Arbeitsprozeß innewohnt, transzendiert immer auch das Reich der Notwendigkeit mit seinen bornierten Zwekken. Menschliche und göttliche Natur weichen nicht prinziell voneinander ab. Die Dialektik zwischen Gott und der menschlichen Vernunft schließt den Dualismus und die Transzendenz im traditionell kirchlichen Sinne ebenso aus wie die zwischen Gott und der materiellen Natur. Mit Recht wendet sich Garaudy gegen Feuerbachs vereinfachende Interpretation des Hervorgangs der Natur aus der logischen Idee als einmaligen Schöpfungsakt. Ewige Gegenwart, besteht Gott nicht zeitlich vor der Welt. Beide sind notwendig aufeinander verwiesen. Indem Hegel den Spinozismus dynamisiert, ändert er das Verhältnis von Gott und Welt: „Das Endliche hat den Grund seines Daseins nicht in sich selbst, nur das Unendliche existiert, aber in dieser lebendigen Totalität der Welt ist das Unendliche nichts anderes als die konkrete Totalität des Endlichen in der Totalität seiner Entwicklung" (S. 424 f.).

Am Ende seiner Studie erörtert Garaudy vier Typen möglicher Interpretation der Hegelschen Philosophie, wie sie dem Widerspruch von Methode und System entspringen: diejenige, welche das System als rechtfertigende Ideologie benutzt und in ihrer extremen Form totalitär-faschistisch ist; die positiv-theologische Interpretation und schließlich diejenige, welche das System und die „Versöhnung" verwirft und sich an Hegels Methode hält, objektive Widersprüche in der Realität aufzudecken, sei es, daß sie – wie die verschiedenen Existentialismen – diese Widersprüche zu unüberwindlich-tragischen stilisiert, sei es, daß sie sie für geschichtlich aufhebbar erklärt. Letzteres gilt für die marxistische Hegelinterpretation, die immanent über Hegel hinausgeht, indem sie dessen Schritt von der Anschauung zum Begriff um einen weiteren zur „Praxis" als der höchsten Stufe der Erkenntnis bereichert.

Garaudys Buch ist streng an den Quellen orientiert und verarbeitet die gesamte neuere Hegelforschung von Wahl und Niel und Kojève bis zu Hyppolite und Sartre. Das bedingt seinen teilweise etwas spröden Stil. Wenn es manches konventionelle, hierzulande seit Kroner bekannte Ergebnis wiederholt, so nicht nur deshalb, weil Garaudy bei dem Verfall des theoretischen Denkens unter Stalin buchstäblich von vorn anfangen mußte, sondern auch, weil das französische Denken insgesamt sich Hegel erst seit den Dreißiger Jahren wirklich aneignen konnte. Auf jeden Fall ist es auch für uns ein höchst instruktiver Beitrag zum neuen westeuropäischen Marxismus.

Roger Garaudy: „Gott ist tot". Eine Einführung in das System und die Methode Hegels. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main, 1965, 452 S., 32,– DM.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Systeme der Forschungsplanung

Forschungsökonomie und Planungsforschung als Hilfe für Politik, Wirtschaft und Verwaltung

Von Peter Menke-Glückert

Der Fortschritt der Technik bestimmt in immer stärkerem Maße die möglichen Strategien und Erfolgschancen auch des politischen Handelns. Die Vielfalt politischer und finanzieller Anforderungen und die Fülle der zu berücksichtigenden Faktoren machen heute überlegte Planungshilfen für immer schwierigere und weittragendere Entscheidungen erforderlich. Durch Festlegung von Planungswegen oder Strategien mit alternativen Lösungsvorschlägen wird der Schritt in die Zukunft nicht mehr dem Zufall der gegenwärtigen Möglichkeiten überlassen, sondern mit Methoden der Unternehmensforschung (operational-research) oder Systemanalyse in einer für das zu erreichende Ziel – günstigsten Weise vorausberechnet. Dies gilt nun nicht nur für Bereiche mit vorgegebener rationaler Ordnung (Verkehr, Raumplanung, Wohnungsbau, militärische Nachschubversorgung, Produktions- und Marktprobleme usw.), sondern auch für Bildung und Forschung.

Unter Plan soll hier jeder Entwurf, jedes Programm, jede Folge von Maßnahmen oder Arbeitsabläufen verstanden werden, in denen ein Zustand in der Zukunft gleichsam in einem Modell vorweggenommen, vorausgedacht wird.

Forschungsplanung – ein Unding?

Planung und Forschung scheinen bei einem ersten Nachdenken unvereinbare Begriffe. Forschung braucht Spontaneität, Aktivität, Dynamik; sie zielt gerade auf das Unerwartete, noch nicht Dagewesene, Unbekannte, Neue. Planung ist dagegen durch das Ausschalten des Unerwarteten, Unbekannten (soweit irgend möglich) gekennzeichnet. Planung will Festlegung der Arbeitsabläufe, will Berechenbarkeit des Weges zu einem bestimmten Ziel. Ideen, Phantasie, Freiheit des Einfalls sind unerläßliche Bestandteile des Forschungsprozesses. Ist Forschungsplanung also ein Unding, ein Unbegriff? Manche herablassende Bemerkung über amerikanische Stoffhuberei und Organisationsfreude kann als solcher Zweifel gedeutet werden.

Die Widerstände gegen arbeitsteilige und organisierte Forschung sind in Deutschland stärker als in anderen Ländern. Das hat viele Gründe. Der verständliche Nachholbedarf an Freiheit nach nationalsozialistischer Politisierung und Planung ist einer davon. Ein anderer Grund ist in dem Leitbild für Forschung in Deutschland: dem Universitätsprofessor, dem Gelehrten zu finden. Der Professor in der Studierstube, der mit einer Handbibliothek oder einem kleinen Labor in seiner Privatwohnung auskommt, gehört heute aber längst der Vergangenheit an. Die Auffassung über Wissenschaft hat sich gegen früher gewandelt. Die Wissenschaft ist der Bildung davongelaufen und zur spezialisierten Forschung geworden. Diese Forschung ist auf die Welt der Praxis bezogen, ist Entscheidungshilfe für Wirtschaft, Technik und Politik.

Die Wissenschaft wurde so unfreiwillig zu einer „Großmacht" (Hans Leussink). Die Weltmachtstellung der Russen und Amerikaner beruht darauf, daß neun Zehntel aller Wissenschaftler der Welt in diesen beiden Ländern beschäftigt sind. Die Wissenschaft ist auf ihre neue Rolle schlecht vorbereitet und begegnet den Anforderungen der Praxis zum Teil mit veralteten Strategien und Organisationsstrukturen. Die Möglichkeiten der technischen Machbarkeit, die in der modernen Forschung und Entwicklung stecken, werden in der Regel nur von Großfirmen bei der Ausarbeitung von Marktstrategien oder von der Verteidigungspolitik gesehen.

Fachseminare des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung

Dieses gestörte Theorie-Praxis-Verhältnis in der deutschen Forschungspolitik war der Anlaß für das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung, eine Anregung des Executive Director des Stanford Research Institute (Menlo Park/Kalifornien), Professor Stewart Blake, aufzugreifen, in Fachseminaren (workshops) interessierte Beamte aus Bundes- und Länderverwaltungen und Leiter von Forschungsabteilungen der Industrie mit modernen Planungstechniken vertraut zu machen. Das Erste Fachseminar fand vom 2. bis 3. November 1965 im Forschungsministerium Bad Godesberg statt, das zweite vom 5. bis 8. Juli 1966 im Kernforschungszentrum Karlsruhe. Die wissenschaftliche Vorbereitung lag bei den beiden Seminaren (sie werden im übrigen fortgesetzt) bei der Studiengruppe für Systemforschung/Heidelberg. In dem Godesberger Seminar wurden die Anwendungsmöglichkeiten der Netzplantechniken diskutiert – in der Reaktorentwicklung, bei der Bauplanung der Universität Bochum, in der Industrie. Das Karlsruher Seminar hatte das Thema „Forschung und Planung"; Systemanalyse von Forschungsprozessen, Forschungsökonomie und -soziologie, nicht zuletzt auch die Wissenschaftspolitik kamen in Vorträgen und Diskussionen zu Wort.

In den Vorträgen von Professor David, Leiter der Abteilung für Resources Planning der National Science Foundation, und Christopher Freeman (Leiter der Unit for the Study of Science Policy der Universität Sussex) wurde deutlich, wie wichtig ein überlegter Einsatz öffentlicher Mittel für Forschung und Technik ist. Amerikanische Geologen haben in ihren Schubladen Forschungsprogramme, die für viele Jahre das gesamte amerikanische Nationalbudget aufbrauchen könnten. Ein Weiterlaufen der jährlichen Steigerungsrate der Wissenschaftsausgaben in Großbritannien (zur Zeit etwa 15 Prozent, das heißt viermal so stark wie das Anwachsen des Bruttosozialprodukts) würde bedeuten, daß bereits Mitte der siebziger Jahre bald die Hälfte des englischen Sozialprodukts für Forschung und Technik ausgegeben würden (eine Unmöglichkeit). Schon die finanziellen Größenordnungen vieler Forschungsprojekte zwingen zu einer langfristigen Planung, das heißt aber zur Festlegung von Prioritäten. Wenn heute beispielsweise die Entwicklung eines der großen Reaktoren der Zukunft, über deren Prototypen-Auswahl wir uns in drei Jahren spätestens entscheiden müssen, 800 oder mehr Millionen DM kostet, hört die Formulierung der Forschungs- und Entwicklungsziele auf, nur eine Sache der beteiligten Forscher zu sein. Forschungsplanung wird hier nötig in dem Sinn, daß ein Projekt wie das des Reaktors Schneller Brüter Teil eines wohlüberlegten – zwischen Staat und Wissenschaft abgestimmten – Programmes der Kernforschung und Kerntechnik sein muß (dies ist auch im Deutschen Atomprogramm geschehen).

Der amerikanische Vorsprung

Zieht man von den amerikanischen Forschungsaufwendungen die Ausgaben für Verteidigungsforschung und Weltraumforschung ab und vergleicht man nicht Wechselkurs-Paritäten, sondern die tatsächliche Kaufkraft der Forschungsausgaben (nach Freeman's research „exchangerate"), so sind Westeuropas Forschungsaufwendungen absolut und in den Anteilsätzen am Bruttosozialprodukt durchaus mit den Aufwendungen der Vereinigten Staaten zu vergleichen. Diese statistische Rechnung ist aber kein Anlaß zur Beruhigung. Im Gegenteil, umso erstaunlicher wird nämlich das gewaltige amerikanische Übergewicht in Forschung und Technik, das in allen Referaten in Karlsruhe zum Ausdruck kam. Amerika hat von 1943 bis 1965 mehr Forschungs-Nobelpreise erhalten (52) als alle anderen Länder der Erde zusammengenommen (50). Die amerikanische Überlegenheit liegt in einer konsequenteren Forschungsplanung und „manpower-Politik".

Der Prozeßablauf Forschung und Entwicklung

Sieht man Forschung und Entwicklung als einen zusammenhängenden Prozeß der Innovation, so zerfällt dieser Prozeß in drei Abschnitte: einmal in eine Phase der Forschung, mehr oder minder zielorientiert; dann in einen Abschnitt der Innovation im engeren Sinne, das heißt der planmäßigen Umsetzung der Forschungserkenntnisse, orientiert am Markt oder einer großen öffentlichen Aufgabe (wozu auch die Weitergabe der Erkenntnisse der Forschung an Studenten in der Universität gehört) und endlich in einen Abschnitt des Produktions-Management, des Routine-Gebrauchs im Markt, in der Politik oder Verwaltung. Die zunehmende Lizenz-Abhängigkeit Westeuropas von Amerika beruht – dies wurde in Karlsruhe klar – auf einer strafferen Durchplanung besonders der beiden letzten Abschnitte der Umsetzung und des Produktions-Management. Der Vorsprung „lead-time" der Amerikaner wird durch eine Verkürzung der Zeit von der Idee (für ein Forschungsprojekt) über Forschung, Entwicklung, Prototypen-Entwurf bis zur Produktion erreicht. Dabei werden vor Erteilung des Forschungsauftrages sehr sorgfältige Marktstudien und Kostenanalysen über den günstigsten Planungsweg angestellt.

Planung neuer Produkte ist ein Prozeß ständigen Filterns von Ideen, Vorschlägen, Verbesserungswünschen, Anregungen aus dem Betrieb. Vor der Aufnahme eines neuen Projektes in das Forschungs- und Entwicklungsprogramm einer amerikanischen Großfirma steht das „idea engineering" (Verfahren der systematischen Projektauswahl anhand rationaler Kriterien und Marktstrategien). Das Kunstleder-Projekt von duPont ist aus über 500 Vorschlägen, die in mehreren Arbeitsgängen gefiltert wurden, schließlich ausgewählt worden. Werden im ersten Stadium der Planung keine Bremsen angezogen, so wird nach Erteilung des Entwicklungsauftrages sehr genau der Planungsweg überwacht, um Zeit und Kosten zu sparen. Der Entwickler ist Teil des Management, Teil der Führungsmannschaft im amerikanischen Unternehmen. Alle Forschungsprojekte werden in enger Zusammenarbeit mit Vertrieb, Produktion, Rechnungskontrolle, Werbung geplant. Alle Beteiligten – auch der Vertrieb – müssen für ein neues Prototyp-Entwicklungs-Projekt gewonnen werden. So viel Freiheit der Mann der Grundlagen-Forschung in der Ebene des idea engineering hat, so sehr wird der Entwickler dann auf eine Marktstrategie festgelegt.

Anwendungsmöglichkeiten der Netzplantechnik in der Forschunstechnik

Über Modelle für Bewertung, Auswahl und Kontrolle von Forschungs- und Entwicklungsprojekten referierten R. Coenen von der Studiengruppe für Systemforschung und D. Graner (Steinkohlenbergbauverein, Essen). Bisher sind quantitative Verfahren der Projektauswahl (optimale Verteilung von gegebenen finanziellen Mitteln, Forschern, Hilfskräften, Arbeitsplätzen, Labor-Meß-Zeiten, Laufzeiten von Anlagen usw.) nur in der Industrie entwickelt worden. Sie sind jedoch auch für die Projektauswahl in staatlichen Forschungsinstituten brauchbar. Nach D. Graner steht im Steinkohlenbergbau heute die Verbilligung des Rohproduktes und seine marktgerechte Aufbereitung im Vordergrund. Die Möglichkeit, neue Produkte zu schaffen, ist begrenzt. In dem von ihm vorgeschlagenen quantitativen Modell der Projektauswahl wird daher nur ein Kriterium, das der voraussichtlichen Gewinnes, berücksichtigt. Bei einer Zentralisierung der Entwicklungsarbeiten ist die Gewinn-Maximierung leichter zu erreichen. Unter Benutzung von Hilfsmitteln der Investitionsrechnung wurde von D. Graner eine Bewertungsmethode entwickelt, bei der ein Quotient aus dem Barwert der möglichen Einsparungen und dem Barwert der Entwicklungsausgaben gebildet wird. Wo diese Kennziffer keine eindeutige Auswahl zuläßt, werden Zusatzkriterien herangezogen. – K. Gewald von der Planungsgruppe Siemens & Halske, München, berichtete über die Anwendung von Netzplantechniken wie Critical Path Method (CPM) zur Terminplanung und Terminkontrolle der Projektierung des Baues und der Montage von Kernkraftwerken (zum Beispiel wurde CPM beim Atomkraftwerk Obrigheim für das gesamte Projekt von der Vorplanung bis zur Fertigstellung angewendet). Die Beispiele zeigen, wie deutsche Firmen mit Erfolg versuchen, den amerikanischen Planungsvorsprung aufzuholen. War Höhepunkt des ersten Fachseminars der Vortrag von Ministerialrat Hallauer (Ministerium für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten, Düsseldorf) über die Anwendung von Netzwerkplanung beim Bau der Universität Bochum, so war Höhepunkt des zweiten Seminars die von H. Rittel (Universität von Californien in Berkeley) und Werner Kunz (Studiengruppe Heidelberg) vorgetragene Systemanalyse des Forschungsprozesses in der organischen Chemie, das heißt über den logischen Such- und Denkprozeß des forschenden Chemikers und die von ihm durchlaufenen Arbeitsschritte. Hier wurde – vielleicht zum erstenmal in Deutschland – gezeigt, daß Forschungsökonomie und Forschungsplanung nicht nur im Anwendungsbereich und bei Großprojekten möglich und sinnvoll sind, sondern auch in der Grundlagenforschung. Wird der Forschungsprozeß mit Rittel als ein spezielles Problemlösungsverfahren aufgefaßt, so lassen sich die einzelnen Phasen eines Forschungsprozesses in jeweils typische Denkprozesse und Arbeitsläufe untergliedern. Rittel und Kunz fragen nun: Welches Wissen braucht ein Chemiker in jeder einzelnen Phase des Suchprozesses und in welcher Form braucht er dieses Wissen. Forschung wird als ein Ablauf von Informations-Veredelungsprozessen simuliert. Nach bestimmten Regeln (Erfahrungen) werden gewußte und gefundene Informationen miteinander verknüpft, aus dem jeweils erreichten Wissensstand werden Schlüsse für das weitere Vorgehen gezogen (oft unbewußt). In einzelnen Stadien kann der Forscher nach einem vorgegebenen vollständigen System (Formelbuch, Parallelversuch usw. mit genauen Anweisungen vorgehen. Jeder neue Schritt ist durch die Ergebnisse der bereits durchgeführten Experimente genau bestimmt (oder bestimmbar). In der Regel kann jedoch eine solch exakte Such-Strategie nicht festgelegt werden, weil es noch keine vollständigen Such-Algorithmen gibt (aber es gibt bereits Näherungswerte). Die Forscherleistung besteht darin, daß mit Hilfe von Assoziationen, Denkmustern, Heuristiken, Durchspielen von Methoden die Zahl der möglichen Alternativen für das weitere Vorgehen immer weiter reduziert wird. Das von Rittel und Kunz modelltheoretisch entworfene Informationssystem will jeden Forscher durch eine optimale Aktivierung vorhandenen Wissens (und der Methoden zur raschen Umsetzung dieses Wissens) instandsetzen, einen Planungsweg zu gehen, der alle Umwege vermeidet und in kürzest möglicher Zeit zum Ziele führt. Voraussetzung für den Aufbau eines solchen Informationssystems ist die genaue Analyse der typischen Denkvorgänge während eines Forschungsprozesses.

Für das Rittel-Kunz-Projekt der Formalisierung eines Forschungsprozesses (im Endstadium kann die Forschungsstrategie in Computer-Sprache übertragen werden) interessiert sich die amerikanische Weltraumbehörde NASA. Die Amerikaner entwickeln nämlich vollautomatische Analyse-Labors, die 1968 oder 1969 auf dem Mars nach extraterrestrischem Leben suchen sollen.

Es ist zu hoffen, daß die vielen Anregungen und Ideen der beiden Fachseminare vom November 1965 und Juli 1966 in Verwaltung und Industrie genutzt werden.

Forschung über Forschung

Der planmäßige Ausbau der Einrichtungen für Forschung und Entwicklung ist eine der Existenzbedingungen einer modernen Industriegesellschaft. Forschung über Forschung (science on science) untersucht Modelle, Planungswege, Strukturen und Organisationsformen, die den Wirkungsgrad von Forschung und Technik so groß wie möglich halten. Die neuen Disziplinen der Planungsforschung und Forschungsökonomie sind dabei Hilfen für Politik, Verwaltung und Wirtschaft, um die schwierigen Probleme zu meistern, die wissenschaftliche Zivilisation und moderner Sozialstaat mit sich bringen.

Buchhandlung für Universitätswissenschaften
Peter Naacher
Bockenheimer Landstr. 133
Zentrale: Steinweg 3 Ruf *28 76 41
Taschenbuchladen: Jügelstraße 1

Bücher für Ihr Studium · Literatur unserer Zeit
Wesentliche Veröffentlichungen des In- und Auslandes

Das FERN-REPETITORIUM (FOTH) für Juristen ist seit mehr als 35 Jahren das anerkannte Mittel der erfolgreichen Examensvorbereitung. Probeheft B kostenfrei.

MÜLLER - ALBRECHTS - VERLAG, 4 Düsseldorf-Wittlaer

STUDIUM UNIVERSALE

bietet geistig Interessierten und Vorwärtsstrebenden eine gehobene Bildung in allen Wissenschaften durch ständiges Selbst- oder kontrolliertes Fernstudium. Loseblattwerk in Monatslieferungen. Freiprospekt D 12 durch

Institut für Erwachsenenbildung 565 Solingen, Postfach 821

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

kurz notiert

HSU will gegen Unbekannt ermitteln lassen

Der Bundesvorstand der HSU e. V. hat am 8. Oktober 1966 einen Antrag auf Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens gegen Unbekannt wegen Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe eingereicht. Die HSU will hiermit erreichen, daß u. a. die sogenannten „Schubladengesetze" juristisch durchleuchtet und im Falle strafrechtlicher Relevanz die Initiatoren zur Rechenschaft gezogen werden. HSU

SDS gewinnt „Jahrhundertprozeß" gegen die Bundesregierung

Dem Bundesvorstand des SDS ist jetzt die schriftliche Urteilsbegründung, nach den beiden Prozessen gegen die Bundesregierung zugegangen. Darin wird konstatiert, daß die Förderung einer studentischen Gemeinschaft aus Mitteln des Bundesjugendplanes nicht von der Loyalität einer politischen Partei gegenüber abhängig gemacht werden dürfe.
Besondere Bedeutung kommt diesen Urteilen zu auf Grund der Tatsache, daß sich jetzt auch andere Jugend- und Studentenverbände, die bis jetzt keine Mittel beanspruchten, um Mittel aus dem Bundesjugendplan werden bewerben können. SDS

Hessische Studentenvertreter gegen Meldebogenaktion

Wichtigstes Gesprächsthema der 52. ordentlichen Landesverbandskonferenz der hessischen Studentenschaften, die am 1. Dezember in Fulda stattfand, war erwartungsgemäß die Meldebogenaktion. Wie die Vorsitzenden berichteten, wurden in Marburg und in krasserer Form in Frankfurt den Studenten, die den Fragebogen nicht weisungsgemäß ausfüllten, Schwierigkeiten bereitet. Die Konferenz war sich über die mangelnde Rechtsgrundlage der Aktion einig und beschloß, diejenige Studentenschaft, die als erste gegen die Aktion gerichtlich vorzugehen gezwungen ist, in jeder Form zu unterstützen. Ein Gespräch mit Vertretern des Statistischen Landesamtes soll nur in Anwesenheit eines zuständigen Beamten des Kultusministeriums geführt werden. Ferner machte der Landesverbandsvorsitzende die Absicht des Kultusministers bekannt, nach der das Belegen in Hessen abgeschafft werden soll. Eine endgültige Stellungnahme konnte dazu von der Studentenschaft nicht abgegeben werden, da erst die Auswirkungen in den einzelnen Fachschaften untersucht werden müssen. Weiterhin gab die Konferenz den Auftrag, eine Untersuchung über den rechtsradikalen Einfluß an den hessischen Universitäten anzufertigen. -V-

Filmstar auf hartem Kurs

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind in der Entwicklung der Demokratie der Bundesrepublik um zwei Schritte voraus. Der Gouverneur Kaliforniens, Ronald Reagan, erklärte zu den jüngsten Studentenunruhen in Berkeley: „Keiner ist gezwungen, die Universität zu besuchen. Wer sie besucht, sollte die vorgeschriebenen Regeln anerkennen und befolgen, oder er soll seine Sachen packen und abhauen". Was ist geschehen? Die Studenten wehrten sich lediglich dagegen, daß auf dem Universitätsgelände mit Erlaubnis der Universitätsbürokratie ein Rekrutierungsstand der amerikanischen Marine aufgestellt wurde. Sie verlangten, ihrerseits über Alternativen zur Rekrutierung informieren zu dürfen. Ihre Forderung wurde abgelehnt. Sie versuchten, sie mit einem Sitzstreik um den Rekrutierungsstand durchzusetzen, Polizei drang in das Universitätsgelände ein und nahm neun Personen fest.
6000 Studenten demonstrierten am 1. Dezember gegen Rekrutierung und den Polizeiterror auf dem Universitätsgelände. Sie verlangen, daß keine Disziplinarmaßnahmen gegen die an den Protestaktionen beteiligten ergriffen werden. Sie verlangen, daß die Festgenommenen nicht bestraft werden. Und sie versuchen, ihre Forderung mit einem Streik durchzusetzen. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund hat sich mit einem Solidaritätstelegramm an die protestierenden Studenten gewandt. BB

Ist der schwedische Student ein schlechter Liebhaber?

Die schwedische Studentenzeitschrift „Gaudeamus" behauptet, daß der schwedische Student bei seinen Komilitoninnen nicht sonderlich beliebt sein kann, sie halten sich vornehmlich an Ausländer (Wie wär's mit einem DAAD-Stipendium?) oder Männer die keine Studenten sind. Ein Interview mit verschiedenen Studentinnen untermauert diese Ansicht, jedoch finden die Herren auch mehrere Haare in der Suppe. „Tweedanzüge, Pfeifen und Brieftaschen seien eben nicht typisch weibliche Attribute." Der Haussegen rückt sich jedoch schlagartig wieder gerade, wenn es um eine Heirat geht. Da nämlich nehmen die schwedischen Studenten den ersten Platz ein. ESPB

deutsches
panorama...?

Schlappe Schreiberlinge, für faulen Frieden, gegen Napalm und Notstand!

Nicht empfehlenswert!

(jedenfalls nicht für Bombophile)

deutsches panorama

Für Sie alle 14 Tage neu.

Überall erhältlich.

Fordern Sie ein Probeheft an.

2 Hamburg 50
Königstraße 28

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Busen ist böse

Ein kritischer Blick in die Redaktionsstuben des „Filmdienstes"

von Walther Schmidt

„Ich bekenne mich als katholischer Christ zu der Aufgabe, für Gottes Ordnung auch in Film und Fernsehen einzutreten. Darum verspreche ich, gute Filme nach Kräften zu fördern; jeden Filmbesuch zu unterlassen, der den Glauben gefährdet oder der christlichen Sitte widerspricht; mein Gewissen am Urteil der Kirche zu orientieren und die Bewertungen der Filme durch den katholischen ‚film-dienst' zu beachten." Der von diesem im September 1961 erlassenen Aufruf der deutschen Bischöfe geleitete Christ stößt im Gehorsamsfalle auf eine Zeitschrift, die unser Interesse verdient. In der breiteren (Großstadt-) Öffentlichkeit kaum bekannt, ist der ‚film-dienst' (der Kürze halber sei er im folgenden FD genannt) wohl mit Recht die „mächtigste Filmzeitschrift der Bundesrepublik" genannt worden (so Uwe Nettelbeck in der „Zeit" vom 10. 6. 1966).

Seit fast genau zwanzig Jahren erfaßt das wöchentlich erscheinende Periodikum jeden in- und ausländischen Film bei seinem Anlaufen im ersten westdeutschen Kino. Den Auftrag dazu erteilt die „Kirchliche Hauptstelle für Bild- und Filmarbeit", die „Katholische Filmkommission für Deutschland" firmiert als Herausgeber. Nach eigener Darstellung finanziert sich das heftgroße Blätter-Magazin ausschließlich vom Obolus seiner Abonnenten. Deren gibt es derzeit rund zehntausend: Pfarrstellen und Gemeinden, Jugendämter und Zeitungsredaktionen, Filmverleihe und Schulen, Verlage, Einzelpersonen und Kinobesitzer. Sein bevorzugter Platz ist nicht nur in ländlichen Gegenden in und an der Kirche sowie auf den Bürotheken der einschlägigen Institutionen.

Rohe Zahlen spielen für die Tätigkeit des vielköpfigen Kritiker-Teams des FD eine wesentliche Rolle. Man wird ihm nicht unrecht tun, wenn man argwöhnt, für viele Leser ersetze die Zurkenntnisnahme einer solchen Zahl die Lektüre der Kritik. In der Brust eines FD-Rezensenten — sei er Geistlicher, Erzieher oder (das dürften die wenigsten sein) Profi — schlagen nämlich zwei Herzen. Neben dem im Durchschnitt etwa vierzig Druckzeilen umfassenden „künstlerischen" Befund hat er vor allem jeden Film mit einer Note zu versehen. (Unnötig zu sagen, daß nicht selten ein beträchtlicher Teil dieser Kunstkritik auf die Rechtfertigung der erteilten Note verwandt wird.) Es stehen zur Wahl: 1: Schon für Kinder tragbar. 1E: frühestens ab 12, wenn nicht besser ab 14. 2J: Auch für Jugendliche, etwa ab 16. 2: Für Erwachsene. 2E: Einwände aus religiös-sittlichem Grund. 2EE: Erhebliche Einwände. 3: Abzuraten; im ganzen untragbar. 4: Abzulehnen, da geeignet, christliche Grundanschauungen zu zersetzen."

Wie aus den Erläuterungen ersichtlich, hat man diese Noten zu keinem anderen als demjenigen Zweck ersonnen, dem katholischen Christen darüber Aufschluß zu geben, welche Filme er tunlichst besuchen und welche er meiden soll. Auch hier: es gehört kein böser Wille dazu anzunehmen, eben letzteres hätten die Verantwortlichen zuvörderst im Visier gehabt. Es gibt, das muß betont werden, Zeitungen, die Anzeigen für mit 4 eingestufte Filme nicht entgegennehmen. Es gibt Kinobesitzer, die mit 4 oder sogar 3 eingestufte Filme nicht in ihr Programm aufnehmen.

Der Anteil der Filme, die mit einer 3 oder 4 in Acht und Bann getan wurden, ist in den letzten vier Jahren unaufhaltsam von 7,5 Prozent im Jahre 1962 auf 16,7 Prozent im Jahre 1965 angestiegen. Zu der Kategorie solcher Filme gehören neben nahezu sämtlichen Nudistenfilmen so verschiedenartige Erzeugnisse wie „Die Puppe", „La dolce vita", „Die amourösen Abenteuer der Moll Flanders", „Viva Maria", „Eine verheiratete Frau", Küß mich, Dummkopf", „Die Tote von Beverly Hills" und „Wälsungenblut" (alle 3: abzuraten; im ganzen untragbar); sowie "DM-Killer", „De l'amour", „Das schwarzweißrote Himmelbett", „Zu lieben", „Le bonheur", „Ich — eine Frau", „Mutter Johanna von den Engeln" und „Das tosende Paradies" (alle 4: abzulehnen, da geeignet, christliche Grundanschauungen zu zersetzen). Western, Krimis, Kriegsfilme fehlen auf dieser Liste nahezu gänzlich. Das äußerste, das solchen Produktionen gemeinhin zustößt, ist die Note 2EE (wegen Sadismus, Brutalität, Verrohung, unkritischer Heldenverehrung, Tötungserlaubnis für Geheimagenten u. ä.).

So zitiert er das Rundschreiben „Miranda prorsus" des Papstes Pius XII. vom 8. 9. 1957: „Mithin ermahnen Wir die katholischen Filmproduzenten und Regisseure mit väterlichem Herzen, bei keinem Film mitzumachen, der den Glauben und der christlichen Sitte widerstreitet. Sollte es aber, was Gott verhüten möge, dennoch geschehen, dann sollen die Bischöfe ihre Stimme erheben und auch wenn erforderlich, geeignete Maßnahmen treffen." So opfert der ‚film-dienst' gedankenlos auf dem Altar biederer Harmonisierung: „Nicht als ob der Film das Böse nicht darstellen dürfte...", aber er „... darf nicht nur das Negative suchen, darf nicht nur im Bösen wühlen, sondern muß glaubhaft zeigen, daß, wo Schatten dunkel fallen, niemals das erhellende Licht fehlt. Der Realismus des Films darf nicht aus Nihilismus wachsen und in grausiger Zerstörung enden...". Oder, über einen Film, in welchem eine Geldsumme unter den Armen Johannesburgs „viel Gutes bewirkt" hat: „... Von den Farbigen naturgetreu gespielt und mit einfachsten Mitteln liebevoll gestaltet. Der leise Humor macht das musikalische Märchen von Gottes Gerechtigkeit doppelt liebenswürdig." So wird die wahre Haltung nur schlecht getarnt in jenem skandalösen Verdikt, das man nach etlichem Hin und Her über Ingmar Bergmans „Schweigen" verhängte: „Die Probleme dieses an sich ernst gemeinten und außerordentlich gestalteten Films sind in einer sehr vielen Besuchern unzugänglichen Fülle von Symbolen verschlüsselt. Einige Szenen überschreiten die Grenzen des öffentlich Darstellbaren und können als Beleidigung der Menschenwürde empfunden werden, vor allem bei isolierter Betrachtung. Sie verletzen das sittliche Empfinden vieler Zuschauer. **Auch Erwachsene sollten deshalb vom Besuch des Films absehen und sich den von ihm ausgehenden seelischen Belastungen nicht aussetzen.**" (Hervorhebung vom Verfasser.) Der Film erhielt die Note 2EE, die an einer anderen Stelle folgendermaßen beschrieben wird: „2EE-Filme fordern nach Ansicht der ‚Katholischen Film-Kommission' erheblichen Widerspruch heraus: sie verlangen vom Zuschauer eine Urteilsreife, die das Durchschnittspublikum im allgemeinen vermissen läßt, wenn es darum geht, richtige Folgerungen aus dem Geschehen zu ziehen. Wer einen solchen Film besucht, muß sich deshalb der in ihm verborgenen Fallstricke bewußt sein und sollte sich ihm mit besonders kritischer Aufmerksamkeit nähern. 2EE ist kein Freibrief für einen harmlosen Erwachsenenfilm, sondern heißt: Vorsicht, Fußangeln!"

Auch hinter dieser Besprechung von Fellinis „La dolce vita" lugt die kaum mehr ehrenwerte Absicht des Zensoren hervor: „...schlichte und filmungewohnte Menschen so sehr zu verwirren und zu verletzen vermag, daß wir ein warnendes Blinkzeichen vor ihm aufrichten müssen." Mit allen Kräften und dem unheiligen Eifer des Totalitären versucht ein FD-Kritiker, eigene Normen als absolute, axiomatische hinzustellen (bei der Rezension des Films „Dunkle Haut und helle Nächte"): „Der Kommentar gibt sittliche Normen als unmoralische Tabus aus und **will moralische Probleme nach persönlichem Gutdünken behandelt wissen.**"

Die scheinbar realistische, in Wahrheit reaktionäre Haltung des FD wird offenbar in dem Vermerk „Nur für Großstadtpublikum"; und der FD scheut sich nicht einmal, seinen Lesern Bergmans „Licht und Winter" als ein Werk zu vergraulen, „das zum (theologischen) Gespräch reichlich Anlaß gibt: Religionsphilosophische Kenntnisse (Kierkegaard, Barth) sind unerläßlich. Unter dieser Voraussetzung für Erwachsene sehenswert."

Um jedem Mißverständnis vorzubeugen: Auch der entschiedene Nichtchrist kann der Kirche kaum das Recht bestreiten, von ihrer Warte aus das Filmangebot einer öffentlichen Beurteilung zu unterwerfen. Entscheidend ist, wie das geschieht. Ob also etwa der Wille spürbar ist, größtmögliche Liberalität walten zu lassen mit dem Ziel, fundierte individuelle Überzeugungen reifen zu lassen. Aber was kann man von einer Zeitschrift erwarten, deren Star-Mitarbeiter und ehemaliger Chefredakteur Franz Everschor seine Eindrücke von der Berlinale 1965 so zusammenfaßt: Das Gesamturteil „muß den christlichen Betrachter nachdenklich stimmen. Den begabten Regisseuren, besonders der jungen Generation, geht häufig der Blick für tiefere menschliche Wahrheiten ab. Ihre Werke sind mehr von deutlich nihilistischer Geisteshaltung beherrscht, und sie glauben sich berechtigt, subjektive Äußerungen tun zu dürfen, ohne sich über deren Auswirkungen auf die Zuschauer und **deren Nützlichkeit für die Gesellschaft Rechenschaft zu geben.** Damit wird ein schrankenloser Individualismus gezüchtet, wird der Film immer deutlicher auch zum Experimentierfeld unausgereifter philosophischer Denkansätze... Von einer christlichen Präsenz im Filmschaffen ist so gut wie nichts zu bemerken. Wie könnte es auch anders sein, solange weite Kreise der christlichen Intelligenz einen einseitigen Abwehrkampf gegen den Film führen, statt ihre Aufgabe einer Intensivierung christlicher Filmkultur entschlossen in Angriff zu nehmen?"

Mit einem Film wie Buñuels „Viridiana" (mit 4 eingestuft) ist für den FD „keine Diskussion mehr möglich". Das macht: er ist ein „antichristlicher Hetzfilm", nicht anders als „Mutter Johanna von den Engeln". Beide Werke gehören jener Kategorie von Filmen an, „die Intoleranz lehren und Haß säen wollen". Buñuels „Nazarin (vgl. auch Nettelbeck in seiner „Zeit"-Analyse) wird entweder mißverstanden oder kurzerhand umgedeutet als einer, der „von Christus nicht los" kommt. Und aus Buñuels Werken überhaupt wird an anderer Stelle die These herausgelesen, Leben und Kreuz Christi sei „kein Souvenir oder Glaubensartikel, sondern Ärgernis und soziale Aufgabe".

Foto: dpa

Jedermann weiß, daß sich die Katholische Kirche da unterdrückt fühlt, wo sie nicht herrscht. Wo sie aber herrscht, schreckt sie auch vor Gewaltandrohung und Vernichtung von Lebensexistenzen nicht zurück.

In dem russischen „Hamlet"-Film von Kosinzew, der 1965 in die Bundesrepublik kam, entdeckt der FD-Kritiker schieren Sozialismus. Daß der FD nichts für den Kommunismus übrig hat, überrascht nicht. Aber auch einem, den etwa die zehn Gebote der „Jugendweihe" cum grano salis mitleiderregender Unsinn dünken, wird bang ums Herz, wenn er die Replik des FD auf die Äußerung Bölls lesen muß, Jugendschutz sei praktisch nur in kommunistischen Ländern möglich: „Die Behauptung ist rundweg falsch! Kommunistische Länder sind — um mit Worten des Jugendschutzgesetzes zu reden — ‚Orte, an denen Jugendlichen eine sittliche Gefahr droht. Dort wird ihnen nämlich theoretisch und politisch von klein auf eine die Freiheit, Selbstbestimmung und Würde des Menschen verneinende — und darum unsittliche — Ideologie eingeimpft.'"

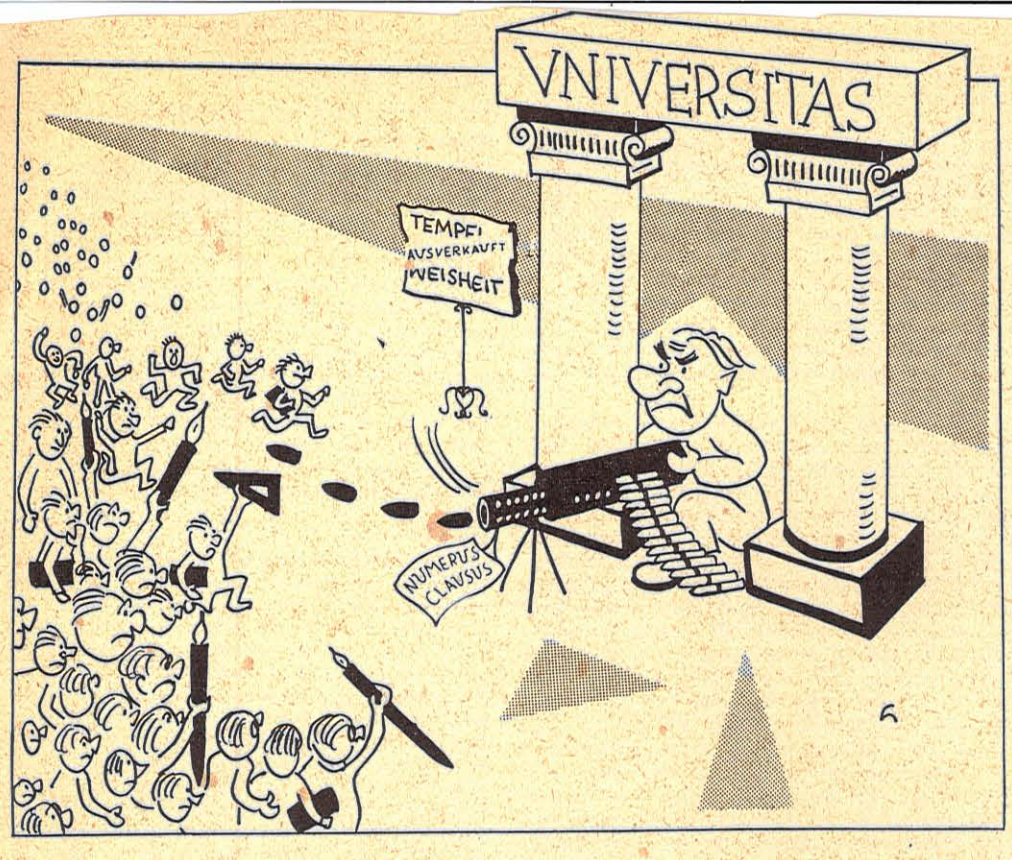
In der Tat läßt sich sagen, daß für den FD „Unmoral", Unglaube oder Ausfälle wider die Kirche, Mißachtung bestimmter ethischer Prinzipien und sogenannte Zerrbilder die einzigen Gefahren darstellen, die für den Zuschauer von einem Film ausgehen können. Freilich: man distanziert sich als FD-Kritiker zuweilen mit ein paar ironischen Wendungen vom Massenangebot drittklassiger Filmchen, die mit ihren auf puren Illusionismus getrimmten Klischees das „Panem et circenses" unserer Tage darstellen. Aber kaum einmal erhebt sich ein ernstes Wort gegen die Realitätsflucht des heutigen Films, kein Wort gegen den Opportunismus der Regisseure, Darsteller, Verleiher und Kinobesitzer, die bereitwillig auf jeder Welle mitreiten und mithin — vom Publikum ganz abgesehen — die Fabrikation des Einheitsbreis auf der Leinwand erst ermöglichen. Der Busen soll bedeckt, die Kirche würdig vertreten und allseits geachtet, die bürgerliche Gesellschaft nicht allzu negativ gezeichnet und Western oder Krimis nicht „unnötig hart" sein — alles andere rührt die Mannen um Monsignore Kochs nicht sonderlich am Film der Gegenwart. Intelligenz, gesellschaftliches Engagement oder formale Qualitäten eines Films werden begrüßt, wo der FD sie anzutreffen vermeint — aber sie sind ihm au fond entbehrlich.

(Ungetrübt freilich bleibt die relative Freude auch bei dieser Lektüre nicht. Ausgerechnet Pin-up-Girls-Abziehbilder in den Kasernen gelten dem geistlichen Professor als Beispiel für den „berechtigten Anteil der Ersatzbefriedigung" im täglichen Leben. Und gedankenlos betet er die Behauptung nach, die Note 4 bekämen nur „nicht ernsthafte" Filme. Ist Agnès Vardas „Le bonheur" das etwa nicht? Und schade ist schließlich, wie Hertz orakelhaft vom Film „Normativität der intellektuellen Wahrhaftigkeit" verlangt und behende den Einwand beiseite wischt, ein Film müsse doch alles Wirkliche zeigen dürfen.)

Aus einer anderen als der bisher gezeigten Richtung stammen auch die Überlegungen, die in einer Besprechung von Pietro Germis „Scheidung auf italienisch" zum Pluralismus-Problem angestellt werden: „... bleibt für Italien die ernsthafte Frage, ob man Menschen, die der christlichen Sitte oder gar Religion entfremdet sind und die die Unlösbarkeit des Sakraments nicht spüren, durch die staatliche Rechtssprechung zwingen darf, nach den Prinzipien des kirchlichen Rechts zu leben." In diesen großen Zusammenhang gehört auch die Kritik des FD an der Aktion „Saubere Leinwand", wenngleich sie Wohlwollen nicht verhehlen mag: „Gewiß sind die Methoden der Bürgeraktion „Saubere Leinwand" an verschiedenen Orten von jeder Sachkenntnis ungetrübt, sicher ist die Ausgangsposition dieser „Volkserhebung" vielfach frawürdig, aber der Unmut, der hinter ihr steckt, ist berechtigt."

Bemerkt werden soll schließlich, daß der Leser im FD so Erfreuliches findet wie (im allgemeinen) guten Stil, solide Äußerungen zu Siegfried Kracauers Filmtheorie, die Feststellung, der McCarthyismus gehöre einer „unguten Vergangenheit" an, und sogar zustimmende Adorno-Zitate. Der FD attackiert mit Schärfe die Mondo-Welle und zerpflückt die Übertreibungen, die sich speziell die Kritiker der Linken bei der Analyse des James Bond zuschulden kommen ließen. Er schreibt gelegentlich Bedenkenswertes über Alain Resnais und läßt einen österreichischen Filmjournalisten in seinen Spalten beten: „Vater unser, der du bist auch im Film!... Dein Wille geschehe, und nicht der von Lasky und Lämmle, Goldwyn und Mayer." Der FD macht sich Gedanken über den Privatdetektiv im Film und nennt den US-Streifen „Kommando in Vietnam" ungerührt ein niveauloses Propagandafilmchen. Jacopettis „Africa addio" wird auf zwei Seiten vom FD-Kritiker genau, gescheit und mit akzeptablen Kriterien geradezu hingerichtet. (Die Note 3 wiederum, die er dem Film zuteil werden läßt, rückt den Rezensenten und seine Auftraggeber in bemerkenswerter Weise in die ideologische Nachbarschaft jener Berliner Studenten, die meinten, mit Hilfe bloßer Physis ein breiteres Publikum der Möglichkeit eigener Anschauung berauben zu dürfen. Hier wie dort wird antidemokratisches Potential enthüllt — eben auch bei jenen SDS-Leuten, die mit dieser Aktion bewiesen, daß auch sie die „Saubere Leinwand" wollen, nur nach ihrer Couleur. Seit jenen Augusttagen ist der Linken, soweit sie sich von solchem Vorgehen nicht distanziert, jede Glaubwürdigkeit beim Vortragen liberaler Argumente zum Thema „Film und Gesellschaft" abhanden gekommen.)

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de



Selektiert die mater ihre eigenen Kinder?

Reden um den numerus clausus am Beispiel des Faches Soziologie

Professor Habermas:
Ich meine, der demonstrative Effekt geht natürlich nicht aus von der Einführung des numerus clausus in einem bestimmten Fach, ganz klar, nur, die Gewöhnung an die Einführung zu repressiven Zwecken, und das heißt zum Zwecke der weiteren Einschränkung oder Einfrierung der Bildungsinvestitionen, das ist nun ein Punkt, an dem die Studentenschaft . . . legitimerweise auch eine publizistische Wirkung entfalten könnte.

Dezimierung der Studenten?

Überfüllt war der Hörsaal, in den die Fachschaft Soziologie (Philosophische Fakultät) zu einer Vollversammlung mit den Professoren Habermas und von Friedeburg am 24. 11. geladen hatte. Auf der Tagesordnung standen die Forderung nach Einführung des numerus clausus und der Vorschlag zu einer Studienordnung, der die Möglichkeit der vom Wissenschaftsrat vorgeschlagenen „befristeten Immatrikulation" auch für Soziologen demonstriert. Die Studenten, die in diesem Semester schließlich alle nur nach Beantwortung eines mit ihrem Namen versehenen Fragebogens immatrikuliert worden waren, hatten noch die Ankündigung des Rektors im Ohr, daß aus Platzgründen vielleicht für die ganze Universität Frankfurt ein numerus clausus eingeführt werden könne. Erschreckt mußten sie nun hören, daß „objektive Zwänge", in diesem Falle repräsentiert durch einen überstrapazierten Landeshaushalt, selbst solche Hochschullehrer zu Vorkämpfern restriktiver Maßnahmen machten, die sonst gute Gründe dagegen vorzubringen wissen.
Der numerus clausus soll dabei den Zugang zur Hochschule regeln, die Studienordnung ein intensiveres Studium mit einem Studienabschluß nach 8 bis 9 Semestern ermöglichen. Der DISKUS veröffentlicht Auszüge aus dem Flugblatt der Fachschaft, das auf die zeitliche und inhaltliche Koinzidenz der Frankfurter Vorschläge mit generell zu beobachtenden Tendenzen zu restriktiven Maßnahmen aufmerksam macht, und das der Zusammenfassung der Diskussion, die die persönlichen Motive der Professoren klarstellte. Obwohl sich Studenten und Professoren in der Analyse der hochschulpolitischen Lage einig sind und sie ein gemeinsames Interesse an der Freiheit des Lehrens und Lernens verbinden sollte, schließt das wie bei diesen und ähnlichen Vorschlägen nicht aus, daß diese Gemeinschaft von den Professoren einseitig zu Lasten der jetzigen und künftigen Studenten aufgekündigt wird. Vorbehaltlich weiterer Diskussionsergebnisse veröffentlichen wir zunächst diesen Bericht:
In unserer Zusammenfassung ist die Diskussion des numerus clausus und der vorgeschlagenen Neuorganisation des Studiums getrennt dargestellt. Das ist nicht nur aus Gründen größerer Übersichtlichkeit geschehen. Die Fachschaftsvertretung wie auch alle Redner aus dem Plenum haben keinen zwingenden Zusammenhang zwischen den beiden hochschulpolitischen Maßnahmen anerkannt. In der Argumentation der beteiligten Professoren sollte dagegen ein untrennbarer Zusammenhang zwischen den beiden Bereichen deutlich gemacht werden. Da die neue Studienorganisation den Professoren größere Arbeitsverpflichtungen für Anfängervorlesungen und -übungen abverlange, könnten sie die effektive Ausbildung nur für eine begrenzte Zahl von Studenten garantieren.
Die Reform der Studienorganisation scheint nicht primär im Hinblick auf die Bewältigung des aktuellen Problems gestiegener (und steigender?) Studentenzahlen konzipiert, – dessen Lösung soll dem numerus clausus vorbehalten sein –, sondern als idealtypischer Studiengang für die wenigen Zugelassenen.

Professor Habermas:
Was wir hier diskutieren, ist zunächst einmal unser gemeinsames und in erster Linie Ihr Interesse. Denn uns macht es nur mehr Arbeit und unsere Freizügigkeit wird durch einen solchen Studienplan weiß Gott eingeschränkt . . .
Dann scheint es mir sinnvoll zu sein, von vornherein auszuräumen eine Unterstellung, die, wenn ich recht sehe, auf die Intention, die wir gemeinsam verfolgen, nicht zutrifft, das ist die Unterstellung, als machten wir uns stark für eine befristete Immatrikulation . . .
. . . In diesem Entwurf ist zunächst einmal die Straffung des Grundstudiums vorgesehen im Rahmen eines Musterstudienganges, das vier Semester dauern soll. Ich betone noch einmal, daß das Angebot von solchen Musterstudiengängen, und hier in Frankfurt ist ja durch die Prüfungsordnung ein doppeltes Muster schon vorgesehen, daß das keinerlei bürokratisch oder rechtlich zwingende Obligationen enthält, wobei zu überlegen ist, ob eine solche Obligation nicht einzuführen ist, nicht sinnvoll ist für die Terminierung des Grundstudiums, denn es gibt immerhin vernünftige Überlegungen dafür, daß die Reife, die einstmals das Abiturzeugnis bestätigt hat, vielleicht heute durch die Universität selber in irgendeiner speziellen Form noch einmal substituiert werden muß und dafür bietet sich ja die vom Wissenschaftsrat vorgesehene Zwischenprüfung an. Wenn wir aber das vorschlagen, daß das Grundstudium getrafft wird, dann sehen wir das als den mehr oder weniger unerläßlichen Preis an für ein durchaus liberales und freies Hauptstudium, das die Teilnahme an Forschungsprozessen einschließen soll.

I. Vorstellungen zur Studienorganisation

Die Forderung nach einer Neuorganisation des Studiums für Soziologiestudenten begründete Prof. Habermas mit beobachtbaren Mängeln ihrer bisherigen Ausbildung. Diesen Mängeln, die aus den bisherigen Ausbildungsbedingungen resultieren, soll durch ein größeres Angebot von regelmäßigen Veranstaltungen und durch Einführung kontinuierlicher Leistungskontrollen für die Studenten abgeholfen werden. Der vorgeschlagene Studiengang sieht vor: ein weitgehend reglementiertes Grundstudium, das auf 4 Semester begrenzt werden soll. Zu diesem Grundstudium gehören Proseminare mit Klausuren und obligatorische Vorlesungen und Übungen.

Professor Habermas:
Verschärfung heißt hier nicht neue Repressionen auferlegen, sondern die Chance geben, zu einer Erfolgskontrolle für Sie selber und natürlich auch für uns. Ich bin der Meinung, daß Proseminare, die ich halte, mit einer Abschlußklausur enden. Ich bin auch der Meinung, daß ich in Zukunft für Oberseminare Zulassungsklausuren schreiben lasse.

Dem folgt ein liberaler organisiertes Hauptstudium, das eine Teilnahme an „Forschungsvorhaben" ermöglichen soll. Auch hier gibt es (nach der neuen Prüfungsordnung) einige obligatorische Lehrveranstaltungen. Die Ansprüche an die Diplomarbeit sollen gesenkt werden. Für die Oberseminare sollen Zulassungsklausuren geschrieben werden. Mit dieser Reform wird beabsichtigt, die durchschnittliche Studiendauer bis zum Diplom zu reduzieren, so daß ein Promotionsabschluß für eine größere Zahl von Studenten möglich wird.

Psychischer Druck

Gegen die Kritik an mangelhafter Ausbildung der Frankfurter Soziologiestudenten wurde eingewandt, daß den bisherigen Absolventen soziologische Qualifikation nicht abgesprochen werden kann. Die verfestigten Einstellungen seien als Momente eines dynamischen Bildungsprozesses zu sehen, die in der Regel nur während einer bestimmten Phase des Studiums vorkommen. Verfestigte Denkweisen können nicht durch eine bloße Reglementierung des Studiums (Scheinchenjägerei), sondern vor allem durch seine Intensivierung aufgelöst werden.

Professor Habermas:
Denn wenn abzusehen ist, daß jedenfalls in einem überschaubaren Zeitraum das Personal nicht beliebig vermehrt werden kann, jedenfalls nicht bis zu dem Punkt . . ., an dem wir in der Lage wären, annähernd tausend Studenten in beiden Fakultäten sinnvoll auszubilden, sinnvoll, das heißt, nach dem Muster eines Studienganges, der Ihnen angeboten wird, dann muß man eben überlegen, ob man nicht jetzt mit einem doppelten Effekt und durchaus demonstrativ, das ist uns bewußt, nicht eine Studienzeit- sondern eine Studentenzahlbeschränkung einführen soll.

Eine generelle Begrenzung des Grundstudiums auf 4 Semester ignoriert den ungleichen Bewußtseinsstand der Studienanfänger, der einen Spielraum für die Ablegung des Vordiploms erfordert. Die neue Prüfungsordnung sieht den Zeitraum nach dem 4. Semester bis zum Ende des 6. Semesters für die Absolvierung des Vordiploms. vor. Daran sollte festgehalten werden. Durch die Begrenzung des Grundstudiums auf 4 Semester würden besonders die Studenten benachteiligt, die ihr Studium teilweise oder vollständig selbst finanzieren müssen. Dadurch wird der kontinuierliche Besuch von Vorlesungen und Übungen oft behindert. Für eine Gruppe dieser Studenten würde sich die finanzielle Abhängigkeit von der Familie verstärken, die die gerade für das Soziologiestudium notwendigen Emanzipationsprozesse erschwert.
Reglementierung und Zeitbegrenzung des Studiums verschärfen den psychischen Druck, unter dem Studenten sowieso schon stehen. Sie verlangen „gut funktionierende" Studenten. Die Intentionen der beteiligten Professoren bestehen aber gerade darin, durch eine Sollbestimmung in der Studienordnung, die das Grundstudium auf 4 Semester beschränkt, einen „psychischen Druck" auf den Studenten auszuüben.
Der Widerspruch zwischen der zugestandenen liberalen Organisation des Hauptstudiums und den ursprünglich genannten Terminierungen wurde in der Vollversammlung nicht erklärt.
Die Forderung nach einer Reduktion des Stellenwertes der Diplomarbeit und des Diploms überhaupt wurde von Seiten der Professoren unterstrichen. Dagegen wurden folgende Einwände vorgebracht: Die Abwertung des Diploms hat zur Folge, daß schließlich alle Soziologen promovieren müssen, da es in ihrem Beruf keine klar definierten Berufsanforderungen und vorgeformten Positionen gibt, sondern sie sich ihren genauen Aufgabenbereich oft selbständig schaffen müssen. Für solche Arbeiten ist die Herstellung einer selbständigen wissenschaftlichen Arbeit eine unerläßliche Übung. Die Studenten weisen dadurch ihre soziologischen Qualifikation auch gegenüber den Arbeitgebern nach. Heute geschieht dies noch durch die Diplomarbeit. Wird aber deren wissenschaftlicher Wert weitgehend herabgesetzt, und dadurch ein Zwang zur Promotion geschaffen, so sind wiederum die finanziell schwächer gestellten Studenten benachteiligt. Diese Tatsache würde auch eine Mehrbelastung des Lehrpersonals durch die Betreuung zahlreicher Promoventen nach sich ziehen. Promotionsstipendien werden zur Zeit kaum noch vergeben, Stiftungen finanzieren das Studium allenfalls bis zum Diplom.
Unbeantwortet blieb auch die Frage, ob der Vorschlag zur Studienordnung die Empfehlungen des Wissenschaftsrats nur für das Grundstudium übernimmt. Die Befürchtung, daß die Neuorganisation des Soziologiestudiums die Anwendung dieser Empfehlungen bis hin zur Konsequenz der befristeten Immatrikulation erleichtern wird, wurde nicht entkräftet.

Plenum:
Welche Kriterien sollen für den numerus clausus angewendet werden?

Professor Habermas:
Ja, da sind wir völlig überfragt, deshalb, weil Sie sich im ersten Stadium der Vorüberlegungen darauf gestürzt haben und es publiziert haben. Das ist Ihr gutes Recht, ich will dagegen nichts sagen, nur können Sie uns jetzt nicht vorwerfen, daß unsere Überlegungen nicht weiter gediehen sind (Einwurf der Fachschaft: Die Auskünfte über die Zeitperspektive waren sehr unterschiedlich) . . . Ich zum Beispiel habe in den Vorüberlegungen . . . eine Zufallsauswahl . . . vorgeschlagen . . .

II. Pro

Professoren versprechen sich von der Einführung des numerus clausus folgende positiven Erfolge:

1. Sicherung des Erfolges der Neuorganisierung des Studiums. Durch bessere Arbeitsmotivation in kleineren Seminaren wird ein größerer Informationszufluß garantiert, der die unkritische Übernahme von Theorien und deren Dogmatisierung verhindert.

2. Der numerus clausus verhindert eine Pädagogisierung des Studiums. Zu viele Studenten entfremdeten alle Lehrkräfte vom Forschungsprozeß, sie würden nur noch als Lehrkräfte fungieren; die Studenten könnten dann so wenig wie sie selbst an einem Forschungsprozeß teilhaben.

3. Ausnutzung aller vorhandenen Lehrkapazitäten in der Bundesrepublik durch Umverteilung der Studenten. In Berlin, Köln und München gibt es bereits einen numerus clausus für Soziologen.

4. Demonstrationseffekt des numerus clausus gegenüber der Öffentlichkeit und den Kultusministerien. Durch Selbsthilfemaßnahmen werden die prekären Zustände nur verschleiert, nicht aufgehoben.

Die Erwartung, man könne durch den Hinweis auf die ungünstige Relation von Lehrkräften/Studenten die Neuerrichtung von ordentlichen und außerordentlichen Lehrstühlen erreichen, sei unrealistisch, da Frankfurt mit 6 soziologischen Lehrstühlen (bei einem Vergleich bei anderer Gelegenheit waren es freilich nur 4 2/2) an der Spitze aller Universitäten in der Bundesrepublik stehe.
Eine Vermehrung der Assistentenstellen scheitere an der Verpflichtung der Professoren, eine Garantie für deren Habilitation zu übernehmen; das sei aber nur für eine sehr begrenzte Anzahl möglich.
Die problematische Kriterienfrage erledige sich durch eine Zufallsauswahl.

III. Contra

Die Studentenschaft besteht generell auf der Forderung, die aktuellen hochschulpolitischen Engpässe nicht durch restriktive Maßnahmen, sondern durch die Ausweitung und Verbesserung des Systems von Bildung und Ausbildung zu beheben.
Als Alternative zu restriktiven Maßnahmen wurde die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Studenten vorgeschlagen. Da die Studiendauer nur in Ausnahmen ein subjektives Problem ist, müßten die objektiven Bedingungen diskutiert werden, die für Studiendauer und partiell mangelhafte Ausbildung verantwortlich sind.
Über den numerus clausus kann außerdem erst dann konsequent diskutiert werden, wenn empirische Daten über die tendenzielle Entwicklung der Anzahl der Frankfurter Soziologiestudenten vorliegen.
1. Das erste Argument zum numerus clausus (Dogmatisierung) ist in der Diskussion um die Studienordnung beantwortet worden.
2. Das zweite Argument „Pädagogisierung" bezeichnet tatsächliche hochschulpolitische Entfremdungsprobleme, die man aber nicht durch administrative Fernhaltung von Studenten lösen darf. Durch die Ausweitung des Systems der Arbeitsgruppen könnte ein Gegengewicht geschaffen werden.
3. Eine Umverteilung würde schon bald technisch unmöglich sein, da die Einführung des numerus clausus weiter Schule machen würde. Obendrein verstößt der numerus clausus gegen das Recht auf freie Wahl der Ausbildungsstätte, das im Grundgesetz (Art. 12, Abs. 1) ausdrücklich verankert ist, und gegen die Lernfreiheit der Studenten (nach Art. 5, Abs. 3).

FAHRSCHULE
FRANKFURT/M.
Bockenheimer Landstraße 95
Telefon 77 91 40
Grundgebühr: DM 50,–
Fahrstunde: DM 12,50

POHL
seit Jahren
die Fahrschule
der Studenten

Demmig-Bücher

Vom Zählen bis zur Gleichung 1. Grades	DM 7,80	Differentialrechnung	DM 11,50
Von Proportionen bis zur Gleichung 2. Gr.	DM 9,60	Integralrechnung	DM 5,80
Vom Punktbis zum Kreis	DM 6,50	Differentialgleichungen	DM 4,30
Von Koordinaten b. z. Funktionsgleichung	DM 8,50	Statik starrer Körper	DM 11,50
Gleichungen der Geraden	DM 6,50	Festigkeitslehre	DM 11,50
Gleichungen von Kreis, Ellipse,		Dynamik des Massenpunktes	DM 7,50
Hyperbel und Parabel	DM 8,50	Dynamik des Massenkörpers	DM 5,00
Arithmethik und Algebra	DM 6,00	Einführung in die Vektorenrechnung	DM 3,00

vermitteln grundlegende Kenntnisse in leicht faßlicher, prägnanter Darstellungsart
Zu beziehen durch jede Buchhandlung
DEMMIG VERLAG KOM. GES. · 61 DARMSTADT-EBERSTADT

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn
www.frankfurt-uni68.de

Nur die materiell Privilegierten könnten es sich leisten, auf die Gebührenfreiheit in Hessen zu verzichten, und sich auf eine andere Universität umverteilen zu lassen, bzw. im Ausland zu studieren.

Die Umverteilungsthese arbeitet mit einer schlechten Gleichsetzung von Soziologie und Soziologie. Der aufklärerische Charakter der Frankfurter Soziologie impliziert, daß man möglichst viele Studenten zu erreichen sucht. Gerade diese Intention der Frankfurter Soziologen hat die Fachschaft im Auge, wenn sie es für ihre Aufgabe hält, auch die Interessen der Studierenden zu vertreten, die in absehbarer Zeit in Frankfurt/Main studieren wollen.
Während der Diskussion um die neue Prüfungsordnung sind die Soziologieordinarien der Philosophischen Fakultät mit der Fachschaft einer Meinung gewesen, daß es nicht gleichgültig ist, welche Soziologie man studiert. Das war auch das Argument für die freie Prüferwahl.

4. Die Einführung des numerus clausus kann nicht den Effekt einer Demonstration gegen falsche Bildungspolitik erzielen, da seine Einführung in anderen Fächern und an anderen Hochschulen bisher auch kaum etwas ausgerichtet hat.
Durch die Dezimierung der Studenten mit Hilfe des numerus clausus wird die Universität die Einrichtung weiterer Lehrstellen wahrscheinlich gerade verhindern.

In den naturwissenschaftlichen Disziplinen wäre der Lehrbetrieb längst zusammengebrochen, wenn davon ausgegangen würde, daß alle Assistenten sich habilitieren müßten. Nach einer Assistententätigkeit an der Universität erhöht sich die Chance, forschungsorientierte Berufsmöglichkeiten zu finden.
5. Kriterien für Anwendung des numerus clausus:

Eine Zufallsauswahl ist nicht möglich, da die Richtlinien des Hessischen Kultusministeriums die Abiturnoten als Kriterien vorschreiben.

Zur Zusammenarbeit zwischen Professoren und Fachschaft:

Seit der Verabschiedung der neuen Prüfungsordnung unter Ausschluß der betroffenen Hochschulöffentlichkeit mißtraut die Fachschaft den publikationsfreien Beschlußfassungen der Hochschulgremien, über die sie erst post festum unterichtet wird. Die Fachschaft ist beim Zustandekommen der neuen Prüfungsordnung völlig übergangen worden, obgleich eine rechtliche Möglichkeit, ja Verpflichtung für die Ordinarien bestand, die Studentenvertreter rechtzeitig anzuhören (§ 60 der Hessischen Verfassung).

Die Zusage der Soziologieordinarien beider Fakultäten, die Fachschaftsvertretung an der interfakultativen Diskussion der Ausführungsbestimmungen zur neuen Prüfungsordnung zu beteiligen, ist ebenfalls nicht erfüllt worden.

Professor von Friedeburg:

Ich wollte ja nur noch eine Information geben, weil es ja auch die Kriterien und die Praxis in Berlin betrifft. Ich muß Ihnen ehrlich sagen, für mich ist es sehr, sehr schwer, zu verstehen, welche Schwierigkeiten sich jetzt hier auftun, denn Berlin hat, wie Sie wissen, immer den numerus clausus gehabt, und dort ist überhaupt keine Differenz über den numerus clausus mit den Studenten, im Gegenteil, volle Kooperation. Sie wissen, daß dort in den Auslesegremien, die den numerus clausus praktizieren, immer ein Student und ein Professor sitzt, das ist also ganz hervorragend in der Zusammenarbeit auch. . . . Wir haben im Augenblick ungefähr 900 Studenten (Hauptfachstudenten), es könnten auch 800 bis 900 Studenten sein, das ist die Schwierigkeit mit den Studenten der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, von denen niemand weiß, wieviel es sind, das ist 'ne Dunkelziffer, unsere Studenten an der Philosophischen Fakultät sind ja einigermaßen genau registriert (ca. 550, d. Red.) . . . die Berliner haben jetzt in diesem Semester beschlossen, aufgrund dieser Lage, . . . daß der Lehrbetrieb in Berlin nicht mehr aufrecht erhalten werden kann, wenn die bisher angesetzten Größenordnungen des numerus clausus weiter beibehalten werden. . . . Haben in diesem Semester die Zulassung auf 40 reduziert. (Einwurf: Wieviel hatten sich angemeldet?) Ich bin jetzt nicht genau informiert, . . . ich schätze so etwa 100. Nur bitte, daß Sie einfach die Relation von Angebot und Lehrenden ein bißchen bei dieser Diskussion im Auge haben und nicht einfach, ja wissen Sie was ich für einen Eindruck gehabt habe? Daß da bei manchen so eine Art von Verelendungstheorie ist: Immer noch mehr hierher und es muß ihnen immer noch schlechter gehen, als es ihnen bisher schon geht, und dann wird ein Wunder geschehen.

Kommentar

Schon am nächsten Tag schienen die Stellungnahmen von Bundestag und Wissenschaftsminister Stoltenberg die Befürchtungen Professor Habermas' zu bestätigen, daß seine Bemühungen um den numerus clausus kaum von Erfolg gekrönt sein würden. In der Tat konnte diese Zwangsmaßnahme seit längerem als überholt gelten: so hatte sie der Wissenschaftsrat in seinen ersten Empfehlungen zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen im Jahre 1960 als ungeeignet und undemokratisch abgelehnt, und Gerichtsurteile begrenzten die Zulässigkeit des numerus clausus zeitlich nach klar definierten Arbeitsplatzkriterien. Nicht umsonst galt er deshalb vor allem für Medizin und Zahnmedizin, Pharmazie und Chemie, wo die Studenten solange „umverteilt" wurden, bis sich der Bau von neuen Arbeitsplätzen nicht mehr länger umgehen ließ. Das von Professor von Friedeburg zitierte Berliner Beispiel hat eher gesamtdeutsche als hochschulpolitische Gründe; daß die Kooperationsfreudigkeit der Berliner Studenten Grenzen hat, zeigt ihr anhaltender Protest gegen die Zwangsexmatrikulation in ihren verschiedenen Erscheinungsformen.

Man könnte mit staatlichen Stellen und wissenschaftlichen Gremien den numerus clausus numerus clausus sein lassen und zur Tagesordnung übergehen, auf der die „Studienzeitverkürzung" alias „zeitlich überschaubarer Wechsel von Studentengenerationen" (FU-Rektor Lieber) alias „befristete Immatrikulation" steht, die der Klarheit halber wohl als Zwangsexmatrikulation bezeichnet werden sollten, würde der numerus clausus hier in Frankfurt nicht auf einmal als politische ultima ratio verkleidet auftreten.
Wahrhaftig, was für eine Demonstration mit hochschuleigenen Methoden den Grund für die Bewilligung weiterer Mittel zu beseitigen. Das Land Hessen wird weniger erschreckt als erfreut sein über soviel Einsicht und Opferwilligkeit.

Professor Habermas:

Die Erwägungen über den numerus clausus sind im ersten Vorstadium, das wissen Sie so gut wie ich, und sind ausgelöst worden empirisch zunächst einmal von der Überzeugung, daß wir weiteren Zuwachs an Studenten erst recht nicht verkraften können, wenn durch einen reformierten Studiengang die vorhandenen Kräfte um so mehr beansprucht werden. Das ist zunächst einmal die defensive Überlegung, auf jeden Fall müssen wir wohl den Status quo einfrieren.

Denn daß die „Gesellschaft", die mehr Studenten braucht als es heute gibt und 1980 geben wird, ihre langfristigen Interessen den zurückgeschraubten Ansprüchen der Hochschulen zum Trotz so einfach wahren wird, ist nach den bisherigen Erfahrungen mit der bundesrepublikanischen Bildungspolitik mehr als zweifelhaft. Schließlich werden die öffentlichen Haushalte immer noch, nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, für jeweils ein Jahr aufgestellt und verabschiedet. Dieser Widerstreit kurzfristiger und langfristiger Projekte hat bislang immer dazu geführt, daß dringende Reformmaßnahmen so spät wie möglich, mit höheren Kosten als nötig und mit allen Merkmalen des Überstürzten durchgeführt wurden. Beruhigend könnte allenfalls wirken, daß die Länder in den letzten Jahren durch Bildungswerbung und Ausbau der weiterführenden Schulen den Zugang zu den Hochschulen erweitern wollen und den Erfolg dieser Bemühungen gewiß nicht gern durch den numerus clausus in Frage gestellt sehen möchten. Allerdings stellt sich dieses Problem in aller (quantitativen) Schärfe auch nicht heute, sondern erst übermorgen.
Die Länder, die Rektoren, der Wissenschaftsrat haben zu erkennen gegeben, was sie als probates Mittel gegen die Überfüllung der Hochschulen ansehen. Angesichts der als Studienreform getarnten Zwangsexmatrikulation, die ganz bestimmt kommt, erscheinen die Diskussionen über den numerus clausus noch als relativ harmloses Vorgeplänkel. Bei den konstant gehaltenen schlechten Arbeitsbedingungen an der Hochschule und der unverändert mißlichen sozialen Lage der Studentenschaft wird die mit diesen Vorschlägen ermöglichte Verschulung bestenfalls schneller, aber nicht besser ausgebildete Studenten zur Folge haben, wobei zu überlegen wäre, ob sich dann nicht wie an den Gymnasien die hohe Ausfallquote der materiell schwächer gestellten Schichten wiederholt. Diesmal würde es weniger die berühmten 5 % Arbeiterkinder treffen, von denen immerhin zwei Drittel gefördert werden, sondern die unteren Mittelschichten der nicht-akademischen Angestellten und Beamten, die gerade Zugang zur Universität gefunden haben.

Nach der überproportionierten Vermehrung der Planstellen für den mittleren Lehrbetrieb (Mittelbau) in den letzten Jahren steht nicht zu befürchten, daß die Professoren selbst mehr als bisher mit Lehrverpflichtungen belastet oder in der Freiheit der Lehre beschnitten würden. Freilich wird mit der Abwälzung der Lehre auf den Mittelbau – wodurch die bisherige Professorenuniversität im Kern unangetastet bliebe – auch das schöpferische Prinzip aller wissenschaftlichen Bemühungen, die Einheit von Forschung und Lehre, aufgegeben. Die Abschaffung der Lernfreiheit fördert eine Selektion nach außerwissenschaftlichen Gesichtspunkten, die nicht im Interesse des wissenschaftlichen Fortschritts liegen kann. Die Hochschulen können natürlich, wer will sie daran hindern, um der Wahrung partikularer Interessen willen, die Autonomie von Forschung und Lehre aufgeben, sie können natürlich, ganz im Sinne eines allgemeinen autoritären Trends, zur institutionellen Garantie für die Unmündigkeit ihrer Absolventen werden.
Ja, wer will sie daran hindern, wo doch sogar die meisten Studenten daran interessiert sind, ihr Studium planen und recht bald „fertig" sein zu können.

Professor Habermas:

Wir müssen doch eine Relation feststellen zwischen dem, was wir können, und dem, was die Studenten mit gutem Recht wollen. Das ist doch wirklich unser identisches Interesse in diesem Fall. Ich finde, mit der Fachschaft verfahren wir so, wie es sogar durch Gesetz vorgeschrieben ist. Wir werden darüber sprechen, weiter Kontakt haben, und ich habe Ihnen in unserem Gespräch damals gesagt, daß die Wahrscheinlichkeit, hier den numerus clausus einzuführen, auch wenn ich mich sehr energisch dafür einsetze, ja gar nicht sehr groß ist. Denn es besteht vorläufig nicht einmal ein Konsensus zwischen den Fachvertretern . . . Ich meine, wir haben eine Ordinarienuniversität, . . . ich bin nicht dafür. Sie empfiehlt, daß man zunächst einmal feststellt, ob diese 5, 6, 7 Leute überhaupt darüber sprechen wollen. . . . Warum wollen Sie denn an diesen Gesprächen beteiligt werden? Es muß doch einmal geprüft werden, ob außer Herrn von Friedeburg und mir sich überhaupt jemand findet, der das für sinnvoll hält. Ich schlage vor, daß Sie uns in dieser Hinsicht vertrauen und – wir reden doch alle 8 Tage darüber.

Karl Konrad Bergius

Günstige Notreisen

Internationale Beziehungen des AStA

„Die Studentenschaft hat folgende Aufgaben: 6. Die Pflege internationaler Studentenbeziehungen" heißt es im Hessischen Hochschulgesetz (§ 34 Abs. 2). Man könnte meinen dieser hehre Satz habe das AStA-Auslandsreferat beflügelt. Während in früheren Jahren das Auslandsreferat im wesentlichen durch Repräsentation bei internationalen Abenden der akademischen Auslandsstelle und verschiedener Studentenvereinigungen seine Existenzberechtigung unter Beweis stellte, standen im letzten Jahr erstmals die internationalen Beziehungen im Vordergrund seiner Arbeit. Nicht daß dieses Gebiet bis dahin brach gelegen hätte: reiselustige Parlamentspräsidenten und andere studentische Würdenträger hatten sich des Kontaktes mit Kommilitonen fremdländischer Zunge und möglichst weit entferntem Wohnsitz angenommen. Das Ergebnis waren mehr oder weniger feucht-fröhliche Dienstreisen wohlverdienter Funktionäre.
Das Paradebeispiel dieser Art des Studentenaustausches ist die „traditionelle Freundschaft" zur Universität in Caen. Schon sechsmal haben in den letzten drei Jahren Delegationen, bestehend aus etwa fünf Mitgliedern der studentischen Selbstverwaltung ihre „Kollegen" von der syndikalistischen Association Generale des Etudiants de Caen besucht, bzw. umgekehrt. Die Dienstreise des letzten AStA-Auslandsreferenten, Gerhard Voell, zur Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages ist hier noch nicht mitgezählt. Etwas aus dem Rahmen dieser Begegnung fällt das letzte Seminar in Caen, an dem aus Frankfurt keine Funktionäre sondern deren Skatbrüder – also im VDS-Jargon „mausgraue Studenten" teilnahmen. Da das Deutsch-Französische Jugendwerk eifrig zahlte, plant man für das Frühjahr die nächsten Treffen.
Noch vielversprechender schien die Beziehung zur Universität von Clermont-Ferrand zu werden. Nach erster brieflicher Fühlungnahme wurde im April 1965 eine Reise geplant. Da jedoch sowohl das DFJW als auch der AStA-Vorstand ihren Segen versagten, retirierte Auslandsreferent Voell. Dafür, daß diese schöne Gelegenheit nicht ungenutzt blieb, sorgte Ulrich Hammer, damals Sprecher der rechtswissenschaftlichen Fachschaft. Wegen des aus Mangel an Aktivität nicht ausgeschöpften Fachschaftshaushalts mietete er, da der AStA für das Unternehmen keinen der studentenschafts-eigenen VW's zur Verfügung stellte, kurzerhand einen Ford-Taunus und fuhr nach Clermont-Ferrand. Als er dort keinen zu Verhandlungen kompetenten Studenten traf, beschloß er mit seinem Mitstreiter sich im 300 km entfernten Paris von den Strapazen der Reise zu erholen. In Clermont-Ferrand hinterließ er den Entwurf eines „Vertrages zwischen den Universitäten zu Frankfurt und Clermont-Ferrand", bei dem weder die französischen, noch die Frankfurter Funktionäre wußten, ob sie lachen oder weinen sollten. Im Veto des Kassenbeirats, hierfür Studentenschaftsgelder auszugeben, sah Hammer eine unzulässige Beschneidung der Fachschaftsaktivität.

Ende des WS 65/66 verzeichnete man spürbares Interesse bei den Universitäten von Budapest. Einer ersten Erkundungsfahrt folgte eine zweite und in diesen Tagen eine dritte. Obwohl nach den Worten des früheren AStA-Vorsitzenden Arneth, durch diese Reisen, „wenn man von den, durch jede Aktivität vermehrten Allgemeinkosten" absieht, keine Kosten für die Studentenschaft entstanden sind, möchte man dem Studentenparlament „videant consules . . ." zurufen, zumal die Gefahr besteht, daß aus „Budapest" ein zweites „Caen" wird.

Erfreulich dagegen verlief ein Austausch mit der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Karls-Universität, Prag. Zweiundzwanzig Studenten aus der Tschechoslowakei besuchten die Universität Frankfurt. Im Laufe des Besuches und während des Gegenbesuches einer Frankfurter Gruppe, kam es zu vielen persönlichen Beziehungen und Freundschaften. Alle Teilnehmer fanden es erschreckend, wieviele Vorurteile trotz des sich entfaltenden Tourismus noch auf beiden Seiten bestanden.

Zum ersten Male zeichnete sich ab, wie internationale Beziehungen der Studentenschaft sinnvoll sein können. Inzwischen streckt der neue AStA-Auslandsreferent Werner Dömming seine Fühler nach der Sowjetunion, nach Polen und Rumänien aus. Fraglich bleibt, inwieweit die Verantwortlichen unterscheiden können, zwischen Zweck und Mittel eines Austausches. Das Auslandsreferat ist im letzten Jahr seinen Kinderschuhen entwachsen.

Michael Thener

citroën 2CV
Robust, verläßlich, in der ganzen Welt bewundert: CITROËN 2CV, der sichere Kleinwagen mit dem hohen technischen Niveau aller CITROËN-Automobile.

citroën
Neuwagen – Gebrauchtwagen – Ersatzteile – Kundendienst
AUTOHAUS GOLDBACH
Frankfurt am Main
Mainzer Landstraße 151-153 – Telefon: 23 51 67 - 23 50 31 - 23 67 98
2 CV-Spezial-Werkstatt: Raimundstraße 100

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

FRAGEN SIE FRAU CHARLOTTE

Liebe Frau Charlotte,
in der Novemberausgabe der AStA-Information fand ich die nebenstehende Anzeige. Weil ich eine große Verehrerin von B. B. bin und in den Ferien mit Jobben etwas freies Geld verdient habe, wollte ich die angebotene Gedächtnis-Tour mitmachen. Also ging ich ins Reisereferat und sagte, daß ich einen Platz buchen möchte; vier von den fünf Vorzugsbedingungen könne ich erfüllen (ich bin eine Frau; bin evangelische Christin, wenn auch nicht praktizierend; bin mütterlicherseits Nichtarierin und stehe dem SDS nahe; lediglich ein Kind habe ich noch nicht). Obwohl ich das alles sehr höflich vorbrachte, bekam ich die barsche Antwort, diese Tour gebe es garnicht im Programm und das Reisereferat werde gegen die AStA-info wegen des Inserats geeignete Schritte unternehmen.

Nun erkundigte ich mich im AStA, welche Bewandtnis es mit der Anzeige habe. Aber statt mir Auskunft zu geben, fragte man mich, ob ich politisch interessiert sei und was ich von der NPD und dem Ausgang der hessischen Landtagswahl wisse. Auf meinen Einwand, das habe doch nichts mit der Brecht-Gedächtnis-Tour zu tun, antwortete der Herr, da könne er mir auch nicht helfen, und ich solle einmal nachdenken.

Liebe Frau Charlotte! Ich finde diese ganze Angelegenheit empörend. Deshalb frage ich:

1. Wer hat die Anzeige bezahlt? (Der Inseratenraum in der AStA-info ist knapp und teuer.)
2. Warum ist sie in so schlechtem Deutsch abgefaßt? (z. B. solche Wörter wie „Betreuung" oder „Gesinnungstreffen".)
3. Weshalb weiß das AStA-Reisereferat nicht, was in seinem Namen die AStA-info anbietet?
4. Wie lassen sich bei dem Grundsatz, vor der Studentenselbstverwaltung seien alle Studenten gleich, die Vorzugsbedingungen erklären? (Das frage ich aus reinem Rechtsgefühl, denn mir wären sie ja nützlich.)

Vielleicht können Sie, liebe Frau Charlotte, ein wenig Licht in diese sonderbare Angelegenheit bringen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Petra S. aus F.

Liebe Petra!

Leider muß ich Ihnen mitteilen, daß es mir trotz vieler Nachforschungen nicht gelungen ist, auf Ihre Fragen, die auch die meinen sind, befriedigende Antworten zu erhalten. Es gibt in dieser Sache mehr Ungereimtheiten, als Sie annehmen. Niemand konnte mir z. B. sagen, warum hinter „Wir bieten Abwechslung?" ein Fragezeichen steht — doch das nur nebenbei. Nun zu Ihren Fragen:

1. Die Anzeige wurde von keiner natürlichen oder juristischen Person in Auftrag gegeben, wird folglich auch nicht bezahlt. Wer den Einnahmeausfall deckt, konnte ich nicht feststellen.
2. Das „schlechte Deutsch", wie sie die sprachlichen Mißgriffe zurückhaltend nennen, ließ mich nachforschen, ob der Verfasser der Anzeige ein Student der Germanistik sei. Das ist nicht der Fall. Er gehört seit langem der Redaktion der AStA-info an. Mit allem Vorbehalt möchte ich noch eine Äußerung erwähnen, die mir bei meinen Erkundigungen zu Ohren kam, nämlich: die Anzeige habe etwas mit Satire zu tun. Ich selbst muß Ihnen allerdings sagen, daß ich lediglich diese Äußerung über die Absicht der Anzeige für eine Satire halte.
3. Sie dürfen nicht ungerecht sein, liebe Petra. Die studentische Selbstverwaltung mußte lange um die Freiheiten und Posten kämpfen, die sie nun hat. Studentenvertreter sind, wie alle Führungskräfte, mit Arbeit und Repräsentationspflichten überlastet; da kann es leicht geschehen, daß die Linke einmal nicht weiß, was die Rechte tut. Sie können darauf vertrauen, daß in der Mehrzahl der Fälle der eine weiß, was der andere tut, oder, um im obigen Bilde zu bleiben, daß die eine Hand die andere wäscht.
4. Auch mich hat empört, daß gewisse Personengruppen „bevorzugt behandelt" werden sollen. Selbstverständlich müssen alle Studenten die gleichen Chancen haben. Sogar die Gleichheit der Studentenvertreter ist ja streng nach der Rangordnung ihrer Ämter geregelt. Als einzige — freilich unwahrscheinliche — Erklärung bietet sich die oben erwähnte Möglichkeit an, daß die Anzeige satirische Absichten verfolgt. Ich nenne diese Erklärung unwahrscheinlich weil man a) in der AStA-info von Satiren nichts versteht und b) das Reisereferat Satiren in der AStA-info nicht begreift.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Frau Charlotte

Ihnen hängt das germanische Morgenrot zum Halse raus?

Ihnen erscheint der nationale Silberstreif im Hessischen Landtag als Götterdämmerung?

Wir bieten Abwechslung?

Das Reisereferat hat nicht Mühe und Kosten gescheut, Ihnen ein ansprechendes Programm zusammenzustellen. Unser Schlager im Angebot:

Die große B.-Brecht-Gedächtnis-Tour

über Dänemark—Schweden—USA und durch die klassischen Exil-Länder. Weiterhin schöne Urlaubsplätze an den bekanntesten Exil-Plätzen in fünf Kontinenten. Für Betreuung ist gesorgt, Heimatabende, Gesinnungstreffen, Nachrichtenbetreuung usw.
Buchen Sie bald — bevor ausgebucht ist.
(Frauen und Kinder, Nichtarier, Christen und Linksintellektuelle werden bevorzugt behandelt).

Halbgötter und Ignoranten?

Vollversammlung der Studentenschaft

Am Dienstag den 15. November fand die Vollversammlung statt, auf der die Frankfurter Studenten ihre neue Satzung beraten sollten. Im empfindlich kalten Hörsaal V kamen etwa 100 Studenten zusammen, die der AStA-Ruf erreicht hatte.
Auf dem Podium waren versammelt: die ehemaligen AStA-Vorsitzenden Peter Mürmann und Volker Arneth, der AStA-Vorsitzende Peters sowie die Initiatoren des Satzungsentwurfs Hans-Joachim Steffen und Dieter Thelen. Die Ausführungen der „Experten" waren zwar sachkundig, aber langweilig. Sie riefen den Eindruck hervor, als würden sie sich dazu herablassen, nun zum xten Male ihr lichtvolles Gedankengut vor die Säue zu werfen. Jemand formulierte seinen Eindruck: „Es ist ja gar kein Wunder, daß die Leute sich von den studentischen Dingen abwenden, wenn man aus der gesamten Art, aus jedem Wort, aus jeder Geste den Degout der Funktionäre an den Menschen, den sie vertreten, herausspürt. Wissen Sie, die Leute kommen sich dann immer so ungeheuer behandelt vor."

Obwohl diese Vollversammlung dazu diente, den „Entwurf einer Satzung" der Universitätsöffentlichkeit vorzustellen, wurde durch den AStA-Vorsitzenden der Eindruck hervorgerufen, als sei man an Verbesserungsvorschlägen interessiert. In Wahrheit waren alle Diskussionsbeiträge in den Wind gesprochen, da keinem die Chance eingeräumt worden war, eine Änderung am Satzungsentwurf durchzudrükken. Daß eine solche Verhaltensweise den wenigen Aufrechten gegenüber, die dort erschienen waren, nicht gerade fair zu bezeichnen ist, versteht sich am Rande.

Es waren hauptsächlich zwei Themenkreise, die in besonderer Weise Anstoß erregten, so etwa die Bedingung, daß die Wahllisten an eine Unterschriftenliste gebunden sein sollen. Es wurde mit einem gewissen Recht von einer Monopolisierung der etablierten Gruppen gesprochen, was zumindest des Überlegens wert ist. Ein anderer Einwand tat an der Sollbestimmung Unbehagen kund, daß ein Mitglied des Ältestenrates aus der juristischen Fakultät kommen müsse. Er besagte, daß dort eine eklatante Chancenungleichheit von drei zu eins besteht.

Es bleibt zu hoffen, daß sich Studenten in den Fachschaften sammeln und aktiv werden, die nicht ihr Gegenüber mißachten. **Fo.**

Auf einem vom SHB kurzfristig angesetzten teach-in diskutierten im Hörsaal I Professoren, Assistenten und Studenten zum Thema Große Koalition in Bonn. **Foto: G.-W. Schellenberg**

Verantwortung

Die erste Diskussion des SSRS

Der Universitätsöffentlichkeit stellte sich die neugegründete Gruppe der „Society for Social Responsibility in Science" (SSRS) mit einer Podiumsdiskussion vor. Es diskutierten unter Leitung von Dipl.-Soz. F. Schafmeister die Professoren H. Bilz (Theor. Physik), L. von Friedeburg (Soziologie), H. Hartmann (Physikal.-Chemie) und Kulenkampff (Neurologie und Psychiatrie).
Mit Beispielen wie den Problemen der Investitionsplanung im Städtebau, der Raumfahrt oder Kernphysik oder Fragen der Rüstung und Abrüstung wies Schafmeister auf die enge Verflechtung der Wissenschaft mit der Politik hin. Professor von Friedeburg konkretisierte: die Projekte der Wissenschaft stehen in finanzieller Abhängigkeit zu der Öffentlichkeit und zu privaten Geldgebern. Es ist aber gleichzeitig die Abhängigkeit von bestimmten Interessen und verlangt vom Wissenschaftler eine politische und soziale Verantwortung, um einen Mißbrauch von Forschungsergebnissen zu verhindern. Diese Verantwortung ist unteilbar, da nur die Fachwissenschaftler imstande sind, die möglichen Auswirkungen ihrer Erfindungen zu beurteilen.
Allerdings sei der genuine wissenschaftliche Akt, so Professor Hartmann, nicht manipulierbar und der unmittelbaren Verantwortung des Einzelnen entzogen. Lediglich eine nachträgliche Reflexion über die Problematik der gewonnenen Erkenntnis ist noch möglich. Professor Bilz führte die Beispiele Otto Hahn und Albert Einstein an: Während Hahn versuchte, durch eine Information des Auslandes über seine Entdeckung der Kernspaltung und durch starke Zurückhaltung gegenüber den Machthabern des Dritten Reiches eine politische Verwertung mit dem Bau einer Atombombe zu verhindern, empfahl Einstein — aus Angst vor einem möglichen deutschen Projekt — dem amerikanischen Präsidenten ihre Herstellung.
Sowohl das unkalkulierbare Risiko einer erfolgreichen Geheimhaltung als auch die wissenschaftliche Veröffentlichung oder eine Empfehlung, deren Folgen die vorhandene Einsicht übersteigen kann, fordern von dem Wissenschaftler eine Entscheidung zu einem früheren Zeitpunkt. Ein Forschungsprojekt provoziert ja von vornherein ganz bestimmte bewertbare Ergebnisse und hier kann der Wissenschaftler sich für oder gegen eine Mitarbeit entscheiden. Ist jedoch seine Abhängigkeit zu groß, kann er zumindest versuchen, durch eine Aufklärung der Öffenlichkeit eine Kontrolle zu erreichen. Professor Kulenkampff wies insbesondere auf den möglichen Interessenkonflikt zwischen Unternehmer und Wissenschaftler z. B. in der chemischen oder pharmazeutischen Industrie hin, die Medikamente herstellen und vertreiben, ohne den wirklichen Bedarf oder mögliche Nebenerscheinungen ausreichend zu ermitteln.
Die etwa 200 Zuhörer beteiligten sich zahlreich an der Diskussion und trugen so mit zu einer Differenzierung der Problematik bei. **Be/Mo.**

Notizen zur Studienberatung

Hilf dir selbst

Seit Jahren wird zu Recht über die unerträglichen Zustände an den Universitäten der Bundesrepublik geklagt. Verwaltung und Lehrkörper haben jedoch von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, bisher in der Praxis nichts getan, um die beklagten Zustände zu verbessern; bisher bestand Praxis in der Aufrechterhaltung dieses Zustandes, den sich diejenigen, die zuerst ändern könnten, erst mal durch restriktive Maßnahmen verschönten. Ein immer wieder angeführtes Argument der Studienreformer ist die ungewöhnlich lange Studiendauer besonders in der Philosophischen Fakultät. Die Einsicht, daß dieses statistische Faktum in einem ursächlichen Zusammenhang mit den vorgefundenen Studienbedingungen stehen könnte, scheint den Herren jedoch selten genug gekommen zu sein.
Neben den für alle Fakultäten geltenden Problemen ist für die Philosophische vor allem der Massenandrang bei gleichzeitig weitgehender Orientierungslosigkeit der Anfänger kennzeichnend. Die Situation eines Fachs wie der Germanistik z. B. scheint symptomatisch für die Krise der Universität, die sie sich zu einem nicht unbeträchtlichen Teil selbst zuzuschreiben hat. Der Anfänger ist vollkommen ratlos und auf sich selbst gestellt. Einführende Seminare in die (neuere) Literaturwissenschaft, die mindestens in jedem Semester, in dem Anfänger zu erwarten sind, eine Selbstverständlichkeit sein sollten, finden höchst selten statt. Literaturlisten existieren nicht, ja, es gibt nicht einmal eine Studienberatung.
Um hier etwas zu institutionalisieren, griff der AStA im Sommersemester zur Selbsthilfe und richtete eine nach Fächern getrennte Studienberatung durch ältere Semester zunächst für die Fächer Deutsch, Englisch, Französisch, Geschichte und Politik ein. Im Laufe der letzten drei Semester kamen noch Pädagogik und Soziologie hinzu. Diese Studienberatung findet zu Anfang des Semesters wöchentlich statt und gliedert sich in einen theoretischen und einen praktischen Teil: nach einem Überblick über die Arbeitsbereiche des Faches und Hinweisen auf einführende Literatur wird anhand des jeweiligen Vorlesungsverzeichnisses erläutert, welche praktischen Konsequenzen für den Studienplan sich daraus ergeben.
Zum Sommersemester 1966 wurden für die Fächer Deutsch, Geschichte, Politik und Soziologie Literaturlisten ausgearbeitet, hektographiert und bei der Studienberatung verteilt. Derartige Literaturverzeichnisse waren bisher außer im Romanischen Seminar, das eine löbliche Ausnahme bildete, nur beim Institut für Sozialforschung (in großem Umfang) zu haben.
Am 7./8. Mai veranstaltete der AStA in der Landvolkshochschule Friedrichsdorf im Taunus zum erstenmal ein Wochenendseminar zur Studieneinführung in die Fächer Deutsch und Politik, bei dem auch jeweils ein wissenschaftlicher Assistent einen Überblick geben konnte. Am 2./3. Juli fand in der Bildungs- und Freizeitstätte Dietzenbach ein weiteres Wochenendseminar über politische Zeitschriften und Zeitungen statt und am 19./20. November in Friedrichsdorf eines über die Geschichte des Nationalsozialismus. An beiden Seminaren nahmen wieder Assistenten der Universität teil.
Die bereits geleistete Arbeit soll in den kommenden Semestern intensiviert werden. Neben der Überarbeitung und Erweiterung der Literaturlisten ist vor allem an weitere Wochenendseminare gedacht, die Studieneinführung und einzelnen Fachproblemen gewidmet sein sollen. Diese Arbeit scheint eine nicht unwichtige Soforthilfe zur Beseitigung von Ursachen der allseits bejammerten Universitätsmisere zu sein. **E. Scherzer**

Frankfurt a. M., Goethestraße 1 (am Goetheplatz), Telefon: 23633 und 25246
Fachbücher aus allen Gebieten: Jura, Wirtschaftswissenschaft, Technik, Medizin, Naturwissenschaften
Universitätsbuchhandlung
Blazek & Bergmann

Die Buchhandlung für den Mediziner
JOHANNES ALT seit 1868
BUCHHANDLUNG UND ANTIQUARIAT FÜR MEDIZIN
In Kliniknähe, Haltestelle Hochhaus Süd (Hippodrom) der Linien 1, 11, 15, 21
Telefon 61 29 93
Frankfurt Süd 10 Gartenstraße 134

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Frankfurter Szene

1. neue bühne — Don Carlos

Die „neue bühne" hatte lange Ruhm und Kritik mit politischem Theater in guter Brechttradition geerntet, so daß eigenes Theater kaum noch darunter erkennbar war. Mit ihrer neuen Inszenierung des „Don Carlos" sehr spät nach Schiller bewies sie (am Rande jener Tradition), wie viel Theater sich auch außerhalb der Anstalten, die Moral verwerten, machen läßt. Auch der weitgehend zum Klassizismus erstarrte „Brechtstil" müßte sich abfinden mit einer weitergeführten Artistik, Gags, Spaß, mangeldem Respekt vor „Klassik", Verführung zum Denken und zur Lust. Die Studentenbühne legte Hand ans Theater und führte ein Bubenstück aus.

Die halbe Bühne füllen wild aneinander genagelte Bretter, die die Welt bedeuteten; im Hintergrund verstellt sie ein hoher schmaler Laufsteg, nach vorn bleibt ein niedriger Durchgang, der zum Schluß des etwa einstündigen Spiels durch eine Operettentreppe überdeckt wird; auf der Vorderszene sind zwei Triumphtreppen hingestellt worden. Bühnenbild, Schauspieler und Spiel verleugnen ihre zeitgenössische Jugend nicht, alles ist etwa zwanzig und will nichts für die Unsterblichkeit tun. Schillersche Schwarz-Weißeffekte finden sich nur noch auf grell geschminkten Gesichtern. Niemand verzehrt sich in Haupt- und Staatsaktionen. „Die schönen Tage in Aranjuez sind nun zu Ende." Mit diesem rhythmisch akzentuierten wiederholten Satz ist man sich einig. Mehr als Zitate gibts nicht. Die Lust an Schillers Liebe und Politik versagt man sich mit ihm und spielt lustvoll ohne ihn. Don Charlos wird umspielt — von einer Eboli, von einer reizenden Königin, etwas Posa, etwas König und Pfaffen; diese sind zwei Dinger aus früherer Zeit, die aus ihrem Bretterhimmel ab und zu leere Sätze reden. Die „Handlung" wird von einer mitgenießenden Teen- und Twenmannschaft weggetragen. Ihre Bewegung erinnert nur manchmal etwas unangenehm karikierend ans living theatre. Aber in der von Carlos-Fans (mit Jäckchen im I-like-Carlos-Stil bekleidet) gestellten Zentralschaffe wirkt der Einwand des Eklektizismus (happening, Mitspiel, living theatre, Psychodrama, Messingkauf und viel „Positionstheater") nicht recht stichhaltig, weil es schon wieder Stil zu sein scheint. Wo keine Handlung verfolgt wird, ist nur Bewegung von Figuren, deren Handeln so fragwürdig erscheint wie die Rollen des idealistisch gemeinten Subjekts seinem pejorativen Sprachgebrauch nach. Da bleibt denn nichts als ein bißchen „konkrete Poesie", wenn nivellierte dramatis personaé alternierend: „Der König ist betrogen" herleiern.

Don Charlos steht im Mittelpunkt des Spiels, aber gleichzeitig läßt die Regie der Heldenfigur die Luft ab. Der Zuschauer braucht nicht schaudernd vor der Schreibtischtragik des königlich verklemmten Helden bei jedem zitternd erwarteten Vers aus dem bürgerlichen Zitatenschatz den dramatischen Atem anzuhalten. Hier wird keine dramatische Einheit und keine des Lebens zerbrochen, da keine intendiert war. Mit Recht ist zu sagen, mitten im Stück habe es noch nicht angefangen und am Ende habe es nicht aufgehört. Die Alternative Parodie oder Klassik stellt sich so wenig wie die von „Mutter Courage" oder „Das Haus in Montevideo", weder das Stichwort „Gesellschaft" noch das von „Familienidyll" braucht zu fallen, es wird einfach ins Spiel gebracht, ohne daß es nun gleich wieder in rosa Rührung zerflösse. Dazu gibt es noch genug witzig und selbstverständlich vorgebrachte Pointen. Die Revision Brechtscher Positionen erfolgt nicht, weil eben nach Brecht, Ordnung in einem Schweinestall Unsinn ist, und wenn schon Auflösung, dann soll auch das schöne Chaos zu seinem Recht kommen. Jeder komme mal zu dem Versuch, zumindest auf der Bühne zu sich zu kommen.

„Jedwede Tugend / ist fleckenfrei — bis auf den Augenblick / der Probe". Die „neue bühne" macht kein fleckenfreies Theater, sie probiert den Spaß aus. Wie weit, weil es nicht Bühnenpsychologie treibt, sondern sich treiben läßt, übertrifft solch ein Theater die Regiemühen eines G. F. Hering, eines H. G. Heyme (von Frankfurts Städtischem Theater ganz zu schweigen)? Und das, gerade weil es Amateure sind, weil sie Figuren schon psychologisch auseinanderfallen ließen im idealistischen Puzzlespiel, wobei meistens die Regie doch noch der Not des klassischen Theateridols folgt und nicht dem eigenen Triebe. Die „neue bühne" schließt sich einer mittlerweile propagierten Auffassung an, daß „klassisches Theater" ein Notbehelf sei für wenig klassische Zeiten; die Kritik an der vierten Wand (wo Publikum sitzt) ist im Spiel drin. Am Schluß — ohne Affront gegen Schiller — kann, wer will, auf seinem klassischen Zitatenschatz sitzen bleiben oder die Lust an Liebe und Politik etwas materieller fassen. Den Spaß und die Mühen der Regie haben sich Kriegkstein, Scherer und Schulz-Keil geteilt; eine erfolgreiche Teilung.

2. Die Kunst des Zuschusses

Böswillige konnten triumphieren ob einer zweideutig zu interpretierenden Ansicht, die am 24. November 1966 in der Frankfurter Rundschau (Lokalteil) zu lesen war. Die Landesbühne Rhein-Main protestierte gegen die geplante Kürzung der bisherigen jährlichen Subventionen um 20% (DM 40 500 von DM 202 500), „die noch dazu ihr als einzigem Theater in Frankfurt zukommen soll". Es habe „den Anschein einer Bestrafung für bessere Leistungen", so sagt die Landesbühne selbst. Vielleicht könnte man zu Recht nun meinen, es gebe kein anderes Theater in Frankfurt — wenn man böswillig ist. Wenn man hingegen dem Frankfurter Theater gegenüber sich freundlich stellt, so muß man ebenfalls dagegen protestieren, daß der Landesbühne, deren „Konzept endlich jene Besinnung zeige, die es in vergangenen Jahren habe vermissen lassen", eine Kürzung zugemutet wird, die „noch dazu ihr als einzigem Theater in Frankfurt zukommen soll".

Im Lokalteil sowohl der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wie der Frankfurter Rundschau vom selben Tag werden zwar noch Städtische Bühnen erwähnt, was aber mit lokalen Theatermeldungen so wenig zu tun hat wie mit der genannten Besinnung. Diese „Bühnen" sollen laut Magistratsbeschluß verpflichtet werden, in den nächsten drei Haushaltsjahren einen Zuschuß von 16,3 Millionen DM nicht zu überschreiten. 2 Millionen Mehrausgaben müssen eingespart werden. Buckwitz unterbreitet seiner Tradition nach den entsprechenden Vorschlag. „Die Hauptlast mußte dabei dem künstlerischen Personal aufgebürdet werden." Die höchsten Kosten sind nämlich Personalkosten und die Anteile für den kostspieligen Theaterneubau — nichts gegen Chagall und Kemeny in diesem Zusammenhang — werden aus kameralistischen und anderen Geheimgründen dem Theateretat angelastet. Nicht nur das künstlerische Personal muß also unter der Zuschußartistik leiden, sondern auch die Kunst, die importiert wird, um den Frankfurtern zu zeigen, was man mit den technischen Einrichtungen alles machen könnte. Um diese nun voll zur Geltung kommen zu lassen, wäre eine Einsparung des gesamten künstlerischen Personals angebracht. Bei einer solchen Einsparung würde es auch von edler Selbstverleugnung zeugen, wenn man an sich selbst (die obere Verwaltungsinstanz, den Generalstab) zuletzt dächte.

Die Schließung des Schauspielhauses kommt demnach als Vorschlag in Frage, denn hier geschieht sowieso am wenigsten. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen wäre das nicht das Schlechteste, denn damit käme Buckwitz endlich den Forderungen nach, das Theater in seiner traditionellen Form einmal in Frage zu stellen. Aber die Verhältnisse, sie sind nicht so. Die Intendanz könnte dennoch nur Zustimmung finden; es stimmt zweifellos, daß von einem „luxuriösen Dekorationsaufwand" nicht die Rede sein könnte; nur wurde dabei vergessen, daß es luxuriöses Theater ist, das nur Aufwand und Ausstattung betreibt. So gesehen, konnte nichts Besseres geschehen, als den Städtischen Bühnen, von Theater ist nicht die Rede, Kürzung der Zuschüsse vorzuschlagen. Damit ist die glückliche Situation geschaffen, Theater verteidigen zu können, das darin besteht, das Theater zu verteidigen.

Es gilt nämlich jetzt, einen dramatischen Anschlag abzuwehren. Jetzt gilt es, die kleinlichen Intrigen auffliegen zu lassen und den Vergnügungssüchtigen den Mund zu stopfen. Fast wäre es noch zu einem melodramatischen Magistratskomplott gekommen, man droht — wie in chinesischen Haupt- und Staatsaktionen — die Schlinge eng zu ziehen.

„Wenn jedoch die Schlinge so eng gezogen wird, daß der künstlerische Atem versiegt und nur noch eine Institution ohne Klang zurückbleibt, dann wird selbst die geringste Subvention zur Farce, und das Theater muß die Erfüllung seines künstlerischen Auftrages schuldig bleiben." (Buckwitz laut FAZ).

Das Bühnen-Bild stimmt, das trübe Wasser des „künstlerischen Atems versiegt" und es tönt kein Klang mehr synästhetisch, kein Hahn kräht mehr nach Generälen, aber endlich, endlich hätten wir dann Theater und Leben, wenn nämlich die „geringste Subvention zur *Farce*" wird und Buckwitz die Erfüllung seines nicht künstlerischen Auftrages schuldig bleibt. Bis dahin wird die Kritik ihres Auftrages schuldig bleiben. Solange wird sich das Publikum beschimpfen lassen.

D. H. Wittenberg

Szene aus der Aufführung der „neuen bühne" — Foto: G.-W. Schellenberg

Kulturschaffe

Notizen zur Verleihung des Fernsehpreises 1966

Dieser Akt vollzog sich nunmehr zum dritten Mal. Auf Einladung der Akademie der Darstellenden Künste, der Verleiherin des Fernsehpreises, eilten diverse Kulturschaffende in den Theatersaal des Frankfurter Intercontinental, um an der Verleihung eines Preises teilzunehmen, der, wie man bereits wußte, an den Fernsehregisseur Egon Monk (er befehligt eine eigene Produktionsabteilung am NDR) gehen würde. Zunächst hieß es — nachdem man das Fehlen eines kalten Buffets bereits registriert hatte — unter dem Hin und Her kurbelnder Fernsehleute einige Festreden über sich ergehen lassen. Der Begrüßung durch den Akademiepräsidenten Harry Buckwitz, der, wie gewohnt, gelassen einige Gemeinplätze vortrug, folgte die reichlich gefühlige Preisbegründung eines Jury-Mitgliedes, bevor man endlich zur Übergabe der Trophäe schritt — einer silbrig glitzernden, stilisierten Miniatur-Fernsehantenne, die ob soviel Kunst, auch spontane Heiterkeit auslöste. Mit dieser ehrenwerten Gabe, das sei noch vermerkt, verbindet sich keine Geldsumme.

Die Auszeichnung, die 1965 für Peter Lilienthals „Seraphine" und dieses Jahr für den Fernsehspielfilm „Preis der Freiheit" (Drehbuch: Dieter Meichsner; Regie: Egon Monk) verliehen wurde, soll, wie es in der Verlautbarung der Akademie wörtlich heißt, „Anstrengungen in Richtung auf die Entwicklung ästhetischer und gesellschaftlicher Kriterien im Bereich des Fernsehspiels anregen und fördern." Allerdings fühlte sich der Regisseur Egon Monk in seiner klugen Stegreifrede veranlaßt, diese Rangfolge auffällig zu verschieben — und dazu noch vor Buckwitzens Ohren. Monk rückte das Gesellschaftliche ohne Umschweife vor das Ästhetische. Seine Begründung: die Aufgabe des Fernsehspiels sehe er eindeutig darin, die Bereitschaft zum politischen Engagement zu stärken. Und selbstkritisch fügte er an, daß man bei der Jugend vielleicht doch zu viel geschichtliches Verständnis vorausgesetzt habe, was es nun nachzuholen gelte.

Als das enfant terrible der deutschen Journalistik, Erich Kuby, als letzter hinter das Rednerpult trat, riß er das angetretene Festvolk mit schlürfendem Tonfall und gezieltem Witz vollends aus dem Halbschlummer. Das deutsche Fernsehen halte er für eines der besten, sagte der verdiente Zeitungsmann, nur mit der Information hapre es an allen Ecken. Schon der Nachrichtensprecher trete auf wie „Gottes eigene Stimme" (oder: „hier spricht der Staat"), nicht aber, was gefordert wäre, wie ein Sprachrohr der Nachrichtenredaktion. Die Manipulierung geschieht bei uns, wie Kuby meint, „dadurch, was nicht gebracht wird". Die Berichterstattung über das andere Deutschland sei im grunde nicht vorhanden oder gleich 0,0-1. Dasselbe gelte hinsichtlich Vietnam, China etc. Die innenpolitische Situation und zunehmende Radikalisierung von rechts bezeichnete Kuby als eine „Kampfsituation, in der es um die Wurst geht". Die hydraköpfige Springerpresse hält er allerdings für eine ebenso große Gefahr. Nur das Fernsehen könne ihr noch Paroli bieten. Aber — und das verstand er wohl mehr als Aufforderung zum Handeln: „mit den heutigen Mitteln ist das ein bereits verlorener Kampf".

Solche Schwierigkeiten erwiesen sich dann auch an dem zum Schluß vorgeführten Film „Preis der Freiheit" noch als signifikant. Drei Studenten und ein Volksarmist planen die Flucht über die Demarkationslinie, die ersteren geben sie vorzeitig auf, der die Uniform tragende Freund schafft es.

Obwohl es Monk im Unterschied zu Filmen mit gleicher Thematik gelingt, die Vorgänge durch soziale Nähe, die streckenweise bis aufs Idiom genau stimmt (etwa der Betrieb bei den DDR-Grenzern), zu verdeutlichen, kann sein Film am Ende doch von den gleichen Leuten reklamiert werden, die die DDR immer noch mit der Formel „KZ" zu bewältigen suchen. Die verführung, die Dynamik und Glaubwürdigkeit der feinerten Methoden der Regie- und Kamera-Darstellung, haben Monk nicht retten können. Abgesehen davon, daß sein Film dort noch einmal beginnen müßte, wo er endet, nämlich in der Bundesrepublik, läßt er auch die Studenten, die nervös und unsicher auf den „Absprung" warten, die Alternative zur „Republikflucht" gar nicht erst diskutieren. Zumindest das wäre — auf bundesdeutschen Bildschirmen — erforderlich gewesen.

Mögen auch die ideologischen Pressionen und ihre Forcierung zur nackten Gewalt im Film gegenwärtig sein, das, was darüber hinausgeht und jene verständlich macht, fehlt. Ein mißverständlicher Titel und die Funktion dessen, was hier geschildert wird als Ganzes gesehen, geben dem Film leider eine falsche Richtung.

Das ist um so bedauerlicher, als Egon Monk durch Filme wie etwa „Ein Tag" bewiesen hat, daß er zu den jungen Fernsehregisseuren gehört, deren Bemühen durch fähige und zukunftsweisende Arbeit gekennzeichnet ist.

Bleibt am Ende der Eindruck, daß bei der diesjährigen Preisverleihung eben nur das Beste vom Vorhandenen ausgewählt wurde.

Hartmut Engelmann

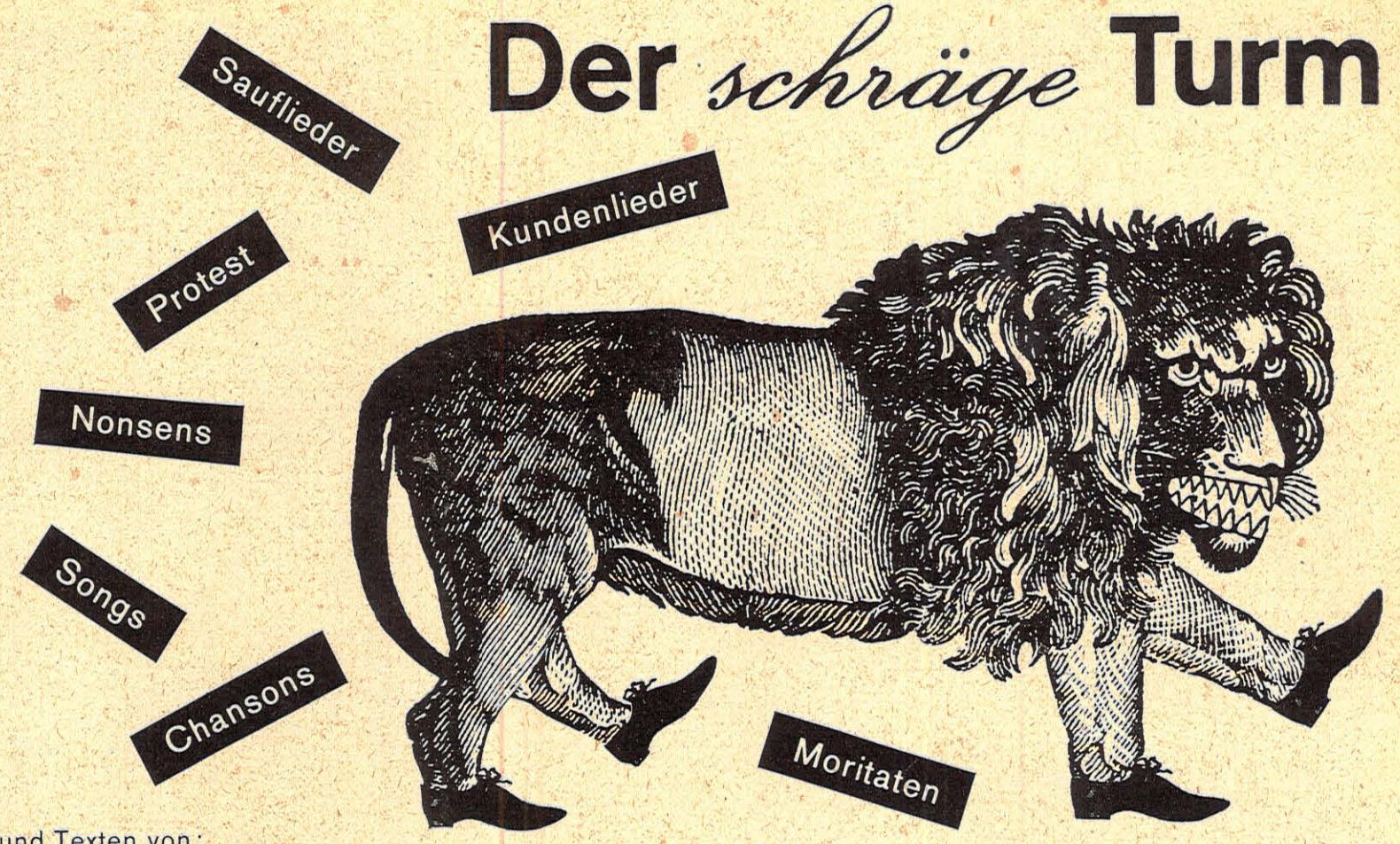
archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn
www.frankfurt-uni68.de

NEU!

Der *schräge* Turm

herausgegeben von
Konrad Schilling und
Helmut König.
Graphische Gestaltung
Hannes Jähn.
Handgeschrieben von
Dotschka Meteorowa und
Hannelore Apitz.
ca. 300 Seiten
Glanzfolienband DM 15,80

**Ab
10. Dezember
in Ihrer
Buchhandlung
erhältlich**



Mit Melodien und Texten von:

Fausto Amodei, Hermann R. Beck, Karl Michael Bellman, Wolf Biermann, Bert Brecht, Wilhelm Busch, Sydney Carter, Franz-Josef Degenhardt, Paul Dessau, Roland Eckert, Ander Graps, Fritz Grasshoff, Johanna von Hancke, Walter Hedemann, Mascha Kaleko, Erich Kästner, Klabund, Helmut König, Walter Mehring, Reinhard Mey, Christian Morgenstern, Walter Mossmann, Peter Roland, Schobert Schulz, Gerd Semmer, Dieter Süverkrüp, Hannes Wader, Frank Wedekind, Kurt Weill, Holger Wenz

VOGGENREITER VERLAG BAD GODESBERG

buchkritik

Der Agitator

Erich Fried: und Vietnam und. Einundvierzig Gedichte. Mit einer Chronik. Quarthefte 14. Verlag Klaus Wagenbach. Berlin 1966. DM 5,80.

Mit diesem Band ist Erich Fried plötzlich als politisch engagierter Dichter bekanntgeworden. Auf der Tagung des Frankfurter Forums für Literatur trat er immer wieder mit Diskussionsbeiträgen hervor, die sich durch Sinn für Ästhetik, durch bestechende Sachlichkeit, Ehrlichkeit, Aufgeschlossenheit und politisches Bewußtsein auszeichneten. Er verblüffte die Teilnehmer der Podiumsdiskussion „Literatur zwischen Mythos und Politik mit der Bemerkung, er halte seine früheren Gedichte und Prosastücke für „politischer" als seine Vietnam-Gedichte. Politisch ist dann für ihn ästhethische Wirksamkeit, die auf Gesellschaft gerichtet ist. Oder einfacher: ein Qualitätsurteil.

In der Tat sehen die Vietnam-Gedichte sehr anders aus als die früheren Arbeiten. Die dichterischen Methoden variieren zwischen lyrikmäßig gesetzter Prosa, umfangreichen Gleichnissen, komplizierten Kompositionen, halben Montagen inneren und äußeren Monologen, zwischen reimenden Vierzeilern und freien Rhythmen. Es fehlt nahezu ganz, wodurch Fried vorher bekannt war: Chiffre und Wortspiel, mit denen er unermüdlich seinen eigenen Duktus erweiterte. Hier ist es das Schwimmen eines Debütanten, der die Formen verwirft, noch ehe sie ihm gelingen. Frieds Sicherheit gegenüber allgemeinen Sujets schwindet, wo sie speziell werden. Leichtigkeit herrscht in solchen Gedichten, die nicht expressis verbis von Vietnam sprechen, *Einer singt* z. B. Doch die sind, das versteht sich von selbst, in der Minderzahl.

Tendenzliteratur wird da problematisch, wo der Autor über der Gesinnung die Gestaltung vernachlässigt. Oft genug wird nur versucht, rational faßbare Ideen in bestimmte Formen einzupacken, denen es dann an Eigenwert und sinnlicher Wirksamkeit fehlt. Was ihm vor Augen steht, die Moral, die Tendenz, die direkte Beeinflussung, läßt meist die ästhetischen Forderungen hinter der Notwendigkeit offener Parteinahme in der aktuellen politischen Situation zurücktreten.

Bei Fried zeigt sich die politische Entscheidung deutlich. Er bezieht Partei gegen die Amerikaner – was jeder human denkende Mensch tun müßte –, macht Johnson im *Greuelmärchen* zum bösen Menschenfresser, walzt breit aus, wie das Gleichnis von Ky und Hitler und Vietnam und Deutschland liegt, zeigt kitschig einen US-Soldaten, der gefühllos war im Krieg. Frieds Gesinnung ist lauter, seine Gedichte sind laut. Aphorismen werden als Gedichte ausgegeben, Ideen in Bildern veranschaulicht, Aussagen ein bißchen verschleiert, Meinungen gereimt. Am Schluß des Bandes findet sich eine Chronik des Vietnam-Krieges, von dem gesagt wird, wir würden mangelhaft über ihn informiert. Das Interessanteste an dieser Chronik ist die mangelhafte Information, die tendenziös ausgewählt und die Gegenposition verschweigt.

Ab und zu findet man in dem Bändchen Gedichte, die ansprechen und hängenbleiben. Manchmal springt das Poetische unvermittelt zwischen den Zeilen hervor:

. . .

**Man fährt durch die Bucht der Schweine
ohne Umweg zu den Bordellen**

**Die Mädchen sind zierlich
ihre Särge sind leicht zu tragen**

. . .

Doch oft genug stellt sich die Frage, wo überhaupt die Grenze zwischen schlechter Literatur und gereimter Politik sei. Literatur zwischen Mythos und Politik: bei Fried schlägt der Zeiger nicht in die Richtung der heiligen Erzählung, die das Geschehene vergegenwärtigt, sondern auf die andere Seite, die Agitation, die einseitig ist und es sein will. Fried bekennt sich freimütig zur Agitation, sieht sich als politisch Aktiven, der zur Feder greift und Gedichte schreibt, um die Leute zum Handeln zu bringen. Daß es dabei oft schlechte Gedichte sind, weiß er, und es stört ihn nicht, denn diese schlechten Gedichte tendieren zu Einseitigkeit, Parteilichkeit und Agitation. Dem Literaten, der seine Vietnam-Gedichte nicht immer ganz einwandfrei findet, antwortet er als Politiker: „na und Vietnam na und?"

Ulrich Luetjohann

Roman auf Fließband

Peter Härtling, Janek, Porträt einer Erinnerung, Henry Goverts Verlag, Stuttgart, 1966. 181 Seiten, DM 16,80 .

Der Roman, den der Autor im Untertitel *Porträt einer Erinnerung* nennt, ist in Wirklichkeit ein Film, ein Rausch von Eindrücken, ein Karussell mit Gespräch und Handlung anstelle hölzerner Pferdchen. Die Fabel ist fast zu dürr: Janek (die böhmische Koseform für Johannes) verliert mit 12 seine Mutter, verbringt zwei Jahre in einem Waisenhaus und kommt als Fünfzehnjähriger zu Verwandten. In einer Schenke singt er das „Hobellied", gefällt seinem Publikum und wird Bänkelsänger. Vom Singen lebt er, bis Hitlers Soldaten in Böhmen einmarschieren. Dann muß er die Texte seiner Couplets ändern. Doch das hilft nicht lange: Als Sohn eines jüdischen Vaters, den er nie gekannt hat, kommt er in ein Lager. Als der Krieg zu Ende ist, wird er auch von den Tschechen abgeschoben. In der Nähe von Landshut steigt er aus dem Flüchtlingszug. „Er regte sich nicht, als der Zug abfuhr."

Die Landschaft ist Böhmen: Brünn, Olmütz, Prag. Benesch regiert und Hitler. All das ist ferner Hintergrund. Den näheren, täglichen Umkreis bestimmen zunächst Janeks Mutter, die sich mit Schlaftabletten umbringt. An ihre Stelle treten zwei Frauen: die Babitschka, die Großmutter, und Carola, die Tante. Mit der viel älteren Carola hat Janek sein erstes Liebeserlebnis; es dehnt sich aus und wird zur Affäre. Dann ist da Sedlatschek, Janeks Manager, der organisiert die Tourneen, bestellt das Ballett. Lintschi Abramek, ein Ballettgirl, wird Janeks andere Geliebte. Schließlich gibt es noch Madame Longe, die Auskunft geben kann über einen gewissen Biala, Jakob Biala, der Janeks Vater sein soll.

Janek, ein junger Mann, ist eingewoben in das Gespinst eines Privatlebens, das nur scheinbar freizügig und liederlich ist. In Wirklichkeit wird er von drei Frauen beherrscht: die Babitschka, Regentin des Hauses, und Carola und Lintschi, die von einander wissen. Wird die Weiberwelt, der er nicht entrinnen kann, ihm zum Schicksal? Er befreit sich von den Frauen, ohne sie aufzugeben. Er forscht nach seinem Vater.

Es ist nicht Janeks Porträt, das Peter Härtling zeichnet. Es ist das Bild der Erinnerung. Ein Wirbel von Eindrücken. Geballte Reflexionen lösen sich auf; einige werden zu Handlungssträngen, die kontinuierlich weitergesponnen werden, andere verpuffen wie Seifenblasen: Gedankenblasen die sie sind.

Den einzig festen Punkt in diesem Wirbel bezieht der Leser. Er erkennt bald, daß Härtlings Gewirr aus Zitaten in direkter und indirekter Rede, Ausrufen, Träumen und Zustandsschilderungen – daß dieses ganze Geäst auf dem Reißbrett entstanden ist. Härtlings Erzählhaltung ist ehrlich: er erkennt die Entbehrlichkeiten (wie „sagte er", oder „flocht sie ein") und gebraucht nur noch da, wo die Verständlichkeit darunter leiden könnte, solche rhetorischen Redepartikel.

Die Sprache im *Janek* bekommt dadurch etwas Fließbandhaftes, ohne daß sie monoton würde. Das Leben des böhmischen Coupletsängers Janek Biala wird elastisch geschildert wie etwa Jerry Cottons aktionstriefende Abenteuer – nur daß die Abenteuer fehlen. Janeks Geschichte ist, wie gesagt, fast zu banal. Daß Peter Härtling einen Roman geschrieben hat, der neben dem Geruch des Saisonknüllers auch noch literarische Qualität aufweist, ist der Härtling'schen Handhabung der Sprache zu verdanken. Nicht allein die gekonnt zelebrierte Romantechnik (Wechsel der sprechenden Personen in einem und demselben Satz), auch Wortwahl, assoziative Reihungen, Wahl des Tempus und des Modus beeinflussen positiv das Urteil. Das Komma ist Härtlings wichtigstes Hilfsmittel; er verzichtet auf die Von-Punkt-zu-Punkt-Sätze der frühen Romane Bölls. Die Reihung der Reminiszenzen wird im Leser psychologisch verifizierbar, der Zwang zum Mitdenken bestimmt das Lese-Erlebnis.

Tiefschürfend geht's nicht zu im *Janek*. Probleme sind nicht effektiv – sie sind alle schon gelöst in Janeks Erinnerung. Um sie geht es nicht; es dreht sich vielmehr um ihre Projektionsfläche: um die Erinnerung an das Geschehen im Böhmen Beneschs und Hitlers. Die Personen sind Bestandteil dieser Erinnerung, sie sind zweitrangig, deswegen erübrigt sich bei den meisten die äußere Beschreibung. So wird Janeks Aussehen erst nach 130 Seiten geschildert.

Es tut wohl, Härtlings Roman zu lesen. Es tut wohl, eine Sprache kennenzulernen und schließlich von ihrem Rhythmus gepackt zu werden, die sich vom pseudo-psychologischen Geschwätz so manches zeitgenössischen Literaten dadurch abhebt, daß sie zunächst nicht psychologisch sein will, daß sie ohne Umstände poetisch wirkt. Härtlings Sprache wirkt unverkrampft, frisch, auf den ersten Anhieb dichterisch. Thematisch ist *Janek* ein Beitrag zur Bewältigung der Vergangenheit (der impressivste Teil ist Janeks Verhör durch drei Gestapoleute). Im Hinblick auf die „deutsche Dichtung" als greifbaren Komplex ist der Roman ein Beitrag zur Bewältigung der Sprache. Daß Härtling ihn geliefert hat, ist in den Tagen des Dash-Mannes wichtig.

Heinz Schilling

Heile, heile Lyrik

Michael Groissmeier: Träume im Nachtwind. Gedichte. Lampion-Verlag, Hobbach 1964. 63 Seiten.

Auch einen Lyriker erkennt man an seinem Wortschatz (frei nach Baudelaire):

Küsse, Kerzen, Nacht, Liebe schimmelt, Traumfischgerippe, tropfen, trinken, pressen, hauchzart, hellblau, rot, tausendmal, Moos, Wind, Küsse, Küsse, Küsse, Liebe, Astern, Herbst, Garten, anzünden, brennen, auslöschen, seiden, wasserblau, gold, sanft, Kerze, Mond, Nachtfalter, Melodie, träumen, davonschaukeln, tanzen, Nacht, Lippen, Wein, Mondtraube.

Watet mein Mund, den Mond anbellen, die Spindel der Einsamkeit, Liebe schimmelt, Hoffnung rostet, November: rastlos tritt November das Spinnrad des Windes. Der Mond ist eine Aster. Bitternis, lüstern, Mund: in deinen verstummten Mund keimt das ewige Leben. Im Wind der Einsamkeit. Trocknen im Wind der Tage. Wind – unsichtbarer Vogel. Schwimmen davon mit dem Wind. Aster. Grillen zersägen den Mond. Die Melone des Herbstes. Die Woge des Tags. Die Besuche des Regens. Die Tränen der Nacht. Trocknen im Wind der Tage. Im Sternblattdickicht des hohen Nachtbaums.

Nun, da der Regen schäumt, fällt mich die Reue an.

Heinz Schilling

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Karl Riha

Schmäh von rechts

„Mer sinn geschwolle, Freindche"
(Niebergall: ‚Datterich')

Im Einleitungsessay zu Klaus Budzinskis Brettl-Anthologie *So weit die scharfe Zunge reicht* (Scherz Verlag 1964) stellt sich Werner Finck die Frage, was den Unterschied ausmache zwischen dem Kabarett der zwanziger-dreißiger Jahre und heute. „Frage: Ist der frech spottende, einem autoritären Regime unterworfene Kabarettist höher zu bewerten als der ebenso auftretende verfassungsgeschützte? / Antwort: Ist der im Krieg hervorragend manövrierende Soldat höher zu bewerten als der im Manöver hervorragend kämpfende?" Daß das Publikum „Bravo und Dacapo!" rufe „statt nach der Polizei", heißt es weiter, sei die Misere des heutigen „Kabadings". Und schließlich: „Schuld ist das in unserem Grundgesetz verankerte und jedem Bundesrepublikaner garantierte Recht der freien Meinungsäußerung. Solange das nicht geändert wird, ... wird sich auch an dem kuriosen Dilemma der heutigen Kabarettisten leider nichts ändern".

Das verblüfft. — Dabei wäre es gewiß ein böswilliges Mißverstehen, wollte man derlei als Aufforderung interpretieren, den betreffenden Artikel fünf des Grundgesetzes außer Kraft zu setzen oder auch nur (guten Glücks!) auf einen baldigen Umschwung der Verhältnisse, ein *Viertes Reich* zu hoffen; das Ganze ist eher als der Versuch einer polemisch-ironischen Redeweise zu werten, wie sie ihre Wurzeln in eben jener Tradition hat, die es unter *scharfer Zunge* zu dokumentieren gilt. Mit solcher Tradition ließe sich schließlich sogar die Umschreibung des Kabarettisten im Bild des Soldaten verzeihen, hatte doch auch Tucholsky in dieser rhetorischen Hinsicht oft wenig Skrupel und ein mitunter recht unmittelbares Verhältnis zu Vokabeln wie *Lanze, Trommel, kämpfen, peitschen* usw. In der Redewendung *eine Polemik reiten* sind noch damals die alten Zeiten Huttens mitzudenken, so, wenn Walter Mehring unterm Verweis auf Dürers apokalyptische Reiter von der „enragierten" Mimik „engagierter" Textdichter spricht oder Tucholsky den Ort seiner „Tendenzkunst" so zu beschreiben versucht in *Politische Satire:* „Jedes Ding hat zwei Seiten — der Satiriker sieht nur eine und will nur eine sehen. Er beschützt den Edlen mit Keulenschlägen und mit dem Pfeil. Er ist der Landsknecht des Geistes." — Wie sich Blindheit und Draufgängertum in dieser Definition zu einer nicht ganz ungefährlichen Einheit verbinden, so ist auch Fincks ironisch gemeinte Conférence nicht frei von jener Fatalität, die man am besten mit Karl Kraus in den Griff bekommt, der vom „Naturhang" des Satirikers spricht, demzufolge dieser „mit der Verminderung seines Besitzstandes nie so recht einverstanden ist", sondern an der „Bewahrung des Exempels" interessiert bleibt, um „daran das Übel ... darzustellen, womit er niemals zu Ende kommt noch kommen möchte". — In diesem Sinn ist das Jahr fünfundvierzig in der Tat ein bedauerliches Faktum für den Kabarettisten!

Ein anderes noch in diesem Zusammenhang! — „Hetzen wir? Sind wir nicht sachlich genug?", fragt Tucholsky in *Die lebendigen Toten* und fährt fort: „Nur einmal noch, nur dieses eine Mal noch erlaubt mir, daß mein Herzblut spricht, und nicht das Gehirn". Wiederum wäre es pure Verleumdung, wollte man Tucholskys kritisch-satirischer Anstrengung Verdrehung, Hetze und Agitation unterstellen, dennoch erscheinen uns heute Sätze wie „Wir wollen bis zum letzten Atemzug kämpfen, daß die Brut nicht wieder hochkommt" (mit ihrem Durchhaltepathos und ihrem Griff in die diffamierende Zoologie) in seltsamer Verstrickung mit dem Organ jener, die dem gleichen Wortlaut durch brutale Gewalt ihre Wendung, ihre nazistische Interpretation geben konnten. Zumindest im hier zitierten Fall ist die Redlichkeit Tucholskys der Mißverständlichkeit der Sprache ausgesetzt, deren sie sich bedient. — Abermals empfiehlt es sich, auf Karl Kraus zurückgreifen. Dessen kritische Position Polemik und Satire gegenüber wird vielleicht darin am deutlichsten, wenn er schon damit ein Urteil über beide fällt, daß er allenfalls das Terrain in den Blick faßt, auf welchem beide gerade noch möglich sind, und eben nur dieses *noch* für ihre Rechtfertigung gelten läßt. Er spricht von Polemik als einer „unbefugten Handlung, die ausnahmsweise ... zum Gebot wird": „Ich halte Polemik, die nicht Kunst ist, für eine Angelegenheit des schlechten gesellschaftlichen Tons, die dem schlechten Objekt Sympathien wirbt". Oder: „Polemische Ohnmacht ..." — Die Frage darf zu Recht gestellt werden, ob nicht der Ersatz durch Dokumentation, wie ihn das Werk von Karl Kraus exemplarisch vorführt, der satirischen Polemik überhaupt den Boden unter den Füßen weggezogen hat, ob nicht das *Nullifizieren* dem Übel unvergleichlich angemessener ist als jene Provokation, die dann doch nur wieder die Polizei im Kopf hat, also gerade jener Mächte, denen sie den Kampf angesagt hat, der Unfreiheit bedarf, um sich und die Freiheit, die sie meint, in Szene zu setzen. Überspitzt formuliert, ließe sich sagen ... — aber lassen wir das!

Weder um das Kabarett der zwanziger-dreißiger Jahre geht es hier, noch um das Kabarett von jetzt, das „Kabadings". — Wenden wir uns unserem Gegenstand zu: dem Wiederaufleben einer nazistischen Kulturhetze in der rechtsextremen Presse der Bundesrepublik heute, ihren Erscheinungsformen, der erneuten Wortmeldung derer, denen das Jahr fünfundvierzig ein bedauerliches Faktum in ganz anderem Sinn geworden ist, einer kulturpolitischen Polemik also, die man in der Tat mit Karl Kraus — und schärfer noch! — als den „gröbsten Unfug" zu bezeichnen hat, „dessen die Überschreitung der Bürgersitte fähig ist"; einer Bürgersitte, darf man hinzufügen, die in Deutschland jedenfalls von Polemik und Satire, die Kunst sind, stets nur ablehnend Kenntnis genommen hat: man denke nur an die Verleumdung Heines. — Da die *Deutsche National- und Soldaten-Zeitung* hinlänglich bekannt ist und auch schon verschiedentlich analysiert wurde, beschränke ich mich für meine Untersuchung auf die *Deutsche Wochen-Zeitung für nationale Politik, Kultur und Wirtschaft* (DWZ), deren Kulturteil — *Aus Kultur und Geistesleben* — nicht allein typischer ist, sondern deshalb besonderes Interesse verdient, weil er sowohl von den *Deutschen Nachrichten,* dem Publikationsorgan der NPD unter der Schriftleitung Adolf von Thaddens, als auch vom *Deutschen Studentenanzeiger* fast regelmäßig übernommen wird. Erscheinungsort: National-Verlag Hannover; Herausgeber: W. Schütz. „Heinrich Härtle", liest man in einem Abonnentenaufruf, „bringt unseren Lesern die brennenden Probleme der Zeitgeschichte und der Kulturpolitik nahe". Als ständige Mitarbeiter fungieren u. a.: Herbert Böhme (Verfasser unzähliger Führer-Gedichte, derzeit Präsident des *Deutschen Kulturwerks*), Hans W. Hagen (seinerzeit Referent in der Schrifttumsabteilung des Propagandaministeriums), Wilhelm Pleyer (Träger des Volksdeutschen Schrifttumspreises 1941) und Hans Severus Ziegler (1938 Organisator der Ausstellung *Entartete Musik*). — Über die besondere Rolle, welche gerade die Kulturpolitik in der rechtsextremen Presse der Gegenwart spielt, darf man übernehmen, was Lorenz Bessel-Lorck in *Parolen des Rechtsradikalismus heute* schreibt: zwar höre man auch im „Gesamtchor" gelegentlich wieder unverhüllte Parolen der NS-Politik, doch „der Unangreifbarkeit wegen" habe man „den ganzen Komplex weitgehend auf das kulturelle Gebiet übertragen".

Die Sprache der Schreiber beweist es deutlicher noch als ihre Vergangenheit. Dennoch besteht für diese *Neo*-Nazisten — und dies ist die einzige Parallele, die sich ziehen läßt — ein ähnliches Dilemma wie für Finck und seine Frage nach dem Kabarett heute: wie sich dieser ein Kabarett von Wert und wohl auch eine politisch wirksame Literatur nur dort vorzustellen vermag, wo Polizei und Meinungsdiktat sich entgegenstellen, so hängen auch jene — wie paradox es klingen mag — dem Wunsch, ihr Übel erhalten zu wissen, nach. Anders jedenfalls lassen sich die verklärenden Worte, wie sie etwa Erich Kern (eigentlich: Erich Kernmayr und als solcher Redakteur der *Deutschen Wochen-Zeitung)* nachträglich für die Kommunisten vor dem zweiten Weltkrieg findet, schwer erklären: „Was waren doch", verlautet's da, „die Mitglieder der Eisernen Front, die Kommunisten und die SA-Männer — die Marschierer der zwanziger Jahre — ... für Patrioten. Denn im Grunde marschierten sie alle, schlugen ihre Saal- und Straßenschlachten, weil sie davon überzeugt waren, damit ihren Familien, ihrem Volk — kurz Deutschland — zu dienen. Und sie alle trugen letzten Endes die Fahnen deutscher Bünde und Parteien durch die Straßen: selbst die Marxisten, auch wenn ihr Programm noch so international war". — Gegen solche Deutung ließe sich freilich einwenden, daß sonst *Kommunist* immer noch die stärkste Diffamierung ist, daß Kommunistenhatz die Regel geblieben ist; aber selbst dort, wo Titelbalken wie „Rotfront lenkt ..." ein Schreckbild an die Wand malen, das die Brücke zu ganz anderen Ufern schlägt, ist untergründig solche Hoffnung versteckt, daß alles wieder marschieren möchte. Man weiß sehr wohl, wie die Zeiten aussehen müßten, in denen das *„Heimweh nach Hitler"* auf die Anführungszeichen verzichten dürfte, in die es sich jetzt noch setzen muß.
Wen lenkt „Rotfront"? — Gegen einzelne Politiker dominiert der Pauschal-Vorwurf der *Lizenz*-Politik, wie sie von „umerzogenen Umerziehern", „Lizenz"-, „Selbstbezichtigungs"- und „Verzicht"-Politikern betrieben werde; die Worte *besudeln, Besudelung, beschmutzen, Beschmutzung* usw. haben hier entscheidenden, weil bezweckte Emotionen weckenden Stellenwert. Das *Deutsche Fernsehen* vor allem gilt als „Protagonist deutscher Unterwerfungs- und Verzichtpolitik" oder personifizierter „Umerziehungs-Pharisäer". Weit hemmungsloser und offener, wie gesagt, gebärdet man sich auf kulturellem und kulturpolitischem Sektor. „Auf unseren deutschen Universitäten weht ein linksradikaler Wind", heißt es in einem Leitartikel ohne Verfasserangabe, „Dutzende Linksgruppen sind an unseren Hochschulen Tag und Nacht am Werk. Bewußt oder unbewußt folgen sie kommunistischen Parolen, die aus dem Ausland kommen". Es vermittelt Einblick in die Praxis der Meinungsmache, wenn man zwei Nummern später in einem Leserbrief (und Auswahl und Redaktion der Zuschriften machen die Leserbriefseite zum redaktionellen Part) gedruckt findet: „Rotfront lenkt deutsche Studenten" — die „beklemmenden Zusammenhänge" seien deutlich geworden, nach welchen Deutschlands Studenten „wie Marionetten an den roten Schnüren zappeln". — Erst recht verwundert es nicht, daß, wo immer die *Deutsche Wochenzeitung* auf moderne deutsche Literaur und moderne deutsche Schriftsteller zu sprechen kommt, *Kommunismus* und *kommunistisch* stehende Epitheta sind. So gilt Bertolt Brecht als „notorischer Kommunist", Peter Weiss als „Kommunist" und „Kommunistenjünger": „Am Tage der Eröffnung des 23. Parteikongresses der sowjetischen KP, der mit den nun schon gewohnten Haßtiraden gegen Deutschland gestartet wurde, brachte das *Deutsche Fernsehen* im ersten Programm das kommunistische Tendenzstück *Die Ermittlung* von Peter Weiss". Günter Grass und Uwe Johnson werden „Linksradikale" genannt, Heinrich Böll wird als „linksintellektueller *Dichter"* bezeichnet; Bieler, Biermann, Hermlin und Huchel sind „bolschewistische Kollegen" von Hans Werner Richter, „Boß der linksradikalen Gruppe *47*". In solcher Umgebung hat natürlich auch die Kurznotiz, das „Tendenzstück des Papstverleumders Hochhuth *Der Stellvertreter"* werde jetzt in „Greifswald, Rostock, Leipzig und Ostberlin dem SED-Publikum serviert", bare Eindeutigkeit.

Brechen wir hier ab; bewußt wurde auf engem Raum, lediglich aus diesjährigen Nummern der *Deutschen Wochen-Zeitung* zitiert, — und selbst hier ließe sich die Reihe der Zitate beliebig fortsetzen. Doch nicht um die einzelne Unterstellung, noch um die Summe der Unterstellungen geht es hier, zunächst auch gar nicht um die Beweiskraft, die mit der *Kommunisten*-Titulatur beigebogen werden soll, sondern um das polemische System, in welchem solche Unterstellungen als Glieder einer polemischen Kette fungieren, die das eigentliche Instrument der Meinungsmache abgibt. — Statt das ganze Instrumentarium dieser Meinungsmache vorzuführen, Technik und rhetorisches Arsenal, beschränke ich mich auf deren zentrale Aspekte. Dazu empfiehlt es sich, einen kurzen Blick auf das Gesamt der Zeitung zu werfen, ihren Aufbau, ihre Organisation in verschiedene redaktionelle Sparten und deren Bedeutung fürs Detail, den einzelnen Punkt der polemischen *Argumentation.* Unter jene Artikel verstreut, die eine *positive* Kunst als *Kunst* überhaupt feiern (Wilhelm Pleyer zu seinem 65. Geburtstag — Selbstbetrachtung" u. a. m.), finden sich regelmäßige Beiträge, in denen — Schwarz gegen Weiß! — die negative Summe der zeitgenössisch-modernen Kunst gezogen wird. Titel wie „Alarmzeichen des Verfalls", „Anarchistenkunst wird gefördert", „Rotgefleckte Leinwand" oder „50 Jahre modernistische Anti-Kunst" sprechen für sich selbst. Diese *Grundsatz*-Artikel markieren die Hauptrichtungen der Polemik und stecken deren Terrain ab: bestimmte Autoren, deren Werke, bestimmte Kunstrichtungen und Kunstinstitutionen, die nun als polemischer Komplex ständig im Blickfeld bleiben und in verschiedenen Zusammenhängen immer wieder erwähnt werden. Die Wiederholung ersetzt, was die *Argumentation* notgedrungen schuldig bleibt. Eklatanter noch wird die Absicht dessen, was sich mit *Fakten schaffen* umschreiben läßt, dort, wo der polemischen Behauptung Objektivitätscharakter verliehen werden soll durch *geschicktes* Hinüberspielen in den Nachrichten- oder Leserbriefteil; letzterer macht ein Zehntel der ganzen Zeitung aus. Plump-raffiniert manipulierte Meldungen, die Authentizität simulieren sollen, halten die *Themen* auf dem Feuer und ergänzen sie durch Zusätze und Erweiterungen; gelegentlich übernehmen Pressezitate dieselbe Aufgabe, so folgende Übernahme aus der *Neuen Zürcher Zeitung:* „Ein entscheidender Zug des bundesrepublikanischen Intellektuellen wird sichtbar: er setzt sich unentwegt mit der Vergangenheit der letzten Jahrzehnte auseinander. Alles, was damals an Begriffen hoch im Kurs war, ist Gegenstand der Kritik, auch wenn es nur durch nationalsozialistischen Gebrauch diskreditiert wurde"; die „Entrüstung" über Bundeskanzler Erhards Verwendung der Vokabel (!) *Entartung* habe dazu geführt, „daß man dämonische Züge ins Gesicht des Wahlkämpfers" gemalt habe — dazu die kommentierende Überschrift: *„Von keiner Sachkenntnis getrübt,* Linksintellektuelle richtig erkannt".

Diesem äußeren, der Faktenerstellung dienenden, entspricht ein inneres Bezugssystem, das die inneren Zusammenhänge der polemischen Daten regelt, so daß sich zwanghafte Zuordnungen unter ihnen ergeben. Auch hier muß ich mich auf grobe Andeutungen beschränken. — Man nähme Polemik als Argumentation, wollte man sich ernsthaft mit den *Kommunisten*-Titulaturen, wie sie oben zitiert wurden, auseinandersetzen: Erwiderung, Diskussion schon wäre hier Akzeptieren der demagogischen Methode; Argumentation und Information gehen ja auf in einem engmaschigen demagogischen Netz. In ihm fungieren die stehenden Epitheta *Kommunist, kommunistisch, Linksradikaler* und *Linksintellektueller* als polemische Signale, die suggestive Querverbindungen zu anderen polemischen Komplexen schaffen und diese versteckt oder offen assoziieren lassen. Als Beispiel verschiedene Erwähnungen der *Gruppe 47.* Mit der Bezeichnung „Boß" für Hans Werner Richter sind bereits bestimmte Weichen gestellt: der aus der Verbrecherwelt genommene und so verwandte Ausdruck suggeriert *Gangstertum, illegitime Machtanmaßung,* vor allem aber *Lenkung* und damit die Unfreiheit der einzelnen Gruppenmitglieder. Unter „Rotes Gastspiel in den USA", die inzwischen vertraute „Rotfront" beschwörend, wird die Gruppentagung im „bekanntlich linksliberalen Princetown(!)" angekündigt; „Rot" gilt nun für alle 47er. Sieben Wochen später lautet der Titel einer zweiten Meldung: „Gruppe 47 und der Dollar, Tagung in Princeton wurde bezahlt". Offensichtlich sollen *Abhängigkeiten* und *korrumpierte Gesinnung* angezeigt werden; dabei ist der Enthüllungstenor nicht zu überhören. „Pikant" in diesem Sinn ist jedenfalls Peter Weiss' „Protest gegen den Vietnamkrieg", während Peter Handke „aus Graz" diese „Unzulänglichkeit der Gruppe" mit „handfester Kritik" zu treffen versteht. Ein neuer polemischer Komplex wird mit der Besprechung von Fernsehberichten über die Gruppentagung erreicht, überschrieben: „Ein gefährliches Feuerchen, Im Fernsehen belichtet". Die Tagungsteilnehmer werden pauschal als „bärtig und betont ungepflegt" geschildert; der „künstlerische Erfolg der Wundertiere" sei „gleich Null" gewesen. Kontrast zu schaffen, wird Princeton nun zur „ausgesprochenen Schulstadt mit Universität". Eine Lyrikerin, die Verse rezitiert, ist als „langhaarige Vertreterin" der „neudeutschen Menschengattung" geschildert, ihr Vortrag mit „blödeln" etikettiert. Andere Verben, die im Zusammenhang mit der *Gruppe 47* fallen: „verfälschen", „sich erdreisten", „irreführen", „anheizen," „diffamieren" ... — doch brechen wir auch hier ab!

Absicht und Methode dürften deutlich geworden sein: die schrittweise Ausweitung der Polemik, die Ausbildung neuer politischer Signalworte; so folgt auf die politische Rotmalerei die persönlich-moralische Anschwärzung, zieht die Konstruktion einer *gelenkten Literatur* die Attacke gegen einen *lenkenden Literatenklüngel* nach sich, der die „Wehrkraftzersetzung in der nichtkommunistischen Welt", die *Zerstörung alles Gültigen, aller positiven Werte usw.* zu seiner Parole gemacht habe. Verzichten wir hier auf *politische* Belege wie: „Bei den Dialektikern der Zone werden Luther und Bismarck zu Vorläufern des Kommunismus gestempelt, bei den Genossen in der Bundesrepublik werden historische Gestalten wie Heine oder Lenin (man beachte die Auswahl der Persönlichkeiten) zu Dichter- und Weltanschauungsgenossen der Gruppe 47". *Intrige* und *Geschichtsfälschung* sind gemeint; das ist nun vertraut! Entscheidender — gerade für das Sprachgebaren — sind jedoch solche Formulierungen, in denen sich mehrere polemische Stränge zu einem demagogisch-hetzenden Ausdrucksknäuel verfilzen; so wenn die „Partisanen des Antigermanismus jetzt erst recht wieder aktiv sind" oder *„internationale Giftmischer* in Westdeutschland" das Feld behaupten. Im Zusammenhang mit solchen Wendungen wird in der Regel der Ruf nach *Ordnungsmächten* laut, beispielsweise in der Frage, „ob Bonn dieses Feuerchen etwa dulden will, bis es, groß geworden, Flüsse nicht mehr löschen können"? Generell: „Die Freiheit der Meinungsäußerung ist ein Bumerang, der eines Tages die verantwortlichen Männer treffen wird". — Peter Weiss ist es, der die „Diffamierung der Bundesrepublik durch *dokumentarisches* Theater", „unhistorischer Strip-tease", „anheizt". Neben ihm treiben andere „Bestien in Menschengestalt" ihr „Unwesen" ...

Der ganze Umkreis dessen, was mit dem Wortzeichen *Bestie* aufgerührt werden soll, war schon zuvor mit der Beschreibung einer „langhaarigen Vertreterin" der „neudeutschen Menschengattung" angetippt. Dieser *diffamierenden Zoologie,* die selbstverständlich *edlere* Erinnerungen wachrufen soll, kommt insofern gesteigerte Signalkraft zu, als sich in ihr die zahlreichsten und offensivsten Polemik-Signale bündeln: das ganze Arsenal dessen, was einerseits mit *Zersetzung* (einem der häufigsten Titelworte), andererseits mit *Unkunst* anvisiert ist. — Zunächst *Zersetzung*! In einem längeren Artikel, in welchem „Antigermanismus" als „kalter Krieg" das Stichwort abgibt, heißt es: „Da gibt es z. B. die amerikanische *Evergreen Review,* die von einem Gustav Stückrath auch

(Fortsetzung s. S. 16)

Sturm gegen „Hohe Nacht der klaren Sterne" (Seite 4)

Deutsche Wochen-Zeitung
FÜR NATIONALE POLITIK · KULTUR UND WIRTSCHAFT
8. Jahrgang — Nr. 45 Hannover, 11. November 1966 H 2342 C — Österreich S 4,00 — Einzelpreis 40 Pf

Jugend erzwingt Hessen-Durchbruch

NPD erreicht im ersten Ansturm 7,9 Prozent / Von ERICH KERN

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

kritik der kritik 1

Wolfgang Schivelbusch

Ein Heinrich Lübke der Rezensenten?

Der Literaturkritiker Reich-Ranicki

Marcel Reich-Ranicki ist ein ehrenwerter Mann. Sein Umzug von Polen in die Bundesrepublik 1958 bedeutete nicht „weltanschaulich-politische Kapitulation", die ihm die DDR-Literaturzeitschrift *Weimarer Beiträge* im vergangenen Jahr vorwarf.

Dabei stützte sich dieser Vorwurf auf Äußerungen Reich-Ranickis, die in ihrer Gegenüberstellung zunächst wirklich stutzig machen. Es sind — unter anderem — zwei Äußerungen über ein und denselben Roman, *Die Patrioten* von Bodo Uhse.

Das erste Zitat stammt vom Reich-Ranicki d'aujourd' hui, aus seinem 1963 erschienenen Buch über *Deutsche Literatur in West und Ost.* Es lautet: „Uhse wollte mit diesem Buch der aktuellen Propaganda dienen und dennoch der historischen Wahrheit gerecht werden. Er wollte die Forderung der Kulturpolitiker erfüllen und dennoch gute Literatur bieten. Es war zuviel auf einmal, er mußte scheitern. Der Roman ist überladen und dürftig zugleich ... schwerfällig und steril — und einfach langweilig."

Zitat Nr. 2 ist einem Aufsatz Ranickis in der Ostberliner Zeitschrift *Neue Deutsche Literatur* (1955/1) entnommen: „... ist der neueste Roman Uhses ein großer Schritt vorwärts auf seinem Schaffenswege. Der Autor hat sich von den Einflüssen der absterbenden bourgeoisen Epik befreit und ein ideologisch reifes, aus reinem Realismus geborenes Werk geschaffen. Das Typische der Gestalten und Situationen... ruft keine Einwände hervor... Die Silhouetten der Kommunisten, die im *Bertram* . . . blaß, nicht überzeugend und in der Charakteristik voll innerer Widersprüche waren, sind in den *Patrioten* ausdrucksvoller und einheitlicher..." Der Widerspruch der beiden Zitate verblüfft.

Jedoch läßt sich die Ehre Reich-Ranickis in eben dem Zusammenhang retten, der von den *Weimarer Beiträgen* wohlweislich unterschlagen wurde. Der Ranicki-Aufsatz des Jahres 1955, *Probleme des deutschen Gegenwartsromans* betitelt, war keineswegs eine einzige Hymne auf ideologisch komplette Produkte des sozialistischen Realismus. Im Gegenteil: er kritisierte an den damaligen DDR-Gegenwartsromanen Uhses, Willi Bredels und Anna Seghers' die „Verkleinerung oder geradezu Vermeidung wirklicher Konfliktgestalten, oberflächlich erfaßte, schablonenhafte Gestalten, schematische Konstruktion der Handlung usw." Und er nannte sogar — im Jahr 1955 in einer DDR-Zeitschrift! — die Ursachen: „Einen gewissen Einfluß darauf haben zweifellos die Fehler ausgeübt, die in der Kulturpolitik der Deutschen Demokratischen Republik in den vergangenen Jahren gemacht worden sind."

Auch andere Aufsätze Ranickis aus jenen Tagen kritisieren Schematismus und vulgär-ideologische Interpretationsmethoden. Allerdings immer unter Beteuerungen, daß er, der Kritiker, diese von ihm kritisierten Bemühungen grundsätzlich anerkenne. Die von den *Weimarer Beiträgen* aufgetischten Zitate sind derartige, aus ihrem Zusammenhang gerissene Loyalitätsbeteuerungen. Man muß heute anerkennen, daß eine substantielle Kritik drüben sich mit dem Mäntelchen offiziösen Einverständnisses mit der Doktrin behängen mußte und muß, will sie die Zensur passieren und wirken. Eine andere Frage ist es, mit welchem Grad von Formuliergeschicklichkeit das Offiziöse ins Kritische eingebaut wird. Da gibt es freilich feinere Beispiele transparenter Sklavensprache als die Reich-Ranickis.

Marcel Reich-Ranicki ist ein ehrenwerter Mann; die Kontinuität seiner kritischen Weltanschauung blieb im Grundsätzlichen gewahrt, obwohl er von Ost nach West übersiedelte.

Eine andere Kontinuität, die er bewahrte, fällt ohne große Untersuchung sofort ins Auge: seine Sprache.

Im angeführten Aufsatz von 1955 versucht Ranicki die Vorzüge eines früheren Romans von Uhse gegenüber seinem schematisierten Spätwerk zu definieren: Da atmet „eine elementare Leidenschaft", eine „ungestüme Leidenschaft", im schematisierten Roman jedoch nur selten „jene glutvolle Leidenschaft", obwohl auch dort „Glut und Leidenschaft" nicht völlig fehlen, kurz: Uhse hat seine „Leidenschaft" unterdrückt.

An anderer Stelle des Aufsatzes hören wir von Uhse, seine „starke Seite" sei „die große Synthese, die knappe Romanform, glänzende Zeichnung", „suggestiv dargestellte und sehr differenzierte Stimmungen und dramatische Szenen von starker Aussage. Die Sprache ist bündig und kernig, die bildliche Darstellung kühn und ursprünglich", das Ganze „ein reifes Buch von großer Gedankenfülle."

Marcel Reich-Ranickis kritisches Handwerkszeug (wie er es selbst nennen würde) besteht aus einem umfangreichen Arsenal von Adjektiven, die auf -lich oder -ich enden. Auf der Skala der positiven Wertung vergibt er die Prädikate: vortrefflich, erstaunlich, erfreulich, beachtlich, eindringlich, ungewöhnlich.

Literarische Werke, die sein Wohlwollen nicht finden, sind zumindest: ärgerlich, aufdringlich, peinlich, bedauerlich, dürftig, fragwürdig oder mittelmäßig.

Eigene Ratlosigkeit pflegt Reich-Ranicki in der Urteilskategorie „handwerklich" oder „eigentümlich" auszudrücken.

Jedoch beschränkt sich sein kritischer Wortschatz nicht auf Adjektive mit gleichklingender Endsilbe. Ein Roman oder eine Erzählung kann durchaus auch „glänzend, meisterhaft, überzeugend, reizvoll, gelungen, reif oder wohltuend" sein.

Um zu einer gewissen Differenzierung seines Urteils zu gelangen, greift Ranicki gern zum Mittel der Koppelung. So erscheinen ihm viele Arbeiten H. Kestens „bedenklich und sogar gefährlich". Und die Gedanken, die Walser über die deutsche Kritik äußerte, sind „ebenso beachtlich wie höchst bedenklich".

All diese Wörter und Wortkuppelungen haben aber nur vergleichsweise geringe Bedeutung vor der Magie des eigentlich „Epischen". Es ist das Passepartout der Literaturkritik Marcel Reich-Ranickis. Es fängt harmlos an. Ranicki attestiert manchem Stück Literatur „gute Epik" und „episches Talent", wenn die „epischen Mittel" adäquat sind. Er kennt „epische Arbeiten" und „epische Praxis". Darüber hinaus gibt es für ihn eine „epische Masse", einen „epischen Vorwand", „epische Manifestationen", „epische Bilder".

Das Epische Reich-Ranickis kann aber auch persönlich werden. Dann ist es die „epische Not" (Schnurres), die „epische Eruption" (Cramers), der „epische Minderwertigkeitskomplex" (Cramers) und die „epische Gleichgültigkeit" (Johnsons). Allgemein bedauerlich findet Ranicki eine „gewisse Scheu vor der reinen Epik", wie sie in der zeitgenössischen (west-)deutschen Literatur vorherrschend sei.

Hier liegt das Nervenzentrum seines ästhetischen Glaubensbekenntnisses. Immer wieder kommt er auf dieses Thema zurück wie in jenem Witz der Examenskandidat, der sich auf die Würmer spezialisiert hat, jedoch über Elefanten befragt wird und antwortet: die Elefanten leben in Afrika, dort ist es viel wärmer, die Wärmer werden unterteilt in . . .

Die Wärmer Reich-Ranickis sind die „reine Epik", oder, wie er meist sagt, der Realismus, „das Erzählen", welches, entgegen aller pessimistischen Prognosen, noch immer das einzig Wahre, Schöne und Gute sei.

Um dies zu beweisen, malt er einmal ein eindringliches Bild: „Wenn jemand bedauert, daß Apfelbäume neuerdings keine Früchte mehr tragen und kurzerhand behauptet, dieser Umstand müsse als Symptom der Epoche gewertet werden, ist es nicht nötig, auf seine Argumente einzugehen, es genügt, ihm Apfelbäume zu zeigen. Nicht anders braucht man mit manchen gängigen literarkritischen Theorien zu verfahren. So auch mit jener, das Erzählen sei lediglich ein Relikt vergangener Zeiten und heute einfach nicht mehr möglich. Müßig ist es, dagegen zu polemisieren."

Zwar polemisiert Ranicki munter weiter gegen die Modernisten. Aber er geht nicht auf ihre Argumente ein. Er zeigt ihnen Früchte, die von „vortrefflichen", „erfreulichen", „beachtlichen", „eindringlichen" etc. Bäumen des Erzählens stammen. Aber mehr als dies weiß er von seinen Vorzugsplantagen nicht zu sagen.

Oder doch?

Nein, Reich-Ranicki versinkt nicht in kritikloser Verehrung, auch wenn es sich um noch so reine Epiker und vorzügliche Erzähler handelt. Er kommt vielmehr zu einer nun wirklich erstaunlichen Feststellung: „Wie eh und je gibt es auch heute hervorragende Erzähler, deren rein stilistische Leistung nicht bedeutend oder sogar fragwürdig ist."

Ein solcher hervorragender Erzähler, der stilistisch unbedeutend bis fragwürdig sei, ist in Ranickis kritischem Blick der Österreicher Herbert Eisenreich.

In der Rezension von Eisenreichs *Sozusagen Liebesgeschichten* (DIE ZEIT 1965/17 spritzt die rote Tinte: „Von der Dämmerung," so hat Ranicki zu monieren, „heißt es leider, daß sie ‚aus den Winkeln des Zimmers hervorgeflossen' war." Und: „Auch fällt es mir etwas schwer, mich mit den ‚Hügeln ihrer Brüste' und mit der ‚Bucht ihrer Schenkel' abzufinden." Im Jargon des bestallten Gutachters fährt er fort und gelangt zur abschließenden Zusammenfassung des Befundes: Trotz „Schilderungen von außerordentlicher Exaktheit und Prägnanz", trotz „herrlicher Dialoge" und der „höchst erfreulichen Verwendung mannigfaltiger Regionalismen" „muß man, glaube ich, sagen, daß die Sprache nicht gerade Eisenreichs starke Seite ist."

Wenn nun ausgerechnet die Sprache die schwache Seite eines vorzüglichen, hervorragenden Schriftstellers ist: was, so fragt man sich, ist denn dann seine Stärke?

Auch in dieser ratlosen Situation läßt Reich-Ranicki uns nicht im Stich. Es sind, so verrät er uns, „andere Faktoren", „die in erster Linie das Glück des Erzählers ausmachen." Nämlich „zunächst einmal, die Fähigkeit, das Leben seiner Zeit wahrzunehmen, es zu empfinden und zu erfahren." Das, so empfindet er wohl selbst, genügt aber noch nicht, und so subsumiert er unter die ‚anderen Faktoren' noch „die Fähigkeit, die Wahrnehmungen, Empfindungen und Erfahrungen zu sichten und zu ordnen und und sie in Bildern und Situationen, Vorgängen und Handlungen zu vergegenwärtigen."

Aber hier stolpert er wohl über die eigenen Füße, indem er seine eigene Einsicht ignoriert, daß ein guter Schriftsteller getrost eine miserable Sprache schreiben könne. Wohin würde es auch schließlich führen, sich darüber Gedanken zu machen, wie ein Autor Wahrnehmungen ordnen und in Bildern, Situationen etc. vergegenwärtigen kann, ohne daß er die Sprache beherrscht!

Reich-Ranicki pflegt sich solche Fragen über seine eigene Methodik nicht zu stellen. Er bleibt da lieber ganz allgemein und definiert uns seine Vorstellung vom Erzählen in allitterierenden Wortkoppelungen: „Erzählen ist vor allem: sehen und sichtbar machen, schauen und veranschaulichen, wahrnehmen und wahr machen, glauben und beglaubigen."

Wer sich unter solch Allgemeinem noch nichts Rechtes vorzustellen vermag, kann über Herbert Eisenreich erfahren: „Er entrüstet sich nicht, er klagt auch nicht an. Seine Geschichten sind weder Proteste noch Hilfeschreie. Er sieht physische und psychische Zustände, Beziehungen, Entwicklungen, Ergebnisse. Er entwirft Bilder, die sich in den besten Stücken als Sinnbilder erweisen. Er bietet epische Befunde."

Reich-Ranicki liebt das juste milieu des Weder-Noch. Er fühlt sich heimisch in der Negation des Extremen. Leider sagt er nicht, wie er sich das Weder-Noch ins Positive gewendet vorstellt. Der Rest sind die physischen Zustände, Beziehungen, Entwicklungen, Ergebnisse, kurz: der epische Befund.

So weit allerdings, das muß gesagt werden, konkretisiert sich das Allgemeine bei Ranicki, als sich doch bestimmte Vorlieben herausschälen. Er ist entschieden für eine gesunde Art des Empfindens. Was er „in der neueren deutschen Prosa, die sich sexueller Motive annimmt", oft vermißt, das hebt er lobend in seiner Eisenreich-Rezension hervor: „jene unbefangene und natürliche Sicht." Und wenn an Rolf Dieter Brinkmanns „handwerklichem Geschick" „noch sehr viel auszusetzen" ist, so doch nicht das eine Wesentliche: die „Fähigkeit, schlicht gesagt, das Leben zu erleben." Am frohesten wird er seiner Lektüre, wenn er, wie anläßlich eines gehobenen Unterhaltungsromans Willi Heinrichs, ausrufen kann: „Man wird nicht überfordert und hat doch das angenehme Gefühl, ein intelligenter Mensch zu sein, der stets die Intention des Verfassers begreift und, wenn nötig, errät."

Das Pendant zur Liebe ist der Haß.

Reich-Ranicki liebt den Realismus blind. Entsprechend behandelt er jene, welche er für Pseudo-Avantgardisten hält, „diese professionellen Totengräber der Erzählkunst" und „unglücklichen Kunstgewerbler, die an ihrer Unfähigkeit leiden." Er fühlt sich seinen Lesern in der ZEIT gegenüber von einem großen ethisch-pädagogischen Verantwortungsgefühl beseelt. Daher mag es wohl kommen, daß im vergangenen Jahr wohl einige seiner Beschimpfungen erschienen, nicht aber die Rezension auch nur eines einzigen Buches dieser Art.

Vielleicht ist das ganz richtig so. Denn er selbst scheint noch nicht ganz mit sich ins Reine gekommen zu sein über die Bedeutung der Sprache im sprachlichen Kunstwerk.

Nicht nur, daß es gute Schriftsteller gibt, die eine schlechte Sprache schreiben. Auch die Sprache selbst ist für Reich-Ranicki eine durchaus rätselhafte Angelegenheit. Vor seiner Leserschaft meditiert er darüber ganz offen und kommt zu recht verschiedenen Ergebnissen, je nach Anlaß. Wenn es um die „Jongleure des Abstrakten", die „ewigen Bastler", also die „Pseudoavantgardisten" geht, schleudert er ihnen als seine Überzeugung entgegen: „Die Sprache ist ein Werkzeug, ein Instrument, ein Vehikel."

Anders dagegen verhält sich die Sache bei der Betrachtung von DDR-Literatur. Kritikern, die nach unmittelbaren Bezügen des Kunstwerks zur gesellschaftlichen Wirklichkeit, d. h. zur SED und dem Sozialismus fahnden, hält er nun entgegen, „daß sie immer das literarische Werk zum Vehikel unmittelbarer politischer und zeitkritischer Gedanken degradieren. Also die Eigenart und Eigengesetzlichkeit der Kunst ignorieren."

In der Vorbemerkung zu seinem Buch *Deutsche Literatur in West und Ost* bekennt er sich zwar zu Friedrich Schlegels Bonmot: „Es ist gleich tödlich für den Geist, ein System zu haben, und keines zu haben. Er wird sich also entschließen müssen, beides zu vereinen." Ranicki aber hat weder ein System noch hat er keines, und die Vereinigung dieses Weder-Noch ist das Tödliche, das zu vermeiden er mit Schlegel sich wappnet.

Was Ranicki hat, ist eine allgemeine unbestimmte Vorstellung von einem allgemeinen unbestimmten Realismus. Und dazu einen Sack voller Ressentiments und Vorurteile, die ebenso unbestimmt sind, wie dasjenige, wogegen sie sich richten, in der Vorstellung Ranickis ist.

Daß sich diese Hilflosigkeit in der Sprache niederschlagen muß, ist nach seiner Auffassung nicht notwendig. Denn wenn ein guter Erzähler schlecht schreiben kann und trotzdem gut ist: warum sollte dann nicht auch ein — sagen wir es getrost — schlechter Kritiker gut schreiben können?

(Schmäh von rechts: Fortsetzung v. S. 15)

in Frankfurt gehandelt wird. Sein amerikanischer Verleger Rosset druckt im gleichen Buchverlag die *Werke* des Marquis de Sade und des amerikanischen Superpornographen Henry Miller. Kennzeichnenderweise hat er auch eine Sondernummer über unsere linksradikale *Gruppe 47* herausgebracht". Übergehen wir die Interpretation dieser *Werke* als Bücher, „bei denen ein Schwein vermittels seines Rüssels im Unrat gewühlt hat". Was es mit de Sade und Miller auf sich hat, erfahren wir in einem Artikel über Jugendkriminalität, in welchem die Schriften beider Autoren mit Sexualverbrechen in ursächliche Beziehung gebracht werden: „Angewandte Pornographie . . . Na also". An anderer Stelle sind es „George Grosz, Sternheim, Brecht, Heinrich Mann usw." die als *geistige Väter* von Halbstarken-Tumulten „zeichnen": „Die Jugendlichen lesen den sprachzersetzenden Jargon dieser Literaten — so ist denn auch die Zersetzung ihrer Begriffe in keiner Weise verwunderlich . . . Warum wird nicht auch Sprachquälerei bestraft?" Wie man sich solche Bestrafung vorzustellen habe, präzisiert ein Beitrag, der abermals das Kriminalthema behandelt, aber im Untertitel — „Bestien in Menschengestalt unter uns" — raffiniert Assoziationen ans Literaturthema zu wecken versteht: „*Volksmenge wollte Mörder lynchen.* So lautete einmal die Balkenüberschrift einer Mittagszeitung . . . 600 tobende Menschen wollten Ernst Ludwig Rudolph zusammenschlagen . . . Wahrlich ein Zeichen, daß wir noch Sinn haben für ein altes Gesetz der Selbsthilfe gegen Verbrecher". *Bestie* und *lynchen* werde so apellativ aneinandergebunden. — Man mag sich selbst ausmalen, was es heißen will, wenn sich die Redaktion mit Leserstimmen drapiert, in denen steht: „Genau das ist der richtige Ton, den wir Jungen wollen!", „Die DWZ muß viel aggressiver werden".

„Auf den Notstand wird Gewerkschaftsfreund Lücke uns wohl noch eine Weile warten lassen . . ." — Über den Erfolg, den sich diese Trivialstpolemik eindeutiger Herkunft und nicht weniger kaschierter Programmsetzung für die Zukunft versprechen darf, entscheidet nicht zuletzt das Maß, in dem es gelingt, bürgerlich-konservative Positionen in das radikale System zu integrieren. Einen guten Ansatz bildet da die konservative Kunstkritik verschiedenster Färbung, die moderner Kunst gegenüber gerade in bürgerlichen Blättern mit Prädikaten wie *unqualifiziert, unförmig, unerträglich* usw. keineswegs sparsam umgeht. In diese *un*-Kerbe schlägt denn auch die *Deutsche Wochen-Zeitung* mit Vehemenz. Wahre Deskriptionslust entfaltet sich in der Rede von der *Unkunst* vor allem dort, wo zeitgenössische Malerei — „Spekulationen auf perversen Kunstsnobismus" — ins Blickfeld kommt: „ein aufgedunsenes Puppenmännchen mit Basedow-Augen dient als Modell für eine politische Parabel", „Kritzeleien, die denen in bestimmten öffentlichen Anstalten oft recht nahestehen . . . in der Medizin ist Infantilismus einer Geisteskrankheit gleichbedeutend". In derartigen Beschreibungen — stärker noch als in der Gleichung vom Irrsinn — wird zum vertrauten *Begriff* der *entarteten Kunst* hinübergeleitet: „*Avantgardisten* . . . Man hatte sie früher als Vertreter einer *entarteten Kunst* bezeichnet" oder in der Reimerei eines *Berlichingen* „Krankhaft, schizophren und dünn, / Doch *genial,* weil's ohne Sinn! . . . Wie entartet hier die Künste!" Und auch hier fehlt die offene Drohung nicht: „Es hat schon manchen Theaterleiter gegeben, der tief heruntergekommen ist und doch selber nicht wußte wie".

Eine letzte Bemerkung noch zur Sympathie, die solche Polemik nach Karl Kraus „dem schlechten Objekt wirbt", obwohl man meinen könnte, es bedürfe keines weiteren Beweises. — Die Aufgaben *positiver* Kunst anreißend und an Werner Peiners Malerei illustrierend, schreibt Uwe Möller: „Das Thema *des Reiters* . . . Soldatsein — in seiner umfassendsten, das zivile Leben ebenso umgreifenden Bedeutung". Heinrich Härtle anläßlich Kampfflieger Rudels fünfzigstem Geburtstag: *„Krieg erweckt die Urkraft des Mannes,* notiert Rudel . . . Deutschland wird wieder gesund sein, wenn Rudels Bücher und Taten nicht mehr *jugendgefährdend* verleumdet, sondern als Vorbild und Ansporn begriffen werden". Und schließlich, unverfänglich im ersten Anschein: „Was nun wirklich mit dem Gebäude werden soll — das steht vorerst noch in den Sternen. Unausgesprochen bleibt das Interesse Braunaus an einem Gebäude, das offenbar auch für die Zukunft noch zur Steigerung des Fremdenverkehrs beitragen kann . . ."

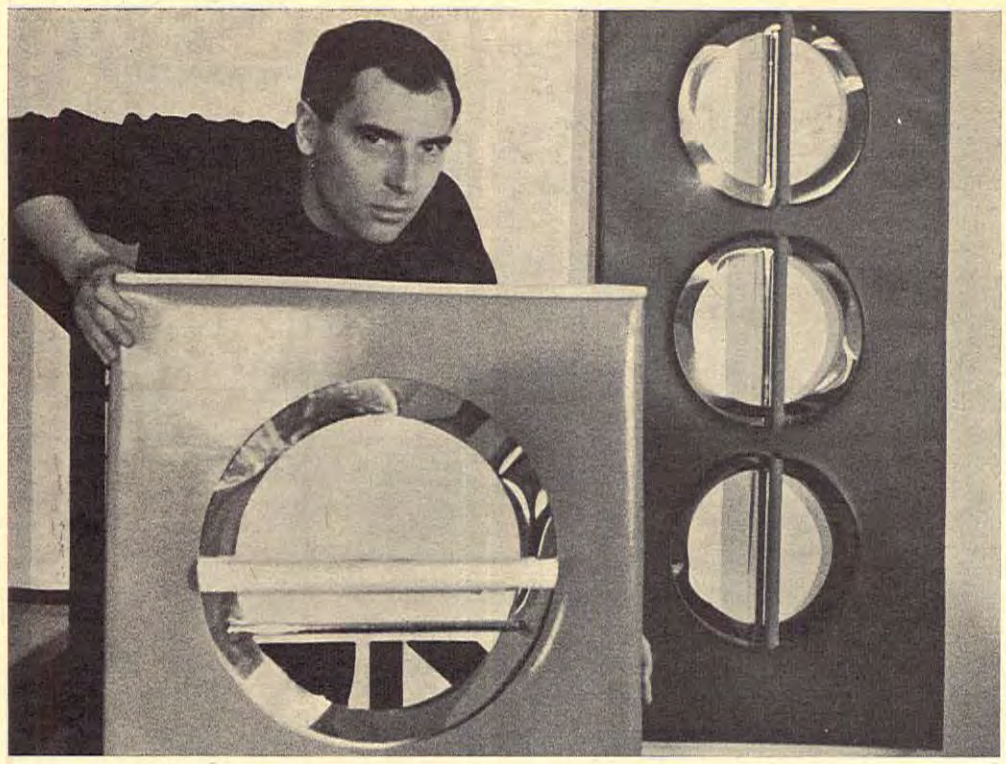
— In diesem *auch . . . noch* hätte man, wenn solcher Vergleich jetzt noch erlaubt wäre, das verquere Pendant zu Werner Fincks ironischem *leider.*

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

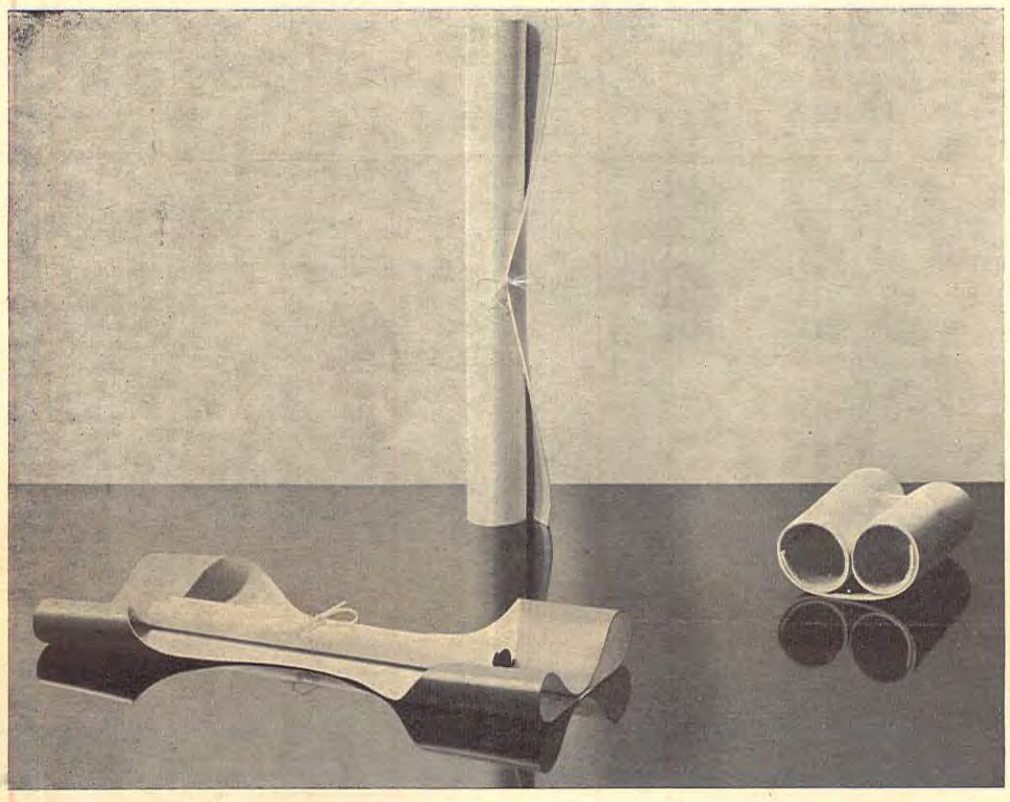
Hans Christoph Buch

Telegramm für Betty Anderson

Wir stocherten mit Stangen in dem Heu herum. Irgendwo muß der Hase doch begraben liegen, sagte der Justizrat.
Wir standen in der niederrheinischen Tiefebene. Um uns herum Schrebergärten, rechterhand, das heißt im Westen, die Kuppen des Siebengebirges, im Norden die Türme von Köln. Was heißt Türme, der Dom natürlich. Übrigens hat das Siebengebirge gar nicht sieben Berge.
Herkules machte sich auf der anderen Seite des Heuhaufens zu schaffen. Als wir herumkamen, hatte er schon den Fuß freigelegt, einen mittelgroßen Fuß, karierte Socken, Reformhaussandale, wie sie in den fünfziger Jahren Mode war. Herkules hat das Polizeihundeausbildungslager in Niederbreisig besucht, er versteht sein Handwerk. Der Justizrat ließ sofort die Arbeiten stoppen. Das Tier wurde an die Leine genommen, dann beugte der Justizrat sich mit der Lupe über den Fuß. Wir standen im Halbkreis um ihn herum, sahen ihn auf dem feuchten Lößboden hocken in seinem farblosen Regenmantel, sahen ihn mit der Lupe den lächerlichen Fuß untersuchen — dafür hat man nun zehn Semester Jura studiert. Es war mein erstes Jahr am Oberlandesgericht.
Neben mir stand Oberwachtmeister Hecker und hielt den Hund am Halsband, der in blödsinniger Aufregung vor sich hin hechelte, auf der anderen Seite mein Amtskollege, Referendar Heidenreich, die Aktentasche unter dem Arm, hinter mir wühlte der Doktor in der Spreu herum. Doktor Loebell vom gerichtsmedizinischen Institut der Universität Bonn. Ihm war ein Groschen hingefallen.
Über uns Schwalben. Auf dem Rhein tutete ein Schiff.
Die Burschen haben ganze Arbeit geleistet, sagte der Justizrat. Er rollte mit zwei Fingern den Socken zurück, streute etwas von seinem weißen Pulver über den Fuß, und siehe da, ein abscheulicher Fingerabdruck kam zum Vorschein. Pfui Teufel, sagte Heidenreich. Jetzt kam auch der Doktor angelaufen, der irgendwo hinter einem Gebüsch zugange gewesen war. Er hatte ein Geldstück in der Hand. Erstaunlich, wie weit Heruntergefallenes, besonders wenn es sich um Geld handelt, ganz von allein fortrollt. Es war aber kein Groschen, es war ein Fünfer. Der Doktor war ganz fassungslos, ein ums andere Mal schüttelte er den Kopf und mußte erst lange in seiner Geldbörse kramen, ob er nicht zusätzlich zu seinem Groschen auch noch einen Fünfer verloren habe, ehe er das Geld an den Justizrat herausgab. Der war schon ganz ungeduldig; ich vermute einen Zusammenhang mit dem Mord, sagte er, alle Spuren müssen gesichert werden, wickelte das Geldstück in sein Taschentuch und verwahrte es in der Hosentasche, in Wirklichkeit natürlich, um es für sich zu behalten. Über den Justizrat sind überhaupt die abenteuerlichsten Gerüchte im Umlauf; in der Mittagspause, wenn alles in der Kantine sitzt, soll er auf dem Dachboden des Oberlandesgerichts herumklettern und sich mit einem Fuchsschwanz Brennholz aus dem Gebälk heraussägen, das er heimlich in der Aktentasche nach Hause schafft. Bis jetzt hat man ihm aber noch nichts nachweisen können. Wahrscheinlich muß erst das Oberlandesgericht über den Köpfen der Beamtenschaft zusammenstürzen, ehe der Fall ruchbar wird.
Über uns flog ein Flugzeug. Es ist ein Fieseler-Storch, sagte Heidenreich, der in seiner Jugend Flugzeugmodelle gebastelt hatte.
Schweigen Sie, sagte der Justizrat. Die Schwalben waren noch immer da, auch das Schiff tutete noch immer.
Wir gingen daran, mit Mistgabeln die Leiche freizuschaufeln. Vorher sagte der Justizrat, es handle sich um einen Jugoslawen, Wermutbruder und Gastarbeiter, das wisse er mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit. Der Tote war schnell freigelegt. Es war nichts Ungewöhnliches an ihm; Tang im Haar und ein dick aufgetriebener Bauch. Wir mußten dem Doktor das Feld überlassen; vor allem nichts verändern, Doktor, sagte der Justizrat und ging zum Auto, um die Akten zu lesen, die Heidenreich ihm in der Aktentasche nachtrug. Heidenreich hat das Staatsexamen mit eins absolviert. Er wollte eigentlich zur Unesco, aber dann ist er doch beim Oberlandesgericht gelandet.
Teufel auch, sagte der Doktor, der gerade dem Toten die Faust öffnete. Es lag ein Groschen darin. Der Doktor mußte aber auch diesen Groschen dem Justizrat aushändigen. Er war ganz außer sich. Auch der Justizrat war ganz außer sich. Das sind doch die falschen Akten, rief er und schwenkte das Aktenbündel, das ist der falsche Wermutbruder, er ist in Oberwinter polizeilich gemeldet, unser Mann stammt aber aus Niederbreisig. In Niederbreisig hatte Herkules das Polizeihundeausbildungslager absolviert. Er hatte die Hundeprüfung mit eins bestanden. Eigentlich sollte er zum Roten Kreuz in die Schweiz, aber dann ist er doch beim Oberlandesgericht gelandet.
Der Doktor war mit seinem Befund fertig. Der Tote hat Nudeln genossen, sagte er, daher der aufgetriebene Bauch. Übrigens ist es eine Frau, wahrscheinlich eine Tänzerin. Sehen Sie nur den ausgebildeten Meniskus. Dann ging er fort, seinen Groschen suchen.
Nudeln, sagte der Justizrat, woran erinnert mich das? Wir überlegten hin und her, kamen aber zu keinem Ergebnis. Italien, rief der Doktor herüber, der unter dem Auto herumkroch. Der Justizrat war aber anderer Meinung; wie reimt sich das hiermit, sagte er und zeigte auf ein Stück Lebkuchen oder Aachener Printe, das die Tote im Mund trug. Ehe er aber das Beweisstück sichern konnte, war Herkules schon mit einem langen Satz herbeigefahren und hatte den Lebkuchen aufgefressen. Dafür war der Oberwachtmeister verantwortlich, der dem Doktor geholfen hatte, seinen Groschen suchen, und solange den Hund ohne Aufsicht gelassen hatte. Der Justizrat beauftragte den Doktor, Herkules auf der Stelle zu töten und eine Obduktion vorzunehmen, ehe der Lebkuchen von der Magensäure aufgeweicht sein würde. Dafür hatte das arme Tier nun zwei Jahre das Ausbildungslager Niederbreisig besuchen und die Hundeprüfung mit eins absolvieren müssen.
Über uns drehte das Flugzeug seine Kreise, die Schwalben waren noch da, nur das Schiff war fort. Es kam aber schon ein neues.
Der Doktor weigerte sich, den Hund zu töten. Es darf nicht sein, sagte er ein ums andere Mal, es darf nicht sein.
Das Flugzeug kam herab, und die Schwalben flogen fort. Es war ein Hubschrauber. (Es ist mir unerklärlich, wie man einen Hubschrauber mit einem Fieseler-Storch verwechseln kann.) Aus der Maschine wurde eine Strickleiter herabgelassen und ein Uniformierter kletterte heraus. Es war ein Postbeamter. Guten Tag, sagte er, Telegramm für Betty Anderson. Geben Sie her, sagte der Justizrat. Erst mußte der Empfang ordnungsgemäß quittiert werden, dann stieg der Beamte zurück in die Maschine, und der Hubschrauber flog über den Rhein hinweg dem Siebengebirge zu. Der Justizrat las das Telegramm vor, man verstand aber kein Wort in dem Lärm, den das Flugzeug veranstaltete. Es war etwas mit STOP.
Dem Justizrat war jetzt alles klar. Das ist das fehlende Glied in der Kette, sagte er. Es handelt sich um eine internationale Bande. Die Tote war der Kontaktmann, STOP ist ein Autobahnrestaurant an der Abfahrt Niederbreisig. Aber woher wußten Sie, daß die Tote Betty Anderson heißt, fragte Heidenreich. Das war nicht schwer, sagte der Justizrat; nur in angelsächsischen Ländern tragen die Frauen Socken. Sehen Sie her, und er rollte mit zwei Fingern den Socken der Toten zurück. Betty Anderson war dort hineingestickt, darüber eine angelsächsische Flagge. Dem Justizrat kamen aber Bedenken. Das gefällt mir zu gut, sagte er, irgendwo muß die Geschichte doch einen Haken haben. Er überlegte angestrengt. Wahrscheinlich ist es doch ein Mann, sagte er. Doktor, machen Sie die Probe. Die Probe wird nur in äußersten Härtefällen angewandt. Wir schauten alle weg, der Doktor machte die Probe, das Geschlecht war aber nicht mehr eindeutig zu bestimmen.
Einerlei, sagte der Justizrat, der Mörder ist unter uns. Er ging langsam an uns vorbei und sah jedem in die Argen. Vor dem Doktor blieb er stehen. Gib den Groschen her, sagte er, sperrte dem Überraschten den Mund auf und fischte ihm das Geldstück aus der Backentasche, ehe er es verschlucken konnte. Sonst hätte der Doktor auch noch seziert werden müssen. Du heißt nicht Loebell, sagte der Justizrat, sondern Löbell. Der Groschen beweist alles. Sehen Sie her. Tatsächlich, Löbell war in die Münze eingraviert und darüber eine angelsächsische Flagge. Er steckte mit dem Hund unter einer Decke, deshalb weigerte er sich, ihn zu töten. Aber das wird jetzt nachgeholt, Doktor. Der Hund war aber fortgesprungen, hinter einem Hasen her. Nein, er war da, stellte sich auf die Hinterfüße und sagte: Im Namen des Gesetzes. Dann öffnete sich ein Reißverschluß, und aus dem Hundefell schälte sich ein Beamter, der dem Justizrat Handschellen anlegte. Du bist der falsche Justizrat, sagte er, der echte bin ich. Wir haben unsere Leute überall. Zuerst brauche ich aber den Groschen. Der Groschen war wieder fort, gleich begann der Doktor, ihn zu suchen. Er hat ein Dutzend Morde auf dem Gewissen und wird außerdem in Kanada wegen Trunkenheit am Steuer gesucht, sagte der Justizrat (der echte). Auf dem Rhein tutete ein Schiff. Der Lebkuchen beweist alles, fuhr er fort und zog die Aachener Printe aus der Tasche, die sorgfältig in ein Taschentuch eingewickelt war. Er wickelte es auf und begann den Lebkuchen zu essen. Zum Glück habe ich das Beweistück rechtzeitig sichern können, sagte er kauend; den Doktor wollte er verhaften, um sich eines unliebsamen Mitwissers zu entledigen. Zuletzt sollte noch der Hund sterben, denn der ist der Täter. Aber ich bin nicht der Hund, der Hund bist du. Mit diesen Worten trat der Justizrat auf mich zu und rollte meinen Socken ein Stück zurück, so daß das darunterliegende Hundefell zum Vorschein kam. Ich muß kreidebleich geworden sein. Dann pfiff er auf einer Trillerpfeife, und dreißig Beamte der nordrheinwestfälischen Bereitschaftspolizei stiegen aus dem Heuhaufen hervor, wo sie sich die ganze Zeit über versteckt gehalten hatten. Sie drehten mir die Arme auf den Rücken (Polizeigriff), dann bekam ich Handschellen angelegt. Leugnen war zwecklos. Auch die Groschen des Doktors mußte ich herausgeben. Auf dem Rhein tutete ein Schiff.



walter aue über ed kiënder



walter aue über ed kiënder

MAN BETRACHTE ED KIENDERS RAUMROLLE ALS DAS MODELL EINER IDEE: / ed kiender öffnet mit einem skalpell die oberfläche des bildes / ed kiender entwickelt mit einem skalpell die dimension des raumes / er öffnet das verschlossene und eingeschlossene / er öffnet es mit der präzision eines mondrian / EIN FONTANA-SCHNITT / kreisförmig angesetzt und methodisch zu ende geführt: er ROLLT die / schnittkanten zur mitte er ROLLT den kreis zu einer ROLLE / und öffnet dadurch die öffnung / DIE ZERSTÖRUNG EINES BILDES ERMÖGLICHT EIN ZWEITES BILD / DIE ZERSTÖRUNG EINES ZWEITEN BILDES ERMÖGLICHT EIN DRITTES BILD / DIE ZERSTÖRUNG EINES DRITTEN BILDES ERMÖGLICHT EIN VIERTES BILD / ed kiender rapportiert die kreisöffnungen / und vervielfältigt sie / die erste RAUMROLLE erhält eine zweite RAUMROLLE und die zweite raumrolle eine dritte RAUMROLLE / ed kiender liebt die imagination / ed kiender liebt die mathematik / und so wird aus einem zweierbild ein dreierbild und aus einem dreierbild ein viererbild / und so vervielfältigt er seine öffnungen mit hilfe der fotografie / und so addiert er und multipliziert er mit hilfe der REPRODUKTION: / DIE WIRKLICHKEIT WIRD UNWIRKLICHKEIT / UND DIE UNWIRKLICHKEIT WIRD WIEDER WIRKLICHKEIT //

man betrachte ed kienders raumrolle als das modell einer täuschung: / von vier fotografierten kreisen ist nur ein einziger mit dem messer geöffnet / von vier geöffneten kreisen ist nur ein EINZIGER geöffnet / das konkrete einzelne wird seiner einzelheit beraubt / DAS EINZELNE ERHÄLT EIN ABBILD DER EIGENEN PHYSIOGNOMIE //

man betrachte ed kienders raumrolle als das modell eines bildes das zu / einem plastischen objekt heranwächst: / denn das objekt bevorzugt die perspektive / UND DIE ZERSTÖRUNG DER ERSTEN PERSPEKTIVE ERMÖGLICHT EINE / ZWEITE PERSPEKTIVE / UND DIE ZERSTÖRUNG DER ZWEITEN PERSPEKTIVE ERMÖGLICHT EINE / DRITTE PERSPEKTIVE / und so wechseln die proportionen ihre proportionen / und so wechselt die identität ihre vielfach vervielfältigte identität / und alles wird wieder fotografiert und ausgeschnitten und wieder fotografiert / und ed kiender entwickelt ein MODELL / aber dieses modell wird mit hilfe seiner fotografie zu einem zweiten und dritten modell / aber dieses ORIGINAL-MODELL wird mit VIELEN ORIGINAL-MODELLEN ÜBEREINANDERGESCHICHTET / und das wirkliche ist das scheinbare und das scheinbare ist nur das wirkliche / ABER das scheinbar wirkliche ist nur eine TÄUSCHUNG / die kleinen maße werden große maße / das kleine individuum wird ein großes individuum aus vielen generationen bestehend / DAS GROSSE INDIVIDUUM wird ein KOLLEKTIV //

und so öffnet ed kiender mit einem skalpell die oberfläche seiner objekte / BILDER SEINER BILDER / und die erfindung seines objektes ist die erfindung des gleichen objektes in einer fremden optik / und so ROLLEN SEINE HÄNDE nicht nur die fotografie / AUF DER SEINE HÄNDE SEINE HÄNDE EINROLLEN / er kann ereignisse einrollen (und sich selbst) / EREIGNISSE IN IHRER NATÜRLICHEN GRÖSSE / und die zerstörung einer welt ermöglicht eine zweite welt / und die zerstörung einer zweiten welt ermöglicht eine dritte welt / und die zerstörung einer dritten welt ermöglicht eine vierte welt //

MAN BETRACHTE ED KIENDERS RAUMROLLE ALS DAS MODELL EINER NEUEN WELT //

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

COLLAGE INGEBORG SPENGLER

archiviert an: Rechtsanwalt H. Riehn
www.Karlsruhe-uni68.de